

**3. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Donnerstag, 25. November 2021,  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 18.15 Uhr – 00.00 Uhr**

Anwesend sind: 40 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Thomas Fürst, 3. Urs Knapp, 4. Dr. David Plüss, 5. Simone Sager,  
6. Sandra Siegrist, 7. Deny Sonderegger, 8. Markus Wyss, 9. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Melissa Aerni, 2. Dr. Christine von Arx, 3. Florian Eberhard, 4. Anna-LeaENZler,  
5. Lea Jäggi, 6. Daniela Minikus, 7. Luisa Segessenmann

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,  
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg, 4. Philippe Ruf, 5. Marc Winistörfer

Junge SP Region Olten:

1. Simea Fürst, 2. Simon Muster

Olten jetzt!:

1. Salome Kisker, 2. Daniel Kissling, 3. Tobias Oetiker, 4. Laura Schöni (18.30 bis 20.25 Uhr  
und 21.10 bis 00.00 Uhr), 5. Denise Spirig, 6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat:

Thomas Marbet, Stadtpräsident  
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport  
Marion Rauber, Direktion Bau  
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste  
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Thomas Küng, Verwaltungsleiter Direktion Bildung und Sport  
Kurt Schneider, Verwaltungsleiter Direktion Bau (bis 22.30 Uhr)  
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent  
Urs Tanner, Finanzverwalter

Vorsitz: Florian Eberhard

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

- 7. Budget 2022/Genehmigung
- \* 8. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
- 8.1. Auftrag Felix Wettstein (Grüne) betr. Abschaffung der Personalsteuer
- 8.2. Auftrag Laura Schöni (OJ) betr. Ausdolung Mühletälibach
- 8.3. Interpellation Florian Eberhard & Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Pensionskasse
- 8.4. Auftrag Florian Eberhard & Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Tannwaldstrasse begrünen
- 8.5. Auftrag Florian Eberhard & Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Kirchgasse begrünen
- 8.6. Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Massnahme gegen Littering mit Wirkung
- 8.7. Überparteilicher Auftrag Myriam Frey Schär (GO) und MU betr. Erwerb der Winkelunterführung durch die Stadt
- 8.8. Auftrag Felix Wettstein (GO) und MU betr. Biogas für die städtischen Liegenschaften

- 8.9. Auftrag Felix Wettstein (GO) und MU betr. städtische Liegenschaften baldmöglichst isolieren
  - 8.10. Interpellation Gökhan Karabas (SP) betr. Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung
  - 8.11. Auftrag Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Start-up-Förderung statt Lädelisten
  - 8.12. Auftrag Christian Ginsig (CVP/EVP/glp) betr. Einführung einer „Stadtmelder-App“ für die Stadt Olten
  - 8.13. Auftrag Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Politische Berichterstattung für alle
  - 8.14. Auftrag Christine von Arx & Eugen Kiener (SP/JSP) betr. Alternative für entgangene Altersausflüge in den Jahren 2019, 2020 und 2021
  - 8.15. Interpellation Christine von Arx (SP) und Corina Bolliger (JSP) betr.
  - 8.16. Frauenanteil bei Vertretungen des Stadtrats in Kommissionen, Behörden und Institutionen
  - 8.17. Auftrag Huguette Meyer Derungs (SP/JSP) betr. Überprüfung der Anzahl Lehrstellen und Praktikumsplätze in der Stadt Olten
  - 8.18. Auftrag Christian Ginsig (CVP/EVP/glp) betr. Stadtseitenverbindung Olten über einen Velotunnel beim Bahnhof Olten
  - 8.19. Auftrag Felix Wettstein (GO) und MU betr. Globalbudgets zur Führung des Gemeindehaushalts
  - 8.20. Auftrag Bartolomeo Vinci (CVP/EVP/glp) betr. Lademöglichkeiten für Elektroautos erweitern
  - 8.21. Auftrag Raphael Schär-Sommer (Fraktion Grüne) betr. Verband Schweizerische Gasindustrie (VSG)
  - 8.22. Auftrag Martin Räber (Fraktion Grüne) Betr. Nachhaltige Beschaffung
  - 8.23. Auftrag Martin Räber (Fraktion Grüne) betr. Klimarappen Olten
  - 8.24. Auftrag Martin Räber (Fraktion Grüne) betr. Keine zusätzlichen Anschlusskosten durch energetische oder umwelttechnische Sanierung
  - 8.25. Interpellationen 1 - 3 Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Kunstmuseum
  - 8.26. Auftrag Christine von Arx (SP) betr. Vollständige Publikation Rechtssammlung
- \* aus Zeitgründen verschoben

\* \* \*

**Parlamentspräsident Florian Eberhard** begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 25. November 2021

Prot.-Nr. 23

## Budget 2022/Genehmigung

### Detailberatung

#### Antrag FDP betr. generelle Kürzung Sach- und Betriebsaufwand um 3,5 %

**Nico Zila, FDP-Fraktion:** Ihr habt unseren Antrag zur generellen Senkung der Sachaufwände, Sachgruppe 31, um 3,5 % erhalten, mit dem Ziel, unter die Summe von 16 Millionen Franken zu kommen, die der Stadtrat in seinen Budgetrichtlinien ja notabene auch selber festgelegt hat. Wir beobachten bei diesen Sachkosten die Entwicklung durchaus mit Sorge. Wir sehen, wie wir alle hier auch, in der FDP-Fraktion, dass die Gemeinden und die Stadt Olten, für die wir uns heute einsetzen, laufend weniger Handlungsspielraum haben, was ihre Ausgaben betrifft. In der Sachgruppe 31 ist noch einiges vorhanden, das man beeinflussen kann, wo ein Gemeinwesen auch Prioritäten setzen kann. Wir möchten den Stadtrat hier beim Wort nehmen, was seine Richtlinien betrifft. Die 16 Millionen Franken entsprechen durchaus einem Aufwärtstrend, wie es in den letzten Jahren etwas üblich war. Von sparen zu sprechen, vor allem von linker Seite, wenn man an sich verlangsamtes Ausgabenwachstum gemeint hat, dann sind die 16 Millionen keine Kürzung von irgendetwas, sondern ein Kostendach für diese Sachgruppen, was die FDP auch im Budget festgeschrieben haben möchte. Wir möchten gleichzeitig, und da wissen wir, dass wir auch ein wenig an unserem System ritzen, dem Stadtrat die Handlungsfreiheit geben, weil die Stadträtin und Stadträte in ihren Direktionen am besten und sattelfestesten unterwegs sind, wie man das Kostendach dann auch effektiv verteilt oder wie man die von uns beantragten Einsparungen von rund Fr. 580'000.— umsetzt. Rechtlich ist ja die Ausgangslage so, und dessen sind wir uns durchaus bewusst, dass wir jetzt im Rahmen der Detailberatung mehrere hundert Einzelanträge über alle Ausgabenposten, die nicht gebunden sind, stellen könnten. Die FDP hat sich deshalb einmal mutig oder gestern sind noch andere Adjektive gefallen, jedenfalls dafür entschieden, es mit einem Sammelantrag zu versuchen. Wir möchten nicht die Handlungsfreiheit der Exekutive beschneiden, sondern ein Kostendach festlegen. Wir haben uns auch noch mit dem städtischen Rechtskonsulenten unterhalten, und ich bin auf seine Einschätzung gespannt. Auf eine Art ginge es uns darum, einen solchen Auftrag light in den Budgetprozess einzugeben, damit wir das Kostendach von 16 Millionen Franken, das wir anstreben, erreichen können oder die Kürzung von 3,5 %, die ganz, ganz leicht darunterliegen würde. Zum Vorgehen bin ich froh, wenn ich den Ball auch ein Stück weit zurückspielen und weitergeben kann. Ich hoffe, unsere Intention ist klargeworden. Es geht nicht darum, irgendwie einzelne Aufgaben komplett abzuschliessen, sondern den Stadtrat einfach daran zu erinnern, dass er ohne plausible Begründung bisher in dieser Sachgruppe 31 weit über das Ziel hinausschiesst.

**Philippe Ruf, SVP-Fraktion:** Ich möchte nur noch eine gewisse Skepsis gegenüber diesem Antrag anwenden. Grundsätzlich heisse ich ihn inhaltlich gut und finde, dass die Freisinnigen inhaltlich absolut recht. Der Punkt ist, dass wir effektiv kein Globalbudget haben. Wenn wir jetzt einen solchen Antrag eingehen, gehen wir einfach Nachahmer ein. Ich werde wahrscheinlich gleich der erste Nachahmer sein, weil ich effektiv in verschiedenen Bereichen sage, okay, hier sind die Kosten explodiert. Ihr habt ja gesehen, dass wir von der SVP

beispielsweise Anträge eingereicht haben, wo man sieht, dass die Kosten der Museen einfach nicht so sind, wie es die Regierung vor ein paar Jahren versprochen hatte. Genau dort wäre eigentlich von uns der Antrag auch so eingebracht worden. Das ist der Sinn und Zweck, den man bei solchen Globalbudgets machen kann. Wenn wir dies jetzt so angehen, werden wir künftig solche Anträge auch haben, und das ist verfahrenstechnisch bei uns im Budget nicht möglich. Da habe ich einen guten Alternativvorschlag. Nein, wir könnten es beispielsweise pro Direktion machen, indem wir sagen, die Anträge, welche die Direktion betreffen. Aber so ist es in unserem Budget nicht vorgesehen, und es ist dann auch einfach schwierig. Ich denke, es gibt sicher auch Parteien oder Einzelpersonen, die einsehen, okay, in diesem Bereich habe ich einen Antrag oder nicht. Die FDP hat gezeigt, dass sie die Hausaufgaben gemacht hat. Sie hat dies nicht einfach aus Faulheit gemacht. Sie haben aufgelistet, welche Anträge es gibt. Aber vom Mittel her ist es so sehr kritisch, und wir müssen uns bewusst sein, wenn wir dies jetzt so eingehen, werden wir auch in Zukunft sehr, sehr viele Anträge haben. Dann wird es für den Stadtrat schwierig, so etwas umzusetzen. Merci.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Diese Budgetpositionen sind ein Kreditrahmen, der zur Verfügung gestellt wird. Das muss ja nicht heissen, dass man sie ausschöpfen muss. Die letzten Jahre haben eindeutig gezeigt, dass die Verwaltung sparsam umgehen kann und diese Beträge eigentlich auch immer unterschritten hat. Deswegen fällt die Rechnung beim Sachaufwand auch meistens besser aus als beim Budget. Wenn dieser Betrag nicht reichen sollte, kann man ja einen Nachtragskredit verlangen. Von daher versucht man, im Budget immer irgendeinen Betrag aufzunehmen, der dem gerecht werden könnte, was effektiv ausgegeben wird. Aber es muss nicht so sein. Es hat Posten dabei, die natürlich berechtigt viel höher ausfallen. Ich denke hier an den Energiebedarf, wo Strom und Gas viel teurer wurden. Von daher dort einfach 3,5 % zu kürzen, wobei Du, Nico, ja gesagt hast, wir ja dann selber schauen können, wo wir die Fr. 500'000.— einsparen, wird relativ schwierig. Von daher möchte ich Euch bitten, diesem Antrag nicht zu folgen. Merci.

**Urs Knapp:** Vom Verfahrenstechnischen her einfach gleichwohl noch die Frage: Können wir den Weg gehen, den wir bevorzugen würden oder müssen wir über 600 Positionen abstimmen? Ich glaube, das wäre für die Abstimmung wichtig. Man hat gesehen, dass man beispielsweise in der Rechnung 2020 15,3 Millionen Franken für Sachaufwand ausgegeben hat. Wir hatten in der Rechnung 2021 ein Budget von 16,1 Millionen. Jetzt sind wir bei 16,5 Millionen. Uns geht es wirklich darum, ein Zeichen zu setzen. Wenn Benvenuto sagt, wir sind sowieso immer darunter, dann budgetieren wir auch darunter. Es sind genau die Positionen, die wir, ich würde sagen zu 80 %, wahrscheinlich noch mehr Handlungsspielraum haben. Wir würden sehr begrüßen, dass man einmal den Grundsatzentscheid fällt. Wir möchten alle nicht über 600 Positionen abstimmen. Das ist widersinnig. Wir haben vom Rechtskonsulenten gehört, es scheint zu gehen. Dann ist dies gut so und man könnte abstimmen, dass man sagt, wir nehmen die Positionen, die wir haben, die wir auf diesen 14 Seiten eingereicht haben, in Kauf. Das gilt für sie. Wir geben aber gleichzeitig dem Stadtrat die Handlungsmöglichkeit, wo er im Rahmen seiner Finanzkompetenz das Gefühl hat, auch was der Finanzdirektor gesagt hat, dies dort anzupassen, dass jedoch der Stadtrat im Kopf haben muss, nein, wir haben in dieser Position Sachgruppe 31 nicht 16,6 Millionen Franken, sondern das Parlament möchte, dass wir auf 16 Millionen landen. Von daher möchten wir vom Verfahren sprechen. Worüber stimmen wir ab?

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Ich habe aus verfahrenstechnischen Gründen Stand jetzt beschlossen, dass dieser Antrag zugelassen wird, gebe aber gerne Patrik Stadler das Wort, der dies noch erläutert.

**Dr. Patrik Stadler:** Ich musste mir lange überlegen, wie wir mit diesem Vorschlag umgehen sollen. Es ist korrekt. Wir haben keine Globalbudgetvorlage. Von daher gesehen kann man eigentlich nicht so pauschal eine Kürzung über sämtliche Sachaufwände vornehmen. Grundsätzlich kann man dies, wenn das Parlament einverstanden ist, dass man dies so macht, das hat man früher auch so gemacht, machen. Man kann global abstimmen. Man

muss sich der Wirkung dieser Abstimmung bewusst sein. Wenn dieser Antrag durchkommt, kann er nicht verbindlich 1 : 1 umgesetzt werden. In diesen Positionen hat es zum Teil gebundene Ausgaben, die eine vertraglich oder gesetzliche Grundlage haben. Über gebundene Ausgaben kann das Parlament nicht beschliessen. Es kann sie zur Kenntnis nehmen, aber nicht beschliessen. Man müsste die Grundlage ändern, also kann man dies allenfalls als Prüfungsauftrag betrachten. Lieber Stadtrat, prüf doch bitte, ob Du nicht im nächsten Jahr die 3,5 % herunterkommen kannst. Aber es ist kein verbindlicher Beschluss, keine verbindliche Ordnung, die Ihr hier beschliesst.

**Simon Muster:** Ich nehme zur Kenntnis, dass wir hier relativ flexibel sind, wenn es um solche Vorstösse geht. Ich kann mich aber auch erinnern, dass ich vor zwei Jahren einmal einen Antrag gestellt habe, dass man das Konto für ausserfamiliäre Betreuung erhöht. Dort hat es geheissen, nein, das muss über ein Postulat ausserhalb des Budgetprozesses gehen. Von daher nehme ich die Spontaneität, dass man dies jetzt so als Prüfungsauftrags verstehen könnte, zur Kenntnis. Ich frage mich, zum Beispiel beim Konto 0211.3130.11, Verbandsbeiträge, auch ein wenig. Dort schlägt die FDP vor, von Fr. 100.— auf Fr. 96.50 zu gehen. Ist dies überhaupt möglich? Kann man solche Beträge aufnehmen? Einmal abgesehen davon, dass es unsinnig ist, wie Benvenuto schon gesagt hat, weil es ein budgetierter Betrag ist. Aber sind Fr. 96.50 überhaupt möglich, Urs Tanner?

**Urs Tanner:** Grundsätzlich ist es möglich. Es macht einfach nicht viel Sinn. Wir haben diese Budgetpositionen auf Fr. 100.— festgelegt. Es macht wirklich wenig Sinn, dass man in einem Budget anfängt, hinten mit Rappen zu rechnen. Es wäre zwar möglich, wenn wir es aber so machen müssten, würden wir es so lösen, dass wir in Hundert-Franken-Schritten korrigieren müssten. Einzelne Positionen würden so nicht korrigiert werden, dafür je nachdem andere Positionen etwas mehr.

**Dr. Christine von Arx:** Ich habe zwei Punkte. Der erste ist, dass man ein wenig schauen muss, welchen Eingriff man in das Gefüge von Machtausgleich, das wir haben, macht. Das System im Moment ist, dass der Stadtrat das Budget macht und wir bei einzelnen Positionen korrigierend eingreifen, aber eben nur bei einzelnen. Es ist die Verantwortung des Stadtrates, ob er bei gewissen Ausgabenposten mehr oder weniger vorschlagen will. Ich finde es schwierig, wenn der Stadtrat von sich aus auf die Idee, die Schlussnummer bekommt jetzt so und so viel Prozent weniger, und sie müssen selber schauen, wie sie dies zusammenrechnen können, auch weil es gewisse gebundene Ausgaben hat, die man nicht kürzen kann, an anderen Orten hat man mehr Handlungsspielraum, und wir auch sagen müssen, wo man gewichten soll, wenn gekürzt wird. Ich sehe den Effizienzgewinn, aber ich sage, der Demokratieverlust ist zu gross. Noch eine zweite Frage: Ich habe einen Antrag zu den Altersausflügen gestellt. Er ist bei den Kürzungen. Was machen wir jetzt?

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Ich werde diesen Antrag jetzt in globo so zur Abstimmung bringen, ausser es stellt jemand den Antrag, dass wir über jeden Budgetposten einzeln abstimmen werden.

**Dr. Christine von Arx:** Aber mein Antrag.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Wenn er durchkommt, können wir ihn gegenüberstellen. Wenn nicht, hat es sich erledigt.

**Daniel Kissling:** Heisst dies dann grundsätzlich, dass jeder Antrag, der heute Abend käme und eine Erhöhung verlangen würde, diesem Globalantrag gegenübergestellt werden müsste? Das heisst, bei jeder einzelnen Ausgabe, auch wenn sie tiefer ginge, was den 3,5 % je nachdem zuwiderlaufen würde, es wäre ja ein anderer Betrag als 3,5 %, müssten wir wieder entscheiden, ob wir es so viel oder so viel kürzen wollen. Das bedeutet, wir müssten jeden einzelnen Antrag, der folgt, diesem 3,5-Prozent-Antrag gegenüberstellen, egal, ob er höher oder tiefer ist.

**Simon Muster:** Ich stelle fix den Antrag, dass wir über jede Position einzeln abstimmen. Dann muss sich die FDP dafür hinstellen, dass wir erstens bis um 4 Uhr hier ist und zweitens, dass Ihr Fr. 100.— auf Fr. 96.50 senken wollt. Wenn Ihr dies tun wollt, will ich einfach nie mehr hören, dass wir ineffizient sind. Ich stelle diesen Antrag.

**Urs Knapp-FDP-Fraktion:** Simon, man kann es auch wie folgt machen: Wir haben ausgerechnet, 600 à eineinhalb Minuten, da werden wir um 4 Uhr nicht fertig sein. Es geht ja hier nicht um Minuten, und wir wollen nicht Filibuster machen, sondern auf eine vernünftige Art eine Botschaft daraus machen. Wir können es auch auf die andere Art machen. Es ist absolut blödsinnig, und es wirkt auch entsprechend, wenn man am Schluss über ein Budget abstimmt. So, wie es herauskommt, wird es seine Wirkung erzielen. Uns geht es darum, dass man eine Botschaft herausgibt, und wir haben gesagt, wie man es machen kann. Der Stadtrat hat gesagt, das ist vernünftig machbar. Man kann abstimmen, wir wollen es so oder wir wollen es nicht. Von daher würde ich einfach darum bitten. Es macht wirklich politisch keinen Sinn, wir reden politisch und machen keine rechtswissenschaftliche Arbeit. Sonst machen wir es halt.

**Philippe Ruf, SVP-Fraktion:** Ich habe es gestern Abend gesagt. Viele denken, nein, heute Abend Budgetsitzung, und ich sage, yeah, Budgetsitzung heute Abend. Deshalb finde ich es lässig, wenn wir megalange debattieren können. Aber es macht natürlich absolut keinen Sinn, und es wäre wirklich mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Ich schlage vor, lehnt den Antrag von Simon Muster ab. Dann können wir nachher über den Antrag der FDP abstimmen. Ich werde ihn annehmen, weil ich ihn inhaltlich absolut sinnvoll finde, aber empfehle auch, und das ist überhaupt keine Kritik an Dich, Florian, dass wir künftig solche Anträge nicht mehr zulassen, weil es, wie ich am Anfang gesagt habe, Nachahmer gibt und zu Schwierigkeiten führt, die unser Budget im Verfahren einfach nicht vorsieht. Aber dass wir jetzt diese Ausnahme machen und so darüber abstimmen, jedoch gegen den Antrag von Simon Muster. Merci.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Ordnungsantrag von Simon Muster wurde zurückgezogen.

**Dr. Christine von Arx:** Wir sind etwas im unpräjudiziellen Raum, im luftleeren Raum mit dem Antrag. Ich hätte einen anderen Vorschlag, damit man auch den Bedenken von Philippe entgegenkommen kann, auch meinem persönlichen Bedenken, das ich demokratiepolitisch habe, dass wir darüber abstimmen, ob wir diese Art von Anträgen als zulässig erachten. Dann wissen wir es auch für die nächsten Sitzungen. Ich weiss schon, dass man dies im nächsten Jahr wieder genau gleich bringen kann. Aber dass wir diese Diskussion führen, und wenn wir sagen, es ist so möglich, stimmen wir inhaltlich darüber ab. Ich weiss nicht, ob dies auch ein Anliegen der FDP ist.

**Nico Zila:** Christine, selbstverständlich ist es grundsätzlich schon in unserem Sinne, eine gewisse Klärung über das Prozedere zu haben. Ich merke auch aus der Diskussion, dass wir alle ein Stück weit unzufrieden, dass die einzige Option, die uns bleibt, eine ist, die eigentlich gar nicht auf dem Tisch liegt, weil wir nicht bis morgen früh über irgendetwas befinden, das sich irgendwo wiederholt. Vorhin war die Rede von mit Kanonen auf Spatzen schießen. Ich denke, materiell würde es ja darum gehen, wir haben den Rechtskonsulenten gehört, dem Stadtrat hier ein deutliches Signal mitzugeben. Ich glaube, wir können politisch beurteilen, ob wir dies wollen oder nicht, und vielleicht im Vorfeld einer nächsten Budgetsitzung notabene auch auf dem Vorstossweg klären, wie wir künftig mit solchen Ansinnen umgehen werden.

## **Beschluss**

Mit 24 : 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Kürzungsantrag der FDP abgelehnt.

Seiten 27 bis 29

Keine Wortmeldungen.

Seiten 33 bis 37

Keine Wortmeldungen.

Seite 38, 0120.3170.00, Reisekosten und Spesen

**Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 45'000.—. Der Antrag der SVP lautet auf Kürzung um Fr. 15'000.— auf neu Fr. 30'000.—.

**Marc Winistörfer, SVP-Fraktion:** Schriftlich ist es eigentlich begründet. Falls es noch irgendwelche Diskussionen geben wird, möchte ich noch etwas sagen. Sonst ist es in Ordnung. Das gilt auch für die anderen Anträge. Wir haben es mit unseren Anträgen schriftlich begründet. Ich werde auch bei den anderen Anträgen auf das Wort, wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, dies auch im Sinne eines effizienten Zeitmanagements. Ich glaube, es ist im Interesse von uns allen, wenn wir dies so machen.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Das ist jetzt ein Beispiel, wo gebundene Kosten, die auch vertraglich festgelegt sind, enthalten sind. Das sind nämlich unter anderem auch Spesen der Stadträtin und den Stadträten, die vertraglich mit dem Reglement über Behördenentschädigung zugesichert sind. Das kann man nicht auf Fr. 30'000.— reduzieren. Sie sind gebunden und im Reglement festgelegt.

**Matthias Borner:** Ich muss schon widersprechen. Ihr könnt Eure Reisetätigkeit reduzieren. Dadurch fallen weniger Spesen an. Du sprichst das Spesenreglement an. Das gilt. Das ist korrekt. Aber wenn Ihr Euer Reiseverhalten anpasst, was übrigens auch CO2-technisch in Eurem Sinne ist, gibt es weniger Spesen.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Ich kann Dich beruhigen. Wir schränken unsere Reisen sehr ein. Ich habe in den neun Jahren, in denen ich hier bin, noch nie einen Rappen geltend gemacht und Thomas übrigens auch nicht. Das sind Pauschalspesen, die wir zugute haben. Es sind Fr. 250.— pro Monat. Damit ist eigentlich alles, was wir brauchen, abgedeckt. Dies erhalten wir zusammen mit dem Lohn. Wenn wir zusätzliche Auslagen und Spesen hätten, müssten wir diese separat geltend machen.

**Matthias Borner:** Ich habe kurz zusammengerechnet. Fr. 250.— x 5 x 12 sind Fr. 15'000.—. Also sind Fr. 30'000.— immer noch das Doppelte davon.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Ich weiss die Zahl nicht auswändig. Es ist mehr, als Benvenuto gesagt hat. Insbesondere auch beim Stadtpräsidenten ist es mehr. Wenn wir es richtig gerechnet haben, macht es rund Fr. 40'000.— aus. Vielleicht kann dies der Finanzverwalter noch bestätigen.

**Urs Tanner:** Wir zahlen pro Monat Fr. 3'400.— an Fixspesen an die Stadträte aus.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Matthias, es ist so. Wir haben Fr. 500.—. Fr. 250.— werden von den Steuern anerkannt und Fr. 250.— werden aufgerechnet.

**Dr. Patrik Stadler:** Ich komme zurück auf das, was ich eingangs gesagt habe. Es ist eine gebundene Ausgabe im Rahmen von Artikel 12 des Reglements über die Ausrichtung von Entschädigungen für Behördentätigkeit. Dort hat der Stadtrat rechtlich einen Anspruch auf die Spesenentschädigung. Von daher gesehen könnt Ihr dies eigentlich nur zur Kenntnis nehmen. Allenfalls könntet Ihr Fr. 4'000.— kürzen. Das liegt noch in der Kompetenz des Parlaments.

**Matthias Borner:** Wir ziehen unseren Antrag zurück.

Seite 40, 0222.3131.00, Planung und Projekt. Dritter

**Urs Knapp, FDP-Fraktion:** Uns ist sehr bewusst, dass wir hier über ein Glasfasernetz abgestimmt haben. Wir haben nichts gegen ein Glasfasernetz. Wir haben aber schon in der Debatte über diese Abstimmung gesagt, dass es nicht die Aufgabe sein kann, dass man sehr, sehr viel Geld für ein Konzept ausgibt, das noch nichts bringt. In der Stadt Olten haben wir immer noch die Situation, dass wir drei verschiedene Anbieter für Glasfasernetz haben: Salt, Swisscom und UPC. Wir haben noch das 5G-Netz. Ich glaube, wenn man dies ausschreiben und in einem weiteren Kreis machen möchte, kann man dies tun. Aber dann müsste man die Ausschreibung so machen, dass die Kosten der Ausschreibung, man hat es mit sehr vielen Abklärungen zu tun, ein Teil dieser Ausschreibung sind, welche die Anbieter nachher zahlen müssten. Unserer Meinung nach kann es nicht sein, dass die Stadt hier in Vorinvestitionen geht. Wir haben verstanden, dass man jedes Röhrchen anschauen müsse, damit man eine perfekte Ausschreibung machen kann. Das müsste nicht das Ziel sein. Es müsste eigentlich so sein, wie es andere Gemeinden machen, und das bekommt man, wenn man andere Gemeinden anschaut, für einen Bruchteil dieses Betrags, dass man eine Ausschreibung macht, in der man sagt, es ist das Risiko der Anbieter, dass sie finanzieren und den Untergrund abklären, soweit dies nötig ist. Das ist ein Teil dieser Ausschreibung. Jetzt haben wir die Situation, dass wir Fr. 80'000.— ausgeben. Wir wissen nachher, wie viele Röhrchen es hat. Wir haben keine Ahnung, ob ein Anbieter daran interessiert ist, und wir haben keinen einzigen Glasfaseranschluss mehr. Von daher würden wir beliebt machen, dies zu streichen und neu aufzusetzen, so wie wir dies übrigens auch in der Debatte über den Auftrag gesagt haben. Man soll dies so vernünftig als möglich machen, und die Kosten für eine Ausschreibung soll nicht die Allgemeinheit zahlen, sondern die Anbieter, die an einer solchen Submission Interesse haben. Deshalb schlagen wir der guten Form halber vor, den Kredit beim Konto 0222.3131.00 um Fr. 80'000.— zu streichen. Das wäre für die Konzessionsvergabe, Auftrag Glasfasernetz.

**Stadträtin Marion Rauber:** Es ist so, wie es Urs Knapp gesagt hat. Wir haben einen politischen Auftrag gefasst, dass wir diese Ausschreibung machen sollen. Auch in der Beantwortung haben wir, das war noch Thomas Marbet, ganz klar beschrieben, dass wir im Budget rund Fr. 100'000.— für die Ausschreibung und das ganze Verfahren einstellen werden, weil uns einfach das Know-how in der Verwaltung fehlt, um ein solches Projekt allein aufzugleisen und weil es sich auch um eine aktive Änderung des bisherigen Standards handelt. Ich möchte Euch bitten, diesen Betrag so zu belassen. Wir haben ihn schon auf Fr. 80'000.— reduziert. Merci.

**Tobias Oetiker, Olten jetzt!:** Ich war einer derjenigen, die diesen Vorstoss, der dem Ganzen zugrunde liegt, lanciert haben. Der Sinn dieses Vorstosses ist, dass es uns wichtig ist, dass Olten ein offenes Glasfasernetz kriegt, also etwas Infrastrukturmässiges und nicht eine proprietäre Lösung eines bestimmten Anbieters. Wie es im Moment in der Schweiz läuft, falls Ihr dies mitverfolgt, hat es gerade einen Bundesverwaltungsgerichtsentscheid gegeben, bei dem die Swisscom bezüglich ihrem Glasfaser-Deployment in der Schweiz ziemlich schlecht aussieht. Das heisst für die Kommunen, dass sie selber genügend Know-how entwickeln müssen, sei es die Swisscom, die in Olten etwas baut, sei es eine andere Firma, die in Olten etwas baut, damit die Stadt als Partner oder als Gegenpart dieses Anbieters dastehen kann und entsprechend das Know-how hat, um eine gute Lösung für uns herauszuholen. Es ist nicht so, wenn die Swisscom baut, yeah, die machen etwas Gutes für Olten. Sie machen etwas Gutes für sich, damit sie Geld verdienen. Es ist eine Firma. Ihr Auftrag ist, Geld zu verdienen, und nicht, dass sie etwas Gutes für Olten tun, während dem der Auftrag von uns ist, dafür zu sorgen, dass es etwas Gutes für Olten gibt. Wenn der Stadtrat jetzt sagt, sie haben kein entsprechendes Know-how und müssen das Know-how einkaufen, dann ist es so. Ich höre es. Es kostet Fr. 80'000.—. Im Vergleich zu dem, was die Bedeutung eines solchen Glasfasernetzes für eine Stadt ist, sind Fr. 80'000.— völlig vernachlässigbar. Auch die Investition, um die es hier geht, sind 15 bis 30 Millionen. Darüber

gibt es verschiedenste Ansichten. Aber dieser Betrag ist im Verhältnis dazu vernachlässigbar.

**Urs Knapp:** Es ist klar. Für Tobias ist jeder Betrag ein vernachlässigbarer. Tobias, was Du gesagt hast, ist etwas Anderes als im Auftrag stand. Du sagst, in der Stadt müssen sie mehr Know-how haben, um zum Beispiel mit der Swisscom auf Augenhöhe zu reden. Auch hier geht es um eine Submission. Das ist etwas ganz Anderes. Es geht nicht darum, ob man bei der Stadt Kompetenzen hat, um mit einzelnen Anbietern, Swisscom, UPC, Salt, vielleicht gibt es auch noch andere, darüber zu reden, sondern der Auftrag ist, die Stadt muss ein Submissionsverfahren für eine Konzession durchführen. Das ist etwas Anderes. Das haben andere Gemeinden auch gemacht. Ich erwähne Münchenstein, Arlesheim nach meinem Kenntnisstand. In der Debatte wurde es auch schon gesagt. Sie haben dies günstiger gemacht, weil sie einen Teil der Kosten für die Submission schon in die Submission hineingeschrieben haben, damit die Allgemeinheit nicht damit belastet wurde. Nachher geht es darum, dies für 15 bis 30 Millionen Franken zu machen. Die Firma, das Konglomerat, die oder das dies macht, wollen ja verdienen und nachher auch die entsprechenden Anschlüsse machen. Es kann nicht die Aufgabe der Stadt sein, dass man schon einen Teil dieser Arbeit einfach à conto finanziert. Das ist die Aufgabe der verschiedenen Anbieter. Wenn es darum geht, dass die Stadt mehr Kompetenzen haben muss, um auf Augenhöhe mit der Swisscom zu verhandeln, ist dies ein ganz anderes Thema, entspricht aber nicht dem Auftrag, dem wir zugestimmt haben.

**Christian Ginsig:** Ich meine, es ist ein demokratischer Prozess. Wir haben entschieden und das Thema überwiesen, auch aus Gründen der Standortattraktivität, dass man die Glasfaser jetzt entsprechend überweist. Der Stadtrat hat die Zügel an die Hand genommen. Gerade vorhin haben wir gehört, dass das Budget bereits reduziert wurde. In der Umsetzung ist es nachher das Thema. Man kann in das Pflichtenheft schreiben, dass die Mittel allfällig durch den neuen Investor, der das Netz betreiben wird, wenn es soweit ist, wieder zurückgespielt werden. Ich denke, wir müssen jetzt hier nicht über diese Position reden. Es wurde demokratisch entschieden, dass wir dies jetzt in Auftrag geben wollen. Danke.

## **Beschluss**

Mit 25 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Kürzungsantrag der FDP abgelehnt.

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich wurde von der SVP darauf aufmerksam gemacht, dass beim Budgetposten 022.4210.00 aufgrund des gestrigen Entscheids noch die Bauordnungsgebühren geändert werden müssten. Dort würde jetzt Fr. 250'000.— und nicht Fr. 220'000.— stehen. Urs Tanner wird dies anpassen. Das war noch aus einer ersten Budgetversion drin. Dies einfach korrekterhalber.

Seite 42, 0224.3132.00, Honorare externe Berater, Experten

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 72'100.—, und wir haben den Antrag der SVP auf Kürzung um Fr. 5'600.— auf neu Fr. 66'500.—.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Ihr seht auf der rechten Seite, wofür der Betrag ist. Vor allem geht es um die Sicherheit und Vernichtung von Datenträgern. Es würde die IT massiv einschränken, wenn man dort kürzen würde. Urs Tanner hat an der FIKO-Sitzung gesagt, er könne die Verantwortung nicht mehr übernehmen, wenn dieser Betrag gekürzt werde. Dann würde die ganze Sicherheit in der Stadt zur Diskussion stehen.

**Urs Tanner:** Es ist eine grosse Position von Fr. 34'000.— drin. Es ist so, dass wir bei unseren Windows-Servern 2012 einen Einsatz haben. Das müssten wir auf 2019 updaten, weil 2023 der Support für diese Software auslaufen wird. Danach würde es heikel werden. Zweitens haben wir eine sachgerechte Entsorgung von Festplatten drin. Diese möchten wir

professionell liquidieren lassen, damit nicht noch irgendwo Daten der Stadt herumlaufen. Sonst müssten wir sie halt irgendwo mitgeben.

## **Beschluss**

Mit 30 : 10 Stimmen wird der Kürzungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 42, 027.3132.00, Honorare, externe Berater, Experten

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 21'000.—. Wir haben einen Antrag der SVP auf Kürzung um Fr. 6'000.— auf neu Fr. 15'000.—.

## **Beschluss**

Mit 23 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Kürzungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 44, 0290.3144.00, Unterhalt Hochbauten, Gebäude

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Wir haben den Antrag der FIKO auf Kürzung um Fr. 50'000.— von bisher Fr. 223'000.— auf neu Fr. 173'000.—.

**Heinz Eng:** Ich möchte kurz etwas zu diesem Antrag sagen. In der FIKO wurde einstimmig entschieden, dass man hier eine Reduktion macht. Die Gründe sind folgende: Man sieht auf der rechten Seite, es geht nicht um die Positionen, die ausgewiesen sind, die es braucht, wie zum Beispiel bauliche Sanierungen, Liftbremse usw. Es geht um den allgemeinen Kredit und dieser ist in der Höhe von Fr. 100'000.—. Fr. 100'000.— beträgt auch der Dispositionskredit des Gesamtstadtrates. Klar muss man immer gewisse Eventualitäten mit einem solchen allgemeinen Kredit abdecken. Aber wenn Ihr auf der Zeitachse Rechnung 2020 und Budget 2021 schaut, ist dies sicher ein Betrag, mit dem man, wenn man ihn um Fr. 50'000.— kürzt, ohne Weiteres noch etwas machen kann. Zudem gibt es noch einen anderen Punkt und zwar die Revisionsgesellschaften. Jedenfalls diejenige, die wir im Geschäft haben, sieht es immer weniger gerne, wenn es einfach allgemeine Kredite hat, ohne dass dort ganz klar ausgewiesen ist, wie man sie verwenden will. Vielleicht gleich schon für die Zukunft: Wenn es einen so grossen Kredit braucht, soll man die Positionen in den nächsten Jahren auch klar benennen. Ich habe es gesagt. Die FIKO hat sich einstimmig dafür entschieden, dass wir die Fr. 50'000.— reduzieren.

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich möchte gerne etwas ergänzen. Der allgemeine Kredit Hochbau ist nicht einfach ein Kredit, den wir einfach einmal einstellen, sondern er ist durchaus mit gewissen Fakten hinterlegt. Einmal generell gesehen ist es so, dass das Stadthaus einen Wert von ungefähr 36 Millionen hat und daher eigentlich einen baulichen Werterhaltsbedarf von rund Fr. 360'000.—. Das ist eine Rechnung, die man macht. Die vorgesehenen Mittel, die wir für 2022 einstellen, sind also wesentlich darunter. Das macht auch ein wenig Sinn, weil man natürlich gewisse Sachen in grösseren Einheiten zusammenfasst. Im allgemeinen Kredit Hochbau ist aber abgebildet, und wir haben es uns wirklich zur Aufgabe gemacht, die ganzen Unterhalts- und Werterhaltskosten in diesem Budget auch etwas transparent zu spiegeln. Da wäre zum Beispiel der Unterhalt der Lüftungsanlagen drin, Unterhalt der Liftanlagen, Unterhalt Elektroanlagen, Unterhalt Brandschutzanlagen. Ein relativ grosser Posten ist der Unterhalt des BHKW mit Nachwärmeverbund, des Blockheizkraftwerks, Unterhalt der Storen und Sanitäranlagen. Dann gehören auch regelmässige Prüfungen dazu, zum Beispiel statische Geschichten bezüglich herunterhängende Decken. Das sind eigentlich Aufgaben, die wir so oder so wahrnehmen müssen. Da sind wir in der Pflicht. Es ist natürlich einfach ein etwas grosser Verwaltungsaufwand, wenn wir immer mit einem Nachtragskredit wieder in den Stadtrat gehen müssen. Deshalb bitte ich Euch, diesen Betrag so im Budget zu belassen. Merci.

**Heinz Eng, FDP-Fraktion:** Besten Dank, Frau Baudirektorin. Die Argumente mögen aber nicht zu befriedigen. Wenn man sieht, dass im Budget 2021 Fr. 60'000.— drin waren. Dann hätte man ja alles, was Du sagst, wenn es wiederkehrend ist, auch schon machen müssen. Zweitens sind in der Rechnung 2020 sind Fr. 115'000.—, Irrtum vorbehalten, drin. Irgendwie ist dort noch etwas Luft drin. Deshalb sehe ich nicht ein, weshalb man die Kürzung nicht vornehmen soll.

### **Beschluss**

Mit 20 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Kürzungsantrag der FIKO zugestimmt.

Seite 44, 0229.3132.00, Honorare externe Berater, Experten

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 50'000.—. Im Raum steht ein Kürzungsantrag der SVP um Fr. 10'000.— auf neu Fr. 40'000.—.

### **Beschluss**

Mit 22 : 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Kürzungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 48, 1402.3132.00, Honorare externe Berater, Experten

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 15'000.—. Wir haben einen Kürzungsantrag der SVP um Fr. 5'000.— auf neu Fr. 10'000.—.

**Stadträtin Marion Rauber:** Bei diesem Budgetposten handelt es sich ausschliesslich um die Wartung und Betreuung des CADs, wofür externe Berater ins Haus kommen. Ihr seht, dass unten die Wartung ausgewiesen ist, und oben sind die Berater, die das CAD betreuen. Es sind also keine anderen externen Beratungen drin enthalten.

### **Beschluss**

Mit 31 : 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Kürzungsantrag der SVP abgelehnt.

Seiten 46 bis 53

Keine Wortmeldungen.

Seiten 54 bis 61

Seite 58, 2190.3132.00, Honorare externe Berater, Experten

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 31'400.—. Die SVP fordert eine Reduktion um Fr. 10'000.— auf neu Fr. 21'400.—.

**Marc Winistörfer, SVP-Fraktion:** Einfach kurz zur Präzisierung: Wer die Begründung gelesen hat, weiss, wofür es geht. Diejenigen, die es nicht gelesen haben, wissen es möglicherweise nicht. Es geht um eine Schul-App, bei der wir der Meinung sind, man kann hier einfach eine bestehende von Whatsapp oder einem anderen Anbieter nehmen.

**Stadtrat Nils Loeffel:** Ich habe es schon in den Kommissionen jeweils erläutert, wofür es bei dieser Schulkommunikations-App geht. Selbstverständlich kann man einfach Whatsapp, Telegram oder Signal verwenden. Wie Ihr alle wisst, ist dies eine Chat-App, in die man schreiben und Chat-Nachrichten hin- und her senden kann. Bei dieser Schulkommunikations-App geht es aber um etwas ganz Anderes. Es geht nämlich darum, dass die Gesamtschulleitung, aber auch die einzelnen Lehrpersonen und die einzelnen Schulstandorte mit den Schülerinnen und Schülern, aber auch mit den Eltern Informationen

teilen können. Es geht darum, dass man Dokumente sicher ablegen kann. Dort geht es um Server-Sicherheit. Wo stehen die Server? Wer wartet diese Server? Es geht darum, welche Funktionen die Kommunikations-App effektiv zur Verfügung stellt. Dort ist weder Whatsapp noch Telegram eine sinnvolle Lösung, weil man diese Funktionen nicht nutzen. Ein weiterer Punkt ist der Datenschutz. Wenn man eine Chat-App benützt, ist es so, dass die gegenseitigen Nummern erkennbar sind, dass alle allen jederzeit schreiben können, wenn sie in der gleichen Chat-Gruppe sind. Eine solche Schulkommunikations-App verhindert, dass Nummern geteilt werden können, weil es nicht nur von der Direktion Bildung und Sport gewünscht wird, sondern in erster Linie auch von Seiten der Elternschaft, aber auch von den Lehrpersonen, die nicht bereit sind, ihre privaten Geräte und ihre privaten Handy-Nummern mit allen zu teilen. Deshalb wären wir sehr froh, wenn die Fr. 10'000.—drin behalten würden. Für weitere Informationen, welche Apps es wären, kann ich gerne noch eine Liste weiterschicken. Merci vielmals.

**Manuela Höfler, Fraktion Grüne:** Wir bringen den Kindern in der Schule in der Medienkunde ja bei, dass es wichtig ist, auf seine eigenen Daten aufzupassen. Das ist ein Paradebeispiel. Wenn wir Gratis-Apps wie Whatsapp nutzen, bezahlen wir. Wir zahlen nicht mit Geld. Aber wir zahlen mit unseren Daten und es ist megawichtig, hier bei den Kindern eine gewisse Sensibilisierung hinzubringen und wir als Erwachsene sollten eigentlich auch versuchen, sie weiter zu verbreiten. Deshalb glaube ich, dass Datenschutz megawichtig ist. Nils hat es angesprochen. Es ist eine Währung in einer anderen Form, und sie ist heutzutage auch sehr wertvoll, gerade in der digitalen Welt. Deswegen denke ich, dass wir die Schulen hier unbedingt unterstützen müssten. Es ist megaschwierig, auch für die Lehrer, wenn sie nicht die korrekte Infrastruktur erhalten. Dann müssen sie auf die Gratis-Apps umsteigen, und als Eltern muss man dies dann irgendwie in einer Form quasi darum herum schlüpfen. Ich habe zum Beispiel persönlich keine Lust auf Whatsapp und möchte nicht, dass meine Kinder damit in Berührung kommen. Ich möchte lieber bezahlen für das, was ich kriege und wissen, dass auch meine Daten geschützt sind. Deshalb fände ich es megagut, wenn wir dies ablehnen würden. Merci.

**Nico Zila:** Ich kann den Ausführungen des Bildungsdirektors vollumfänglich folgen. Aus meiner Berufstätigkeit habe ich Erfahrung mit diesen technischen Lösungen, und ich glaube, man muss wirklich unterscheiden zwischen dem, was wir privat benützen, mein ganzes Leben ist auf Whatsapp, und ehrlich gesagt ist es mir auch relativ egal, wenn jemand davon Kenntnis hat, aber hier geht es darum, dass wir eine hoheitliche Aufgabe erfüllen, dass wir mit Familien und Kindern in Kontakt treten, dass wir auch nicht nur quasi als Schule Olten eine Chat-Funktion nutzen, sondern Dokumente sicher aufbewahren und austauschen. Wir reden über Lizenzkosten, die geringer als Fr. 10.— pro Schulkind und Jahr sind. Das scheint mir eine absolut sinnvolle Investition zu sein.

## **Beschluss**

Mit 36 : 4 Stimmen wird der Kürzungsantrag abgelehnt.

Seite 62, 3111.3119.00, Übr. nicht aktivierb. Anl./Ausstell.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 141'400.—. Beantragt ist von der SVP eine Reduktion um Fr. 20'000.— auf neu Fr. 121'400.—.

## **Beschluss**

Mit 22 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Kürzungsantrag der SVP abgelehnt.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 40'000.—. Die SVP fordert eine Kürzung um Fr. 16'000.— auf neu Fr. 24'000.—.

**Philippe Ruf, SVP-Fraktion:** Man muss sich bei den Anträgen, die wir bei den Museen haben, bewusst sein, dass vom Stadtrat versprochen wurde, dass 1,6 Millionen für die Museen ausgegeben werden. In den Abstimmungsunterlagen stand es schwarz auf weiss. Es stimmte nicht. Sie sind weit darüber hinaus. Wenn wir darüber reden, dass wir ein gesundes Budget haben wollen, aber nicht einmal bereit sind, den Stadtrat beim Wort zu nehmen, und die versprochenen Zahlen einzuhalten, die uns der Stadtrat versprochen hat, werden wir Schwierigkeiten haben, gesunde Finanzen zu schaffen. Da möchte ich schon auch motivieren, dass wir dort wenigstens probieren, Anpassungen zu machen, die wir haben und zumindest dort, wo von unserer Exekutive falsche Zahlen versprochen wurden, auch konsequent sind. Sonst werden wir unsere Ausgaben gar nie in den Griff bekommen. Das wäre zumindest der erste Ansatz, wo ich um Kooperation bitte und durchaus finde, dass es auch gute Argumente gibt, dass man diese Bereiche auch auf das Versprochene anpasst.

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Ich bin wie der Museumssprecher in diesem Rat. Ja, ich habe die Abstimmungszeitung hervorgehoben. Von Versprechen habe ich dort nichts gesehen. 2016 hat man gesagt, dass man es günstiger macht. 2015. Man hat nichts davon gesagt, dass dies jetzt ewig so bleiben wird, abgesehen davon, dass es ein anderer Stadtrat war, nicht der Stadtrat, der jetzt vorne sitzt, zum Teil noch. Aber es sind andere Leute. Das ist das Erste. Das Zweite ist, wenn wir eine Abstimmungszeitung so genau nehmen möchten, hätten wir dies auch gestern machen müssen, als Ihr gesagt habt, nur, weil Steuererhöhungen angekündigt werden und die Bevölkerung zum neuen Schulhaus ja gesagt hat, wo drinsteht, dass Steuererhöhungen angekündigt werden, darf man dies nicht so genau nehmen. Das heisst überhaupt gar nichts. Ich sehe hier ein wenig ein ähnliches Thema. Abgesehen davon muss man einmal rechnen, was dies ist. Ihr habt dies selber auch gemacht. Es kann schon sein, und ich finde auch, dass man im Haus der Museen vielleicht noch mehr Synergien nutzen könnte. Ich weiss es nicht so genau. Auch frage ich mich, ob Ihr nachgefragt habt, ob man noch mehr machen kann, ob Ihr beim Museumspersonal oder den Verantwortlichen wart. Ich weiss es nicht. Man muss noch sagen, dass im Haus der Museen nicht alle Museen sind. Das Kunstmuseum ist immer noch am gleichen auffälligen Ort. Ihr rechnet dies einfach alles in einen Posten. Das ist vielleicht auch nicht ganz einfach. Wir haben aktuell in der Stadt drei Museen. Wenn man noch die Abschreibungen des Hauses der Museen, das noch neu ist, berücksichtigt, dort sind die Abschreibungen noch höher, einrechnet, sind wir bei knapp zwei Millionen für alle Museen, eineinhalb für die drei Museen im Haus der Museen, wo wir eigentlich noch eines geschenkt bekommen, weil es vom Kanton ist, das archäologische Museum. Dann zeigen wir eine andere Stadt, wo es für diesen Preis vier Museen gibt. Oder zeigt mir, welches Museum Ihr nicht mehr wollt.

**Marc Winistörf:** Einfach der Vollständigkeit halber. Der Vergleich hinkt natürlich extrem. Das Schulhaus vergleichen und was dort angekündigt wurde, das Schulhaus war eine Ausgabe, bei der es nicht um Steuererhöhungen ging. Wenn Du vergleichst, was dort in der Abstimmungszeitung stand und was 2015/2016 bei den Museen gesagt wurde, ist es natürlich ein Unterschied. Wir haben diese Abklärungen machen lassen und haben es auch schwarz auf weiss. Ich weiss nicht, ob Ihr dies alle auch erhalten habt oder nur die FIKO-Mitglieder. Da wird zum Beispiel gesagt, es gibt zusätzliche Leistungen, die Kostentreiber sind. Das ist selbstverschuldet. Das hat die Exekutive bzw. die Leute in den Museen haben dies wahrscheinlich so entschieden, dass es diese Leistungen geben soll. Was gibt es noch? Es sind Abschreibungen, die jetzt geltend gemacht werden. Es geht gar nicht um Abschreibungen. Diese kann man ja wegrechnen. Man ist immer noch über diesen 1,6 Millionen Nettokosten. Es geht um Nettokosten. Es sind Sachen, die vorhersehbar gewesen wären. Ich meine, da muss man schon ehrlich sein. Entweder stimmt, was man den Leuten sagt, bevor man das Projekt in die Abstimmung bringt oder es stimmt halt nicht. Wenn es ein Präjudiz ist, gehe ich davon aus, dass, wenn wir das nächste Mal über das Kunstmuseum

abstimmen werden, die Zahlen auch geschönt sind. Ich glaube, man sollte der Bevölkerung schon ehrlich sagen, was die Sachen kosten. Wenn es sowieso alles nur Schätzungen sind, die nichts wert sind, wäre es vielleicht ehrlicher, wenn der Stadtrat dies auch in die Abstimmungszeitung mit einer Fussnote schreiben würde. Für diejenigen, die es gelesen haben, steht es in der Begründung, für diejenigen, die es nicht gelesen haben, wiederhole ich es noch einmal. Es geht um Konzeptanträge bei den Museen. Man hat auch nicht jede Position gekürzt. Da unterscheiden wir uns von unseren bürgerlichen Kollegen, die dies beim Sachaufwand wollten. Wir gehen bei den Museen auf die Positionen, wo wir glauben, dass man kürzen kann, weil es auch realistisch bzw. zulässig ist. Ihr könnt jetzt darüber abstimmen, ob Ihr dies wollt oder nicht. Ich glaube, der Vergleich mit dem Schulhaus hinkt einfach, und abgeklärt wurde es auch.

**Manuela Höfler, Fraktion Grüne:** Ich gebe Dir recht, Marc. Da ist irgendetwas passiert. Man hat vorher etwas geplant, man hat etwas gemacht, und jetzt hat man einen Betrieb. Ich finde, es ist korrekt, wenn man jetzt hier einfordert, dass man dies überprüfen möchte. Aber nach Eurem Ermessen, sicher nach bestem Wissen und Gewissen einzelne Posten herauszusuchen und zu sagen, 14 % hinunter, hinunter, hinunter. Für das nächstjährige Budget für die Museen ist es megaschwierig. Das ist ein Betrieb von etwa 2 Millionen. Das ist einschneidend. Nachher kannst Du sagen, okay, ich mache statt zwei Ausstellungen eine. Es ist nicht so einfach. Ich finde aber, Du hast recht. Deswegen würde ich sagen, macht doch im Museum einen Prüfauftrag und sagt, hey, Leute, was macht Ihr für das Geld, das Ihr jetzt habt, und wo könnte ein Sparpotenzial sein? Ich weiss nicht, wie es läuft. Ich bin neu dabei. Das wäre einfach mein Ansatz, anstatt für das nächstjährige Budget jetzt so einzufahren.

**Marc Winistörfer:** Darf ich kurz replizieren? Vielen Dank, dass Du den Auftrag unterstützt, den wir gestern eingereicht haben. Wir haben den Auftrag, bei dem gestern auch verkündet wurde, dass wir ihn eingereicht haben, gemacht. Natürlich hoffen wir jetzt, dass die grüne Fraktion uns einstimmig unterstützt. Vielen Dank.

**Urs Knapp:** Ich glaube, es geht um Treu und Glauben. Der Stadtrat hat in den Abstimmungsunterlagen immer wieder versichert, und das war ein starker Punkt, es werde günstiger. Es wurde in den Budgetsitzungen in den letzten zwei, drei Jahren auch ein paar Mal gefragt, wie die Gesamtkosten sind. Es hiess immer wieder, man könne dies nicht genau sagen, man sei noch im Fluss. In der FIKO, und ich glaube, ich darf dies wiederholen, das untersteht nicht dem Kommissionsgeheimnis, wurde von mir gefragt. Es hat einen Zeitungsbericht gegeben, der gesagt hat, die Ankündigungen des Stadtrates sind nicht eingelöst worden. Zwei Ankündigungen hat der Stadtrat in der Abstimmungszeitung vom 5. Juni gemacht. Eine ist, dass es zu einer Einsparung bei den Unterhaltskosten führt, und die zweite sind Synergien im Betrieb, gemeint war das Haus der Museen, wird es geben. Wie hoch diese sein werden, wird sich herausstellen. Fakt ist, dass dies nicht so ist. Jetzt kann man einfach sagen, gut, wir schlucken dies. Das ist halt immer so, und das zerstört das Vertrauen. Aber wenn dies schon nicht aufgeht, müsste unsere Erwartung als Parlament sein, dass man uns dies sagt, dass man nicht irgendetwas macht. Der Stadtrat hat auch mehrere Gründe erwähnt, weshalb dies so ist. Man musste Abstriche bei den Vorstellungen, wie der Kostenverteiler beim Kanton ist, machen. Das könnte man uns ja sagen. Es habe zusätzliche Leistungen gegeben. Der Stadtrat hat in eigener Kompetenz entschieden. Es hat zusätzliche Leistungen gegeben, die das eigene Versprechen, das er in der Abstimmungszeitung gemacht hat, in Frage gestellt. Das könnte man auch vorher sagen. Man muss zusätzliche Sammlungsbestände sanieren. Das wusste man vorher schon. Dass man es jetzt macht, aber in der Abstimmungszeitung etwas Anderes macht, widerspricht Treu und Glauben des Parlaments. Es hat höhere Abschreibungen gegeben. Das war vielleicht ein Fehler in der Budgetierung. Aber auch das ist nicht gut, wenn man dies erst im Nachhinein feststellt. Es hat zusätzliche Energiekosten gegeben. Aber nicht, weil die Energiekosten steigen, sondern weil man im 4. Stock des Hauses der Museen noch eine Klimatisierung eingerichtet hat. All dies sind Punkte, die man mit dem Parlament, das dies so entschieden hat, offen transparent machen müsste. Es wird nicht gemacht. Es ist einfach

versteckt, und man hat kein Gesamtbild. Wir können nicht vergleichen. Schlecht daran sind nicht die Mehrkosten. Das ist auch schlecht. Aber es ist schlecht, dass man dies versucht. Dies widerspricht Treu und Glauben und schmälert auch den Glauben an künftige Projekte, dass man dies so machen will und hofft, dass es niemand merkt. Wir wissen es erst jetzt auf die Nachfrage der FIKO. Weshalb ist dies nach dem Zeitungsbericht teurer?

**Lukas Lütolf:** Ich würde gerne noch eine Antwort des Stadtrates zu diesem Thema hören.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Vielleicht auch noch zwei Ergänzungen: Natürlich auch noch über die Kosten beim Museum läuft das Haus der Fotografie, wo immer noch betriebliche Kosten anfallen und uns auch belasten. Wir erhalten dort etwas für die Energie. Aber das Haus selber, die Gebäudeversicherung usw., diese Kosten sind da. Ebenfalls gibt es die Mindererträge bei der Pacht Astoria. Das ist eine reine Umsatzmiete, wo die Pacht natürlich Corona-geschuldet auch zusammengefallen ist, was das Resultat auch verschlechtert hat. Es gibt selbstverständlich betrieblich Optimierungen. Wenn Ihr denkt, dass Ihr im Haus der Museen über drei Stockwerke zwei Personen, die dort den Eingang kontrollieren und auch sicherstellen. Während dem man früher pro Museum eine Person hatte, hat man jetzt für drei Stockwerke und eine grössere Ausstellungsfläche zwei Personen. Das ist natürlich schon eine betriebliche Verbesserung. Jede Abstimmungsvorlage ist selbstverständlich auch eine Prognose, ein Blick in die Zukunft. Es hat sich nicht alles so eingestellt, was wir uns vorgestellt haben. Daran arbeiten wir, auch mit der Überwindung der Pandemie, natürlich auch mit der Bewerbung der Angebote nachts im Museum. Das gibt es auch im Naturmuseum in Olten, nicht ganz wie im Hollywood-Streifen. Aber es gibt dies auch in Olten, und das bewerben wir auch mit attraktiven Ausstellungen, mit Museumspädagogik, wo wir auch die Kinder mitnehmen. Das ist auch ein Ziel und wurde immer wieder gefordert, die Eintritte und Attraktivierung zu verbessern. Dazu dienen natürlich auch erweiterte Öffnungszeiten, welche die Eintritte unterstützen. Aber wir werden die detaillierten Antworten auf den Auftrag hin, in dem die verschiedenen Fragen gestellt wurden, noch liefern. Ich glaube, das ist der Zeitpunkt oder Ort, wo man auch detailliert diskutieren kann.

## **Beschluss**

Mit 20 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Kürzungsantrag zugestimmt.

Seite 62, 3111.3132.00, Honorare externe Berater, Experten

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 50'000.—. Die SVP fordert eine Reduktion um Fr. 10'000.— auf neu Fr. 40'000.—.

**Markus Dietler:** Nur eine technische Bemerkung: Es ist eine Leistungsvereinbarung, die wir mit dem Kanton haben. Ihr seht die entsprechende Einnahme unter 3111.4631.01. Das sind auch die Fr. 50'000.—. Wir haben dort eine Leistungsvereinbarung. Sie geben uns Fr. 50'000.— für Arbeiten, die wir für sie machen, und wir budgetieren sie im Moment unter diesen Honoraren. Es kann sein, dass es externe Ausgaben sind oder es über Löhne geht, wo wir Aufgaben für sie machen. Das haben wir mit den Finanzen so abgemacht. Diese Position ist neutral.

**Marc Winistörfer:** Ich ziehe den Antrag zurück.

Seite 62, 3112.3130.00, Dienstleistungen Dritter

**Urs Knapp, FDP-Fraktion:** Wenn der Stadtrat nicht sagen kann, wofür er dieses Geld braucht, hat es keinen Sinn, dem zuzustimmen. Es sind Fr. 5'000.— mehr als letztes Jahr.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Ich kann die Details nicht sagen. Vielleicht kann der Stadtschreiber noch einmal helfen.

**Markus Dietler:** Grundsätzlich geht es dort um die Dienstleistungen im Sinne der Sammlungsbearbeitungen. Das sind Sachen, die man aufarbeitet, die man machen kann oder auch später machen kann. Es ist einfach so, dass sie nicht weg sind, wenn man sie nicht macht. Es sind Aufträge, die wir Dritten geben, wo wir einfach Spezialwissen brauchen.

## **Beschluss**

Mit 19 : 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Kürzungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 64, 3113.3119.00, Übr. Nicht aktivierb. Anl./Ausstell.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 220'000.—. Die SVP fordert eine Reduktion um Fr. 30'000.— auf neu Fr. 190'000.—.

**Philippe Ruf, SVP-Fraktion:** Ich spreche nicht nur zu diesem Antrag, sondern generell zu den Museumsanträgen: Vielleicht verstehe ich es nicht. Aber bei den einzelnen Museumsanträgen ist vorhin einer durchgekommen, und die anderen haben wieder andere Abstimmungsergebnisse. Dass wir zum Museum so verschiedene Anträge haben, haben wir zu erklären versucht. Das ist so, weil wir eben kein Globalbudget haben und dass wir deshalb generell diese Anträge auf 14 % Reduktion gestellt haben. Insofern möchte ich beliebt machen, dass es sinnvoll wäre, aber vielleicht verstehe ich Eure Handlungen nicht, alle zum Museum anzunehmen oder alle abzulehnen. Das gäbe dem Stadtrat auch entsprechende Flexibilität, dort auch noch anzupassen. Sie wissen, wie wir es gemeint haben, dass wir die Kosten dort generell reduzieren wollen und deshalb einfach bei den einzelnen Posten Kürzungen beantragen müssen. Wenn Ihr hingegen einzelne aufnehmt und andere nicht, wie gesagt, vielleicht verstehe ich es zu wenig, ist es nicht sinnvoll, bei einzelnen unterschiedlich abzustimmen. Ich empfehle Euch, dort wirklich durchgehend zu stimmen, damit man dann die Wirkung erzielen kann und den Stadtrat dort messen mit den Zahlen, die er angegeben hat.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Der Titel dieser Position ist etwas schwierig zu lesen, übrige nicht aktivierbare Anlagen, Ausstellungen. Das sind die Ausstellungen, die Ihr im Museum natürlich besuchen könnt und auch die Attraktivität ausmachen. Hier ist noch zu sagen, dass wir ja bei jeder Ausstellung auch einen Antrag an den Swiss-Los-Fonds des Kantons stellen und damit jeweils auch die Hälfte der Beiträge wieder hereinholen können. Mit der Streichung um Fr. 30'000.— vergibt man sich dann eigentlich auch Förderbeiträge im gleichen Ausmass. Das muss man sich einfach auch immer bewusst sein.

**Marc Winistörfer:** Dann könnte der Stadtrat kurz sagen, wo die Gegenposition in der exakt gleichen Höhe ist.

**Stadtpräsident Thomas Rauber:** Das ist die zweitunterste Zeile, 3113.4631, Kantonsbeitrag an Ausstellungen.

**Marc Winistörfer:** Könnte der Stadtrat sagen, ob sie gleich hoch ist wie diejenige, die Ihr bei den Ausgaben beantragt?

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Sie ist höher als die Hälfte, wie ich vorhin gesagt habe.

**Marc Winistörfer:** Wenn man dies jetzt streichen würde, würde dann nicht der gleiche Betrag bei den Einnahmen verlustig gehen?

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Du verlierst mit jedem Franken, den Du streichst, einfach auch einen Franken des Kantons. Das möchte ich damit sagen.

**Marc Winistörfer:** Aber dann müsste es ja nach Deiner Logik gleich hoch sein.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Der Kanton entscheidet auch nicht immer gleich. Manchmal gibt es 4 %, manchmal gibt es 6 %. Aber in der Regel gibt es einen wesentlichen Beitrag, den er aus dem Swiss-Los-Fonds spricht.

### **Beschluss**

Mit 27 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Kürzungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 64, 3113.3153.00, Informatik-Unterhalt (Hardware)

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 20'000.—. Die SVP fordert eine Reduktion um Fr. 10'000.— auf neu Fr. 10'000.—.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Das ist die Umstellung der heutigen Geräte, die im Kunstmuseum auf Apple basieren. Wir haben sonst überall Windows. Das Haus der Museen hat bereits umgestellt. Wir möchten die gleiche Technologie und die gleichen Geräte, damit man auch die gleiche Wartung machen kann, von Apple weg auf den günstigeren Windows-Rechner in der ganzen Museumslandschaft gehen. Das ist die Umstellung dieser Gerätegenerationen und die Erneuerung.

### **Beschluss**

Mit 31 : 9 Stimmen wird der Kürzungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 68, 3410.3144.00, Unterhalt Hochbauten, Gebäude

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Bisher waren Fr. 53'000.— drin. Die FIKO fordert eine Kürzung um Fr. 13'000.— auf neu Fr. 40'000.—.

**Heinz Eng, FIKO:** Ich möchte es nicht gross aufbauschen oder verlängern. Es geht in das Gleiche wie die anderen. Wenn Ihr auf Seite 69 schaut, seht Ihr mehrere Positionen, wieder die gleiche Leier, allgemeiner Kredit Hochbau usw. Die FIKO hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt, um auch ein Zeichen zu setzen und zu sagen, wenn es etwas ist, dann soll man es auch entsprechend benennen und nicht einfach auf Vorrat allgemeine Kredite scheffeln. Ihr seht, nachher kommt allgemeiner Kredit Platzwart, allgemeiner Kredit Hochbau, allgemeiner Kredit Hochbau Reinigungsmaterial und so weiter und so fort. Wenn Ihr die Zeitachse von der Rechnung 2020 und Budget 2021 anschaut, ist auch dieser Betrag prima vista eigentlich viel zu hoch. Deshalb hat die FIKO gesagt, man kann ihn problemlos um Fr. 13'000.— kürzen. Da passiert auch nicht viel. Man darf nicht vergessen, sollten wirklich alle Stricke reissen, hat der Stadtrat oder die Direktion das Instrument des Nachtragskredits. Dann weiss man auch ganz genau, weshalb dies geht und wieso der allgemeine Kredit nicht gereicht hat. Vorsicht: Das ist bei den allgemeinen Krediten der letzte Antrag aus der FIKO. Ihr könnt im Buch noch nachschauen. Er taucht immer wieder auf, allgemeiner Kredit, allgemeiner Kredit. Oftmals sind es wirklich happige Summen. Es geht darum, dass die FIKO noch einmal ein Zeichen setzen und sagen wollte, im Budget 2023 wird man sie benennen müssen. Klar braucht es immer ein wenig Geld, mit dem man etwas disponieren kann, aber nicht einfach allgemeine Kredite, weil sie 20 Jahre drin waren, tel quel wieder übernehmen.

**Stadträtin Marion Rauber:** Das ist genau ein solches Beispiel. Dieser Kredit war ja nicht immer so drin, sondern wir haben ihn erhöht. Bei den Klubhäusern, die wir ausweisen, haben wir konkret Werterhalts- und Unterhaltsbedarf. Wir weisen auch aus, was wir wissen. Wir wissen, wir müssen Duschwände erstellen, WC-Anlagen sanieren und den Unterhalt des Klubhauses in Angriff nehmen. Aber wir können jetzt in der Budgetierungsphase noch nicht genau beziffern, was dies effektiv heissen wird. Heisst es, wenn wir die Duschwände ersetzen, dass wir zusätzlich noch die Platten ersetzen müssen? Müssen wir irgendwelche Türklinken entfernen, irgendwelche Stromsachen erledigen? Das wissen wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Deshalb stellen wir diesen allgemeinen Kredit Hochbau jetzt so nach

bestem Wissen und Gewissen zum Unterhalt der Gebäulichkeiten, die wir jetzt auffrischen und in Angriff nehmen wollen. Das ist eigentlich so etwas das Statement. Das wird im nächsten Jahr an der Reihe sein. Das wollen wir machen. Aber auf den Franken genau können wir Euch dies noch nicht sagen. Deshalb arbeiten wir mit den allgemeinen Krediten Hochbau. Die Streichung dieser Kredite heisst wirklich nicht, dass man nachher spart. Wir reparieren die Sachen, bringen sie in Ordnung. Das ist unsere Aufgabe. Das sind unsere Liegenschaften, und das werden wir tun. Natürlich, Heinz, hast Du recht, wir können jederzeit Nachtragskredite stellen. Aber das bedeutet einfach immer wieder einen extremen administrativen Aufwand in der Verwaltung. Sie macht dies. Sie kommen mit den Nachtragskrediten zu uns in den Stadtrat. Wir müssen wieder darüber befinden. So viel zu diesem Thema allgemeine Kredite.

**Urs Knapp:** Jetzt habe ich doch eine Frage und bitte um eine Präzisierung. Habe ich es richtig verstanden? Unterhalt Klubhaus, Sanierung Duschwände, Sanierung WC-Anlagen sind unbestritten. Das steht ja auch drin. Aber Ihr habt dies nicht sauber kalkuliert, sondern Ihr sagt, ja, wir machen über die allgemeinen Kredite noch ein Überlaufventil für diese Arbeiten. Ich finde dies von der Einheit der Materie her nicht korrekt. Wenn man an den Unterhalt des Klubhauses denkt, muss man abklären, was dies kostet. Dann ist es so drin. Wenn es dann mehr kosten würde, weil irgendetwas zum Vorschein kommt, ist es ein Nachtragskredit. Aber meiner Meinung nach geht es finanztechnisch nicht, dass man die drei Positionen Klubhaus, Duschwände und Sanierung hat, und wenn ich Dich richtig verstanden habe, wenn dort noch irgendetwas ist, nimmt man es vom allgemeinen Kredit. Das ist finanzpolitisch nicht korrekt.

**Stadträtin Marion Rauber:** Urs, im allgemeinen Kredit sind natürlich auch laufende Kosten drin. Wir haben die Duschwände. Das ist ein gutes Beispiel. Sie werden so rege genutzt. Dort ist eigentlich jährlich irgendetwas zu ersetzen. Jetzt macht man hier eine grössere Sanierung. Aber kleinere Sachen ersetzen und reparieren, sonst müsste mich Kurt Schneider noch ergänzen, sind eigentlich im jährlichen Unterhalt immer ein Budgetposten. Deshalb ist er in den Vorjahren auch immer drin. Ihr seht es ja. Jetzt haben wir einfach ein wenig erhöht, weil wir wissen, dass zusätzliche Sanierungsmassnahmen nötig sind. Aber es ist immer ein allgemeiner Kredit vorhanden, mit dem man laufende Reparaturen, die es in Sportanlagen einfach gibt, ausführen kann.

**Deny Sonderegger:** Ich muss schon noch kurz nachhaken, Marion. Grundsätzlich irritiert mich, dass Ihr, wenn Ihr schon solche Beurteilungen macht, müsstet Ihr dies ja eigentlich nach BKP-Nummern plus/minus 25, wie wir es in den Kreditanträgen haben, abschätzen können. Wenn Ihr diese Summen von irgendwie Fr. 30'000.— zusammenzählt und wir dann fast eine Verdopplung über allgemeinen Kredit haben, weil die Summen, die Du sonst hast und gerade angesprochen hast, nicht anfallen sollten, wenn Du schon eine Sanierung hast, wären sie integriert, geht dies schon nicht ganz auf. Dann kann man wirklich auch entsprechend zustimmen und die Beträge kürzen. Merci.

**Thomas Fürst:** Ich habe kurz eine Frage an die Stadträtin. Wenn ich es richtig verstanden habe, ich bin ja zum ersten Mal bei der Budgetdebatte dabei, war, was jetzt ausgewiesen ist, im letzten Jahr unter diesem Konto, als allgemeiner Kredit Hochbau und Unterhalt Klubhaus, der regelmässig anfällt und Fr. 28'000.— macht, so drin. Jetzt kommt einfach zusätzlich die Sanierung der Duschwände und WC-Anlagen dazu. Habe ich dies korrekt verstanden?

**Stadträtin Marion Rauber:** Thomas, da ich das Budget im letzten Jahr noch nicht vertreten habe, würde ich das Wort gerne kurz Kurt Schneider geben. Könntest Du dies bitte noch ausführen und vielleicht noch präzisieren?

**Kurt Schneider:** Die Sache mit den allgemeinen Krediten Hochbau oder Tiefbau ist ja nichts Neues. Es ist ein Instrument, das diese Stadt, sicher seit ich hier bin oder auch wesentlich vorher, anwendet. Es geht darum, dass wir Liegenschaften und einen gewissen Unterhalt haben, wo wir, die budgetieren, zwei Jahre vorher nicht wissen, was zu diesem Zeitpunkt

genau kommen wird. Aber es ist eine Zahl, bei der man aufgrund des Gebäudewerts weiss, dass etwa so viel kommen wird. Selbstverständlich reparieren wir nur immer, was auch defekt ist. Bei einem Budget geht es ja darum, eine Annahme zu treffen, was in etwa kommen könnte. Es ist uns nicht möglich zu sagen, welche defekten Sachen wir in zwei Jahren haben werden. Wir müssen sie reparieren können. Dafür brauchen wir Mittel. Entweder bildet man etwas Realistisches ab, oder wenn man es kürzt, ich glaube, das hat Marion auch schon gesagt, ist nicht gespart. Entweder machen wir es ein Jahr später, oder man macht es mit einem Nachtragskredit.

**Heinz Eng:** Aber das ist ja genau der springende Punkt. Man weiss nicht genau, was tun. Jetzt setzt man einfach einmal einen Betrag ein und schöpft ihn dann aus und ich weiss nicht was alles. Das ist es, was ja eigentlich in einer heutigen Rechnungslegung und auch in einer Budgetphase entsprechend vermieden werden müsste. Wenn Ihr eine Seite weitergeht, auf Seite 71, auf der rechten Seite, seht Ihr, dass es nur so von allgemeinen Krediten strotzt. Die FIKO hat gesagt, wir belassen sie. Das ist okay. Gut. Fr. 40'000.—, Fr. 7'000.— usw. Das sind alles Kredite, Kurt, es tut mir leid, ich widerspreche Dir ungern, wo man scheinbar nicht weiss, was man macht, oder es wird einmal kommen. Wenn es ein Gebäudeunterhalt ist, soll man dies doch auch benennen. Dann weiss man es und fertig. Wie schon gesagt, in einer Budgetphase würde eine Revisionsgesellschaft, die dies anschaut, genau diese Argumente bringen, die wir jetzt anführen. Dass es einen braucht, ist okay. Aber man soll vorsichtig sein und wenn es wirklich Projekte sind, soll man sie nennen und fertig.

**Tobias Oetiker:** Thomas, Du hast vorhin eine Frage gestellt, und ich glaube, niemand hat sie so richtig beantwortet. Wenn man die Zahlen zusammenzählt, habe ich dies auch genau so interpretiert wie Du, und es ist nichts unklar. Es steht eigentlich so im Budget. Der Betrag zum allgemeinen Unterhalt ist gleichgeblieben. Aber in diesem Jahr werden zusätzlich noch zwei Sachen, die explizit aufgeführt sind, gemacht, zwei grössere Investitionen. Wenn man dies alles zusammenzählt, kommt man auf diesen neuen Betrag. Das heisst, was die FIKO hier vorschlägt, ist, dass man den allgemeinen Unterhalt kürzt. Das kann man machen. Aber die Duschsanierung steht hier drin, und wenn man es zusammenzählt, kommt man genau auf diesen Betrag, was Thomas vorhin vorgerechnet hat. Von daher, FIKO, sag mir bitte, ob Ihr den allgemeinen Kredit halbieren wollt.

**Thomas Fürst:** Eine kurze Google-Recherche zeigt tatsächlich, dass im letzten Budget diese Sanierungen einfach nicht enthalten waren. Entsprechend ist dies offenbar etwas, das man jetzt vorhat und notwendig ist. Das könnte man eigentlich auch einfach so sagen.

**Heinz Eng:** Genau, was Du sagst, Tobias, die Duschwände sind ja gar nicht Gegenstand dieser Kürzung. Gegenstand der Kürzung auf Seite 69 unter Konto 3410.3144.00 ist der allgemeine Kredit. Die Sanierung der Duschwände sind unten aufgeführt. Von ihnen rede ich gar nicht. Es geht um die Fr. 23'000.—, die um Fr. 13'000.— gekürzt werden müssen. Das wollte die FIKO zum Ausdruck bringen. Alles andere unten wird überhaupt nicht angetastet.

**Simone Sager:** Ich muss gleichwohl noch kurz eine Lanze für Tobias brechen. Wenn man in der Rechnung 2020 schaut, wurden Fr. 22'000.— ausgegeben. Man hat sie auf Fr. 23'000.— aufgerundet. Der allgemeine Kredit Hochbau wurde damals für den allgemeinen Unterhalt der Liegenschaften gebraucht. Zu den 53'000.— gibt es die drei unteren Positionen der Fr. 30'000.—, Unterhalt Klubhaus, Sanierung Duschwände, Sanierung WC-Anlagen und eine Garderobe. Das ist genau die Differenz. Was ich bei Marion aber etwas reklamieren muss, ist die Ausführung, weshalb der Kredit so hoch ist. Ich finde es nicht gut und nicht richtig, wenn man sagt, man hat dort Sanierungsmassnahmen, die man plant, aber man ist nicht so sicher, was noch kommen wird. In dieser Stadt hat man Programme, die klar angeben, was, wann, wo an der Reihe ist. Dann verlange ich als Parlamentarierin, dass man abklärt, was es braucht, wenn wir A sanieren. Gibt es noch B oder C? Die Offerten kann man vor der Budgetphase einholen. Ob das Budget für das neue Jahr im Januar oder im Dezember erstellt wird, spielt keine Rolle. Man kann Offerten einholen. Dann hat man Anhaltspunkte. Sorry, Marion, ich glaube, Du hast mit Deiner Aussage am Anfang ein Eigengol

geschossen, weil Du gesagt hast, wir haben dann eventuell noch weitere Arbeiten, die wir machen müssen. Das stimmt nicht ganz. Die Fr. 23'000.— wurden gebraucht und werden auch weiterhin gebraucht, damit man die Sachen dort oben im Griff behalten kann. Deshalb werde ich gegen diesen Streichungsantrag stimmen aus dem Grund, weil die Fr. 22'000.— 2020 gebraucht wurden. Also werden dort sicher auch noch solche Arbeiten anfallen.

## **Beschluss**

Mit 22 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Kürzungsantrag der FIKO abgelehnt.

Seite 70, 3416.3111.00, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 92'500.—. Die SVP fordert eine Kürzung um Fr. 70'000.— auf neu Fr. 22'500.—.

**Martin Räber:** Wir sind auch der Ansicht, dass eigentlich zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit besteht, um neue Tische zu beschaffen. Es ist nicht klar, wie sie nach der Sanierung genutzt werden können und auch in welcher Anzahl. Es sind alte Tische. Ja, das stimmt. Aber sie sind nicht defekt. Das bedeutet eigentlich, dass sie qualitativ hochwertig und aus gutem Material sind. Bevor man sie einfach entsorgt und wegwirft, sollte man prüfen, ob man sie nicht irgendwie zu funktionsfähigen Tischen umarbeiten kann. Das wäre ein Beispiel der Kreislaufwirtschaft, wie man dies heute macht, um Ressourcen zu schonen. Ich kenne ganz konkret ein Beispiel von Tischen, die auch alt waren, die man etwas anders nutzen wollte, nachher umgearbeitet werden konnten, und dabei sehr gute Resultate dabei herauskamen. Das ist eigentlich etwas, das man grundsätzlich immer so machen sollte. Bevor man altes Material wegwirft, sollte man schauen, ob man es nicht irgendwie umfunktionieren kann, so dass es weitergenutzt werden kann. Das ist etwas, das unsere Ressourceneffizienz erhöhen wird. In Zukunft wird dies viel mehr passieren müssen und sollte ganz grundsätzlich Teil der Beschaffungspraxis sein und natürlich besonders auch im öffentlichen Wesen. Deshalb werden wir unterstützen, dass man diese Streichung macht.

**Daniel Kissling:** Ich gehe mit Martin völlig einig, dass man Sachen, die man brauchen kann, nicht wegwerfen sollte, und es gibt sicher auch einen guten Platz, wenn man neue Tische kauft. Man kann sie verkaufen, spenden oder was auch immer. Ich bin auch dafür, dass man sie nicht einfach wegwirft. Aus der Sicht von jemandem, der schon ein paar Veranstaltungen durchgeführt hat, ist es aber eine unglaublich mühsame Sache, mit irgendwie funktionierenden, wackelnden, nicht mehr ganz klar brauchbaren Tischen zu arbeiten. Ich glaube, das ist ein Arbeitsmaterial in der Stadthalle, und es wäre schön, wenn sie mehr benützt würde. Aber ich habe zum Beispiel gerade auch in diesem Sommer in der Stadthalle, im Impfzentrum, gearbeitet. Dort hat man auch solche Tische gebraucht. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb man sich, zum Beispiel in einer Veranstaltungsszene, neues Mobiliar anschafft. Einer kann sein, dass sie nicht mehr so schön ausschauen, ein anderer kann sein, dass sie wackeln, oder es kann sein, dass man halt 70 gleiche Tische braucht, weil es je nachdem eine Anforderung von der Höhe her ist. Plötzlich sind die anderen fünf Zentimeter tiefer oder was auch immer. Dann kann dies auch mühsam sein. Wenn man sie permanent reparieren, ist es ein Aufwand, der mühsam ist, der wieder Kosten generiert, in dem quasi der Abwart oder wer auch immer dies anschauen und machen muss. Ich weiss jetzt nicht im Detail, wie gut diese Tische instand sind. Auch kann ich ehrlich gesagt nicht sagen, wie sehr sie gebraucht werden. Aber grundsätzlich macht es halt schon Sinn, wenn man etwas Neues anschafft, dass man es gleich komplett anschafft und nicht nur fünf neue Tische, damit man wieder 70 haben, die halbwegs gehen. Von daher habe ich Sympathien für diesen Budgetposten, einfach rein praktischerweise. Aber nicht wegwerfen, sondern anders verwenden, dies auf jeden Fall.

**Stadträtin Marion Rauber:** Als Ergänzung zu diesem Budgetposten für 82 Tische und als Präzisierung, diese Frage ist auch von der FIKO gekommen, und ich erlaube mir, dies hier gleich anzubringen. Es ist so, dass es sich um die zweite Tranche dieser Tische handelt. Wir

haben tatsächlich die erste Tranche bereits ersetzt. Es ist so, dass bei den Tischen, von denen wir reden, nicht alle defekt sind. Aber der grosse Teil ist defekt. Da gibt es sehr viele defekte Scharniere, verbogene Gestänge und defekte Gummiränder. Das habe ich mir sagen lassen. Es ist so, dass diese Tische aus dem Jahr 1976 stammen, also doch schon ein gewisses Alter erreicht haben und jetzt 45 Jahre lang sehr rege im Einsatz waren. Die Idee wäre auch noch, wie es Daniel Kissling eigentlich gut ausgeführt hat, der Gesundheitsschutz unserer Mitarbeitenden, die wir hier etwas im Blickfeld haben. Die neuen Tische, von denen man bereits eine Tranche angeschafft hat, sind wirklich halb so schwer als die Tische, die noch in der Stadthalle sind. Es ginge einfach darum, dass man wieder einheitliches Mobiliar hätte. Dies noch als Ergänzung. Dies käme eigentlich den Veranstaltern und auch den Vereinen zugute, die diese Tische grösstenteils selber aufstellen, wenn sie etwas machen. Das wäre so etwas der Hintergrund dieses Budgetantrags.

**Marc Winistörfer:** Ich habe noch eine kurze Präzisierung zu unserem Antrag. Jetzt nehme ich gleichwohl noch Stellung. Ich wollte dies eigentlich nicht. Es steht ja in der Begründung. Wir sind nicht per se gegen diese Tische, sondern wir sagen einfach, der Zeitpunkt ist der falsche. Es ist noch nicht ganz klar, was mit der Stadthalle passieren wird, wenn etwas passieren würde. Es ist genau das Gleiche wie vorhin bei den Informatiksachen im Kunstmuseum. Man macht jetzt irgendetwas. Aber in absehbarer Zeit wird es dort wirklich grosse, richtige Investitionen. Ich glaube, für uns wird einfach dann der richtige Zeitpunkt sein, wenn man alles ersetzt. Soviel zur Präzisierung. Ich möchte wirklich auch nicht verlängern.

**Urs Knapp:** Marc hat es genau gesagt. Ist der richtige Zeitpunkt, um zu ersetzen? Wir müssen einmal feststellen, dass wir dort oben mindestens 82 Tische haben, die funktionieren, wahrscheinlich noch deutlich mehr. Ersetzt man sie aus optischen Gründen, wenn gleichzeitig, und das ist fast wie der Antrag der Grünen wegen der Strassen, eine Abklärung läuft. Es gibt einen Vorschlag der GLP, für den ich übrigens sehr viele Sympathien habe, dass man die Stadthalle nicht mehr braucht. Man kann dort etwas Anderes machen, Wohnraum schaffen. Dann braucht man keine Tische. Darüber wird entschieden. Im nächsten Jahr soll dies entschieden werden. Wir haben im Investitionsantrag einen Budgetposten, wo die Grundlagen geschaffen werden, dass der Stadtrat einen Entscheid fällen kann. Diesen Entscheid muss er treffen, weil ab 2025 ist die Situation bei der Stadthalle völlig anders sein wird. Dann werden wir eine Dreifachturnhalle im Schulraum haben. Das Thema ist, und es geht nicht für oder gegen diese Tische, sondern wir haben noch ein Jahr Zeit, und da wird niemand plötzlich einen Rückenschaden haben, nachdem so lange nichts passiert ist, so, dass wir bis zu einem Entscheid warten können. Wenn im nächsten Jahr der Stadtrat gesagt haben, wir wollen die Stadthalle zur Eventhalle machen, mit allen Begründungen und uns überzeugt hat, kann man diese Tische kaufen. Vielleicht braucht man dann sogar mehr. Wenn aber der Stadtrat sagt, nein, wir haben keine Verwendung mehr für die Stadthalle, wir denken uns etwas Anderes aus, dann können wir die anderen Tische vielleicht für irgendeinen Zweck aufarbeiten, wie es Martin gesagt hat. Wir haben dann immer noch das Thema, dass wir noch 82 Tische haben, die ganz gut sind. Diese kann man vielleicht auch noch benutzen. Aber ich glaube, es ist jetzt wirklich der falsche Zeitpunkt dafür. Drittens ist es eigentlich schade, wenn man jetzt schaut, wo man steht, wenn man einen Ausblick ins nächste Jahr macht. Im Augenblick sieht es nicht so aus, als dass ab dem 1. Januar in der Stadthalle eine Veranstaltung nach der anderen sein wird. Wir möchten alle, dass dies so ist. Aber es ist nicht so. Von daher gibt es auch wieder ein Indiz, dass höchstwahrscheinlich mit den Tischen, die man hat, mit denen, die noch funktionieren, über die Runde kommen kann. Von daher würde ich unterstützen. Wenn im nächsten Jahr eine andere Ausgangslage sein wird, kann man problemlos 82 Tische oder mehr oder weniger beschaffen, was man braucht.

## **Beschluss**

Mit 27 : 12 Stimmen wird dem Kürzungsantrag der SVP zugestimmt.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Es liegt ein Antrag der Fraktion SP/Junge SP für eine Erhöhung um Fr. 5'000.— auf neu Fr. 15'000.— vor.

**Simon Muster** ist im Vorstand von Lysistrada und tritt deshalb in den Ausstand.

**Luisa Segessenmann, Fraktion SP/Junge SP:** Wir haben Euch unsere Begründung bereits per E-Mail geschickt. Ich hoffe, Ihr konntet sie lesen. Noch einmal kurz zusammengefasst: Den Beitrag der Stadt von Fr. 10'000.— an diesen Verein möchten wir gerne um Fr. 5'000.— auf Fr. 15'000.— erhöhen. Die Stadt Olten ist immer noch ein Hotspot für Sexarbeit, und damit die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter vor allem in der jetzigen äusserst prekären Situation unterstützt werden können, möchten wir die zusätzliche Arbeitslast von Lysistrada mit diesem verhältnismässig doch sehr kleinen Beitrag unterstützen. Merci.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Lysistrada hat sicher eine wichtige Funktion und macht auch gute Arbeit. Aber im Rahmen der Entflechtung zwischen Gemeinden und Kanton gehört eigentlich die Sexarbeit zum kantonalen Bereich, und sie werden auch vom Kanton mit Fr. 100'000.— unterstützt. Die Fr. 10'000.—, die wir sprechen, sind eigentlich ein Beitrag, den wir zusätzlich geben. Seit ich Finanzdirektor bin, haben wir immer die Fr. 10'000.— gesprochen. Wir haben hier auch schon versucht, diesen Betrag herauszunehmen. Das ist nicht gelungen. Ich habe die Rechnung der Lysistrada vom Jahr 2020 hier. Normalerweise haben sie immer einen Aufwand von rund Fr. 140'000.—. Im letzten Jahr hatten sie wegen Corona einen zusätzlichen Aufwand, der ihnen vom Kanton auch entschädigt wurde. Dort gibt es eine neutrale Rechnung. Aber der Aufwand und der Ertrag sind immer um Fr. 140'000.— herum, und sie haben ein rechtes Vermögen von fast Fr. 250'000.--. Das ist ein Verein, der gut dasteht. Ich finde es etwas seltsam, wenn man im Rahmen der Budgetberatung diesen Betrag einfach erhöhen möchte. Ich würde es besser finden, wenn Lysistrada ein berechtigtes Anliegen hat, dass wir diesen Betrag erhöhen. Das haben wir auch schon gemacht. Ich denke hier an den Vögelgarten. Sie sind gekommen und haben gesagt, sie hätten mehr Aufwände. Man solle doch den Betrag, den wir ihnen zahlen, erhöhen, damit man dies sauber prüfen kann und wir im Stadtrat entscheiden können, ob man mehr geben möchte oder nicht. Aber einfach auf keine Unterlagen gestützt den Beitrag zu erhöhen, finde ich den falschen Weg. Merci.

**Luisa Segessenmann:** Das Vereinsvermögen erklärt sich dadurch, dass Lysistrada den Betrag, den sie für die Arbeit, die sie leisten, für ein Jahr brauchen, auf die Seite legen, damit sie im Fall eines Konkurses immer noch für ein Jahr ihre Arbeit leisten können. Dadurch erklärt sich das Vermögen, das sie angesammelt haben. Das braucht es. Es ist nicht irgendwie ein superreicher Verein, der dies einfach zum Spass auf die Seite legt. Zum anderen ist es nicht ein aus der Luft gegriffener Betrag von Fr. 15'000.—, den wir wiederherstellen möchten, sondern das ist der Betrag aus der ursprünglichen Leistungsvereinbarung, welche die Stadt Olten mit Lysistrada vereinbart hat.

**Urs Knapp:** Wir beschweren uns immer, dass der Kanton Lasten an die Gemeinden weitergibt und am Schluss die Gemeinde ausbaden muss, was es kostet. Es gibt ja eine genaue Aufgabenteilung zwischen Kantonen und Gemeinden. Das ist eigentlich ein klassisches Beispiel. Der Kanton hat die Gesamtverantwortung dafür übernommen und macht dies auch, das hat auch niemand bestritten, was ich bis jetzt gehört habe, damit Lysistrada ihre gute Arbeit finanziell abgesichert machen kann. Was die Stadt macht, ist vielleicht eine Spende als Goodwill. Aber noch einmal Fr. 5'000.— sprechen, wo wir keinen klaren Antrag haben, was der Aufgabenteilung widerspricht und wo man auch sagen muss, dem Verein geht es so, dass er diese Arbeiten wirklich gut machen kann, da würde ich wirklich empfehlen, sagt nein. Es geht nämlich her wieder um eine grundsätzliche Sache. Wir

können nicht immer nur klagen, wenn der Kanton uns Aufgaben gibt, sondern wir müssen auch zeigen, nein, es gibt eine klare Aufgabenteilung.

**Myriam Frey Schär:** Das ist jetzt mein zwölftes oder dreizehntes Budget. Ich bin auch nicht sicher. Irgendeinmal verliert man ein wenig die Übersicht. Aber mir scheint, wir hätten auch schon einmal Fr. 15'000.— drin gehabt. Vielleicht bin ich hier einfach falsch gewickelt.

**Daniel Kissling:** Wir haben dies bei uns viel diskutiert und haben uns auch informiert. Eigentlich kann ich den Gegnern dieser Erhöhung inhaltlich zustimmen, dass es eine kantonale Geschichte ist und dies auch in Zukunft so geregelt werden soll. Ich finde auch nicht, dass die Stadt quasi freiwillig Leistungen übernehmen muss, die eigentlich der Kanton regeln sollte. Wenn es aber scheinbar so etwas wie eine Leistungsvereinbarung gibt oder irgendeinen Deal, den die Stadt einmal mit diesem Verein gemacht hat, wird er ja auch auf eine gewisse Dauer ausgelegt sein. Was macht man normalerweise bei Leistungsvereinbarungen? Ihr könnt mich korrigieren. So, wie es tönt, würde diese Leistungsvereinbarung eigentlich immer noch laufen. Das weiss ich nicht. Man kann mich korrigieren. Wenn es nicht so ist, muss man es sich überlegen. Aber wenn sie noch läuft, würde ich halt schon dafür plädieren, dass man dies halt in diesem Rahmen noch erfüllt und es nachher anpasst. Ob man dann dem Kanton sagt, er solle mehr zahlen, was scheinbar notwendig ist, jedenfalls laut Lysistrada, oder wie man dies sonst regelt, lasse ich offen. Aber ich finde, wenn man als Stadt Vereinbarungen macht, auch wenn zum Beispiel vielleicht die gesetzliche Grundlage oder irgendetwas ändert, man es irgendwie begründet, weshalb man es nicht mehr macht bzw. bei diesem Betrag bleibt. Die Frage stellt sich von mir aus schon, und das wäre die andere Frage, weshalb überhaupt Fr. 10'000.— drin sind, wenn es gar nicht Aufgabe der Stadt ist. Weshalb Fr. 10'000.— und nicht Fr. 15'000.—, wenn in diesem Vertrag oder dieser Vereinbarung Fr. 15'000.— drinstehen? Deshalb kann man dies von uns aus gut evaluieren, ob man dies in Zukunft nicht mehr macht, aber Leistungsvereinbarungen beenden und dann quasi wieder neu anfangen, wäre unser Vorschlag.

**Deny Sonderegger:** Ich teile das Votum mit Daniel Kissling nicht oft. Aber in diesem konkreten Fall tue ich es. Wenn wirklich eine bestehende Leistungsvereinbarung vorhanden ist, bin ich eigentlich der Meinung, dass dies die Stadt auch kundtun sollte. Da würde ich gerne eine Frage stellen und eine Antwort erhalten, ob es dies wirklich ist. Wenn es dies nicht gibt, ist es natürlich schon auch so, dass man als Verein nicht einfach per se der Auffassung sein kann, das Geld und die Quelle sprudeln ewig, und ich erhalte dies einfach ausbezahlt. Vielleicht noch eine Bemerkung: Ich bin selber in einer Vereinigung, die mit der Stadt eine Leistungsvereinbarung hat. Dort ist jeweils immer klar ausgewiesen, dass es vorbehältlich der Budgetdebatte ist. Man kann nicht per se davon ausgehen, dass der Betrag 1 : 1 aufgenommen wird. Aber ich möchte gerne wissen, ob es hier eine konkrete Leistungsvereinbarung gibt.

**Stadtrat Raphael Schär:** Nun habe ich auch noch die Möglichkeit, um einmal etwas zu sagen. Es ist so. Es gibt eine Leistungsvereinbarung mit dem Verein Lysistrada. Sie ist von 2011 oder 2012. Dort wurden einmal Fr. 15'000.— ausbezahlt. Nachher kam bekanntlich der Alpiq-Crash. Dann hat man überprüft, wo man Kosten sparen kann. Das war noch lange vor der Zeit des aktiven Stadtrates oder zumindest gewisser. Dann wurden die Fr. 5'000.— gestrichen. Wie Du, Deny, auch angetönt hast, ist es so, dass in diesen Leistungsvereinbarungen immer steht, dass sie vorbehältlich dem Budget sind. Das heisst, wenn man im Budget nur Fr. 10'000.— beantragt oder auf Fr. 10'000.— gestrichen wird, werden nur Fr. 10'000.— ausbezahlt. Das heisst, das ist der Stand, wie es jetzt ist. Zum Antrag muss man vielleicht noch sagen, dass dort steht, man müsse die Leistungsvereinbarung überarbeiten. Wir hatten gestern oder heute schon einmal einen solchen Antrag, der etwas impliziert, man solle dies als Prüfungsauftrag machen. Ich wäre froh, wenn es ein Prüfauftrag wäre und nachher vom Parlament überwiesen würde. Das wäre rein vom Prozess her zielführender. Ich wäre froh, Luisa, wenn das, was drinsteht, als offizieller Antrag käme. Dann können wir auch eine Meinung dazu verfassen und der Stadtrat kann konsolidiert darauf antworten. Danke.

**Christian Ginsig:** Ich bin Mitglied der Solothurner Gesundheitskommission und möchte einfach noch kurz fachlich etwas dazu sagen. Im Moment finden über die verschiedenen Sozialkosten klare Entflechtungen statt. Man ist aktuell daran, dies zu „büscheln“. Von daher kann ich der Empfehlung des Stadtrates absolut folgen, dass man dies nicht jetzt in der Budgetdebatte diskutiert, sondern ein sauberer Antrag gestellt wird, damit er nachher auch fundiert geprüft werden kann. Ich kann Euch auch sagen, dass ich mich dafür einsetzen werde, Lysistrada ist ein wichtiger Verein, dass dies in Solothurn nicht untergeht, und dies, wenn dort ein entsprechender Antrag eingeht, auch auf der kantonalen Ebene gut angeschaut wird. Danke.

**Heinz Eng:** Man kann es drehen und wenden, wie man will. Es ist jetzt unabhängig. Ich bin auch der Meinung, dass sie einen Superjob machen. Luisa hat es gesagt. Sie brauchen Fr. 140'000.—. Jetzt haben wir Fr. 100'000.— vom Kanton, hier noch Fr. 10'000.— oder dann vielleicht Fr. 15'000.—. Aber es ist immer noch ein Gap. Ich glaube, dass Lysistrada auch hier einen guten Job macht. Sie versuchen, ihn über das Sponsoring zu machen. Vielleicht muss man es dort noch etwas mehr aktivieren. Es ist nicht die Hauptaufgabe der Stadt Olten, diesen Verein wirklich so zu unterstützen. Im Parlament hat es auch einige Lions-Freunde. Es ist schon einmal ein Sponsorenbeitrag von Seiten der Lions gesprochen worden. Ich spreche noch die kirchlichen Gemeinden usw. an. Diese können ja hier auch in die Bresche springen respektive in einem solchen Job, wie sie ihn haben, ist es auch wichtig, dass dies auf mehrere Schultern verteilt wird und nicht nur beim Kanton und dann noch zusätzlich die Gemeinde. Ich glaube, das ist der Weg, den Lysistrada mit dem entsprechenden Unterstützungsbeitrag der Stadt Olten gehen muss. Aber diesen muss man von mir aus gesehen auch nicht noch einmal um Fr. 5'000.— erhöhen.

**Melissa Aerni:** Lysistrada kann so gute Arbeit leisten, weil die Stadt Olten Fr. 10'000.— dazu gibt. Die Prostituierten sind auf unserem Stadtgebiet. Wir sind für sie zuständig. Da können wir schon sagen, der Kanton soll zahlen. Corona ist jetzt. Da kann ich Christian leider nicht ganz folgen. Corona ist jetzt, und es kann nicht warten. Es wäre toll, wenn wir die Fr. 5'000.— zusätzlich sprechen könnten. Wie Heinz vorhin gesagt hat, hat es einen Gap. Mehr Sponsorenbeiträge einholen. Wir haben immer noch Corona. Mit dem Einholen von Sponsorenbeiträgen ist es im Moment so eine Sache. Ich wäre wirklich sehr, sehr froh, auch aus der sozialen Arbeit, aus der ich komme, wenn man dort die Fr. 5'000.— zusätzlich sprechen könnte. Merci.

**Muriel Jeisy:** Ich möchte auch noch etwas ergänzen. Im Zeitablauf wurde gesagt, dass es früher einmal enthalten war. Nachher sind die Sparübungen gekommen. Zudem sind die kantonalen Entflechtungen erwähnt worden. Dort ist aber der Zeitablauf nicht erwähnt worden. Man muss sagen, dass der Kanton überhaupt ein Gesetz für Sexarbeiterin gemacht hat, ist erst 2013 in die Vernehmlassung gekommen. Das hat sich auch überschritten. Deshalb möchte ich, bevor man hier allenfalls wieder auf Gleichstellung oder Erhöhung kommt, schon einmal den sauberen Stand und die ganze Info-Lage hören. Es ist jetzt noch eine Notsituation. Corona ist speziell, ja, und es hat sicher ganz grosse Herausforderungen, spezielle Situationen und Problematiken gegeben. Aber wir haben es auch gehört. Der Verein hat immerhin noch ein Vermögen. Ganz so in einer Notlage, dass er jetzt dringend auf unser Geld angewiesen ist, ist es jetzt auch nicht. Man gibt dann halt gleichwohl auch wieder eine Signalwirkung, dass man einen Verein gegenüber vielen Vereinen, die in Olten vielleicht auch Mühe und besondere Anforderungen und Schwierigkeiten hatten und auch ganz tolle Arbeit leisten, im Verhältnis wieder bevorzugt.

**Luisa Segessenmann:** Ich bin überzeugt, dass es in Olten ganz viele supertolle Vereine gibt, die sehr wichtige Arbeit leisten, auch Jugendarbeit. Aber hier geht es um Sexarbeiterinnen, die in dieser Krise ab Woche 2 gehungert haben. Ich habe Reden von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern. Bei ihnen ist es ernst. Es geht nicht um ein wenig Sozialarbeit, sondern es geht mehr oder weniger um Leben und Tod. Dieser kleine Betrag

von Fr. 5'000.— schmerzt uns als Stadt nicht, und ich sehe nicht, weshalb es ein so grosses Drama ist.

**Simone Sager:** Ich möchte noch einmal die Aussage von Benvenuto aufnehmen. Er hat gesagt, es sei auch kein Antrag von Lysistrada gekommen. Corona haben wir bald anderthalb Jahre. Wenn dieses Geld aufgrund von Corona unbedingt gebraucht werden müsste, wäre es auch an Lysistrada direkt gewesen, im letzten Frühling mit dem Stadtrat Kontakt aufzunehmen, dass man den Antrag stellt, diesen Betrag hinaufzuschrauben und nicht jetzt. Ich habe das Gefühl, dass die Situation im letzten Jahr noch schlimmer war als in diesem Jahr. Direkt kann ich es nicht beurteilen. Aber wie gesagt, der Verein selber ist nicht gekommen. Er hätte die Möglichkeit gehabt. Dies jetzt hier einfach so zu bewilligen, sehe ich nicht ein.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Luisa, ich muss Dich korrigieren. Die Fr. 5'000.—, die wir zusätzlich geben würden, kommen ja nicht den Sexarbeiterinnen zugute, sondern das ist für den Aufwand, den der Verein hat. Wie ich bereits eingangs gesagt habe, haben sie im letzten Jahr einen besonderen Aufwand getätigt, Corona-Nothilfe-Aufwand. Dieser ist vollumfänglich vom Kanton übernommen worden. Das sind die Fr. 57'271.55. 2020 haben sie sogar einen Gewinn geschrieben, einen kleinen von Fr. 403.—, und sie sind von zahlreichen Stiftungen unterstützt worden. Sie haben Spenden von insgesamt fast Fr. 25'000.— erhalten. Das Vermögen, das sie haben, die Aktiven, sind Fr. 288'839.—. Ich sage es noch einmal. Wenn sie bei uns ein sauberes Gesuch stellen, und das haben sie seit 2013 nicht gemacht, und wir die Zahlen genau analysieren können und sie uns darlegen können, weshalb sie mehr Geld wollen, sind wir vom Stadtrat sicher nicht abgeneigt, ihnen mehr zu geben. Aber ich glaube, ihnen jetzt einfach ohne Antrag des Vereins mehr Geld zu geben, ist gegen aussen ein ganz schlechtes Zeichen.

## Beschluss

Mit 20 : 18 Stimmen wird der Änderungsantrag der SP/Jungen SP abgelehnt.

Seite 78, 5350.3170.00, Altersausflüge

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Bis jetzt sind Fr. 40'000.— enthalten. Es geht um eine Erhöhung um Fr. 120'000.— auf neu Fr. 160'000.—, die von der Fraktion SP/Junge SP beantragt ist.

**Dr. Christine von Arx:** Die reinen Tatsachen stehen ja im Antrag. Ich erzähle jetzt noch etwas zu den Hintergründen, zum Menschlichen, das dahintersteckt. Es war mir auch nicht bewusst, dass die Altersausflüge und die Seniorennachmittage ein sehr wichtiger Teil des gesellschaftlichen Lebens in dieser Stadt sind und sich die Leute, die dort gehen können, wirklich schon lange im Voraus freuen, dass dies stattfindet. Sie sind dann ausgefallen, zuerst wegen des Budgetreferendums und dann wegen Corona. Wir haben dies im letzten Jahr an der Budgetversammlung wieder diskutiert, als Eugen die Frage gestellt hat, ob man dies nicht nachholen kann. Es ist natürlich bei der älteren Generation schon nicht sehr gut angekommen, die an diesen Anlässen teilnehmen kann, dass der Stadtpräsident dann gesagt hat, man kann ja in fünf Jahren wieder gehen. Man muss sich dies vorstellen. Neun Monate Corona, in denen diese Generation einfach weggestorben ist, und man sagt, Ihr könnt in fünf Jahren wieder gehen. Dann hat der Stadtrat offensichtlich ein wenig etwas überlegt, als es in diesem Jahr wieder ausgefallen ist und hat die Schokolade verschickt. Man schickt Leuten über 70, die an Bluthochdruck oder an Altersdiabetes leiden, eine Schokolade, die sie dann allein zu Hause essen sollen als Alternative zu einem gesellschaftlichen Anlass, bei dem der einzige Witz darin besteht, dass man sich trifft und gemeinsam etwas unternimmt. Bei uns zu Hause war auch eine solche Schokolade, weil mein Vater 75 wurde. Ich habe sie angeschaut. Ich weiss nicht einmal, ob es Schweizer Schokolade war. Es ist unklar, was es ist und ist auch vom Design her sehr lieblos dahergekommen. Die Leute haben sich geärgert, viele haben die Faust im Sack gemacht,

ein Teil hat sie zurückgebracht. Von daher gesehen ist der Antrag jetzt einfach, dass man die Ausflüge für die drei Jahrgänge, die verzichten mussten, nachholt. Eugen und ich haben ja einen Auftrag gemacht. Die Antworten haben wir gesehen. Es ist natürlich schon ein wenig fadenscheinig, wenn man ausgerechnet jetzt das System ändern will. Die Argumentation, dass es dann sehr aufwändig wird, ist auch etwas seltsam. Man hat jetzt drei Jahre lang Aufwand gespart, und vor allem muss man ja nicht viermal etwas Anderes machen. Man kann ja tatsächlich viermal den gleichen Ausflug oder den gleichen Ablauf des Altersnachmittags machen. Kurz: Die ältere Generation hat auch unter Corona gelitten, war vor allem zu Hause eingesperrt und hat es jetzt eigentlich verdient, dass sie auch einmal einen gesellschaftlichen Anlass machen können, etwas, das in dieser Stadt wirklich Tradition hat. Deshalb bitte ich Euch, diesem Antrag zuzustimmen.

**Matthias Borner:** Wir sehen diesen Antrag im Kontext mit dem Auftrag von Christine von Arx und Eugen Kiener und mussten einfach auch feststellen, dass die Altersausflüge ein Anliegen sind. Ich bin zu diesem Thema auch angegangen. Es ist ein sehr emotionales Thema. Diesen Leuten war es wichtig, dass sie mit Martin Wey irgendwohin reisen konnten und jetzt mit Thomas Marbet. Wir werden diesem Antrag, auch wenn noch nicht abgeklärt ist, ob es Schweizer Schokolade war oder nicht, zustimmen.

**Heinz Eng:** Ich weiss nicht, Christine, ob Du über die überwiegende Mehrheit sprichst. Ich weiss auch nicht, Matthias, ob Du die Mehrheit der älteren Generation hast. Ich kann einfach sagen, wie der Zustand und die Stimmung in einem Altersheim, bei dem ich im Vorstand, Präsident, bin, sind. Im Moment ändert die Situation wieder, und sie wird sich nicht innerhalb von zwei oder drei Wochen ändern. Sie wird vielleicht weit, weit ins 2022 hineingehen. Da haben wir auch eine soziale Verantwortung. Eine soziale Verantwortung in dem Sinne, wenn man solche Ausflüge macht, ist dies gut und recht, Partikularinteressen. Man geht gerne. Aber mit der heutigen Situation, ich spreche nicht einmal von 3G und Booster und ich weiss nicht was alles, wenn man solche Ausflüge forcieren würde, wohlverstanden im jetzigen Zeitpunkt und wir die Gesundheit der älteren Generation mit solchen Anlässen unnötig gefährden würden. Deshalb würde ich sagen, dass wir es sachte angehen. Ich stimme dagegen, aus dem Grund, wie ich es mit der älteren Generation mit der sozialen Gesundheit und Sicherheit erlebe und würde sagen, wir gehen hier sehr subtil vor und würden noch einmal ein Jahr warten. Wenn es so ist, kann man dies nachholen. Wer dies nicht begreift, hat den jetzigen Zeitgeist respektive die Ernsthaftigkeit dieser Lage nicht begriffen.

**Urs Knapp:** Ich mache mich vielleicht ein wenig unbeliebt. Aber es ist eigentlich fast etwas Klientenpolitik. Die SVP spricht den ganzen Abend von sparen. Aber wenn es etwas für ihre Klientel ist, wollen sie einen Betrag vervierfachen, bei dem man nicht einmal genau weiss, wofür er ist. Es ist ja nicht so, dass es im nächsten Jahr keine Altersausflüge geben wird, und alle Senioren können mit Thomas Marbet und dem Gesamtstadtrat diesen Altersausflug machen. Das finde ich auch gut, und es ist ja schön. Aber der Antrag ist nicht, einen zweiten Ausflug zu machen, nicht einen dritten Ausflug zu machen. Nein, man will vier Ausflüge machen. Bei allem Respekt vor älteren Personen, mein Vater ist über 90, und ich glaube, ich verstehe ein wenig, wie die älteren Personen reagieren. Aber ob sie viermal mit dem Stadtrat einen Ausflug machen wollen, nicht wegen des Stadtrats, da habe ich meine Zweifel. Es ist wirklich etwas, wo ich ehrlich sagen muss, dass man dieses Geld besser einsetzen könnte. Heinz hat es auch gesagt. Wir wissen ja nicht, was im nächsten Jahr stattfinden wird. Wenn wir Glück haben, können wir einen Ausflug machen, sicher für alle. Aber es ist so unverhältnismässig, dass man ihn gleich vervierfacht. Ich würde dagegen stimmen. Ich habe nichts gegen Ältere. Aber ich wundere mich ein wenig über die SVP.

**Dr. Christine von Arx:** Zuerst zu Dir, Heinz: Die Klientel dieser Altersausflüge und Seniorenachmittage sind natürlich weniger diejenigen, die im Altersheim sind, als diejenigen, die eben noch nicht im Altersheim sind. Was die Vervielfachung angeht, glaube ich, dass es ein Missverständnis ist, wofür dieser Betrag ist. Die 75-Jährigen können im Jahr, in dem sie 75 sind, an diesen Ausflug gehen, im folgenden Jahr nicht mehr. Dann kommt der nächste Jahrgang. Das heisst, diejenigen, die 2019 75 waren, konnten wegen des

Budgetreferendums nicht an diesen Ausflug. Diejenigen, die 2020 75 waren, konnten wegen Corona auch nicht gehen. Man kann nicht jedes Jahr gehen und dann geht man viermal. Es geht darum, dass die drei Jahrgänge, die bis jetzt nicht gehen konnten, nachträglich eingeladen werden. Wenn man es zusammenrechnet, darf keine einzige Nase zu Unrecht die Hand mit Thomas Marbet schütteln, einfach drei Jahre später, als es ursprünglich geplant gewesen wäre. Deshalb diese Vervielfachung. Es profitieren nicht mehr Leute. Die einzelne Nase bekommt nicht viel mehr Dienstleistung. Man soll einfach einen Anlass, der für einen Jahrgang ist, für die ausgefallenen Jahrgänge nachholen.

**Deny Sonderegger:** Für Corona kann weder die Stadt noch die Bevölkerung etwas. Ich hatte in meinem Betrieb eine Mitarbeiterin, die einen Lehrabschluss gemacht hat, die beste im Kanton, die beste der Schweiz. In diesem Jahrgang ist die SwissSkills abgesagt worden. Sie hätte möglicherweise an die EuroSkills gehen können. Es wurde gestrichen. Wir können nichts dafür. Sie konnte nichts dafür. Wenn man diese Sachen im Nachgang wieder aufgleisen möchte, sehe ich dies ehrlich gesagt stellt sich für mich hier die Frage der Verhältnismässigkeit. Natürlich ist es eine Situation, dass die Leute in diesem Jahr nicht davon profitieren konnten. Aber dann quasi einfach alles im Nachgang auf Jahre zurück nachzuholen, sehe ich nicht, und ich werde diesem Antrag so nicht zustimmen.

**Heinz Eng:** Ich möchte es nicht verlängern. Aber mich betrübt ein wenig, was Christine gesagt hat. Wir haben auf dem Platz Olten fünf Alters- und Pflegeheime. Wir haben betreutes Wohnen usw. Wir haben das Tertianum, das bald kommen wird, den Bornblick. Jedes dieser Heime hat um die 70 Bewohnende, 70 Zimmer. Das sind 350 bis 500 Personen der älteren Generation. So, wie Du dies jetzt gesagt hast, ist dies ja nicht das Zielpublikum. Das ist ganz, ganz fatal, und es hat mir wirklich ein wenig einen Stich ins Herz gegeben. Die Leute, die im Altersheim sind, brauchen nicht alle Pflege. Dort gibt es auch ganz, ganz normale Leute, die am Gesellschaftsleben teilnehmen wollen und die sich auch auf das Ganze freuen würden. Bewahre, dass man sie ausgrenzt und sagt, man möchte sie eigentlich nicht, weil es um die anderen, die gesunden 75-Jährigen geht. Diese Ausflüge, und ich glaube, so gescheit ist auch der Stadtrat, müssen barrierefrei und mit Rollstuhl usw. erfolgen. Sonst schafft man eine Diskriminierung eines ganz, ganz wichtigen Teils der Oltnen Bevölkerung, der in den Alters- und Pflegeheimen ist. Ich werde mich immer dagegen wehren, dass solche Sachen überhaupt stattfinden, wenn wir sie ausklammern.

**Simone Sager:** Vor etwa einem Jahr war der Facebook-Eintrag, in dem man sich über diese Schokolade lächerlich gemacht hat. Schon damals habe ich mich genervt. Es tut mir leid, Christine. Es wurmt mich. Deshalb muss ich es jetzt einfach loswerden. Ich finde es unter jeder ... Macht man nichts, heisst es, man bekommt von der Stadt Olten gar nichts. Lassen sie sich etwas einfallen, ist es auch nicht recht. Mir scheint, man ist in einer Gesellschaft, macht man es so, hat man zu reklamieren, macht man es anders, hat man zu reklamieren. Sie haben sich etwas einfallen lassen, und da muss man ihnen ein Kränzchen winden. Es ist wenigstens etwas gekommen. Aber wenn man deswegen dann noch im Parlamentssaal reklamiert, muss man sich überlegen, was man sonst noch machen. Wenn man nachher mit einem Bier kommt, heisst es, es hat noch solche, die nicht gerne Alkohol haben. Kommt man mit Blumen, heisst es, wir haben Allergiker. Allen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. Es ist gegenüber der Stadtverwaltung nicht fair, dass man, wenn sie sich etwas einfallen lassen, wenn sie nicht gehen können, wegen der Schokolade reklamiert. Zur Idee, dass man dies alles nachholen soll, möchte ich Deny zu 100 % recht geben. Der einzige Vorwurf, den man machen kann, ist wegen 2019, als das Budgetreferendum war und man es nicht machen konnte. Ja, das kann man in den Raum stellen. Aber in diesen bald zwei Jahren war es bei so Vielem nicht möglich, es durchzuführen, und man kann jetzt nicht einfach herausnehmen und sagen, das macht man. Es gibt ganz viel Anderes, das man auch nicht machen konnte, und es ist jetzt einfach so. Die Unterstützung hast Du auch von mir nicht.

**Lukas Lütolf:** Ich möchte noch einmal anmerken, dass der Zeitpunkt jetzt einfach wirklich denkbar schlecht ist. Wir sind wieder bei über 8'000 Fällen pro Tag. Bei aller Liebe für die

alten Menschen, die jetzt sehr darunter leiden mussten, alle mussten darunter leiden, sehe ich persönlich nicht, wie wir dies alles im nächsten Jahr wieder gut machen können. Wenn es so wäre, dass wir im nächsten Sommer wieder eine gesunde Schweiz hätten, hat vermutlich auch niemand etwas gegen einen Nachtragskredit.

**Philippe Ruf:** Ich weiss noch nicht, wie ich stimmen werde, und es wird extrem davon abhängig sein, wie der Stadtrat dies einschätzt. Thomas, es tut mir leid, wenn ich Dich so auffordere. Aber könntest Du noch die Sicht des Stadtrates dazu sagen? Ich kann es wirklich noch zu wenig abschätzen. Einerseits wird hier etwas aufgeholt. Was waren Eure Überlegungen, dass Ihr 2022 auch Fr. 40'000.—drin habt? Ich denke, dies würde viel zur Klärung beigetragen. Wenn dies in Ordnung wäre, dürften wir noch den Stadtrat anhören.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Vielleicht zur Schokolade: Natürlich ist es Schweizer Schokolade. Sie kommt aus dem Aargau. Die Kakaobohnen sind nie aus der Schweiz. Es sind Halbfabrikate. Das Verpackungsmarketing und der Vertrieb sind in der Schweiz, im Aargau. Wir haben sehr rührende Zuschriften erhalten und auch Verdankungen, Karten mit einer Ausnahme. Christine, Du kennst sie. Sehr rührend. Sie haben sich auch dafür bedankt. Das Aufholen solcher Anlässe ist auch immer eine grosse Ressourcenfrage in Bezug auf die Kapazität. Wir haben beim Altersnachmittag etwa 500 Personen bei rund 1'200 Einladungen im Stadttheater. Das ist eigentlich das Maximum, das überhaupt Platz hat. Es kommen nicht alle. Das ist auch klar. Etwas weniger als die Hälfte. Das kann man nicht erweitern. Das heisst, dass man einen solchen Anlass entweder in einer anderen Lokalität durchführen, vielleicht in der Stadthalle auf den Tischen, die wir noch haben, oder man geht andernorts. Oder man führt es mehrfach durch. Dort stellt sich dann schon auch im Präsidium etwas die Ressourcenfrage, verschiedene Anlässe zu organisieren. Das ist aufwändig, auch vom Programm her, das man zusammenstellen muss. Deshalb gehen wir davon aus, dass man es nicht aufholen würde. Das ist eigentlich auch die gleiche Praxis, die wir bei den Neuzuzügerinnen- und -zuzüger-Empfängen anwenden würden. Diese sind auch ausgefallen. Dort würden wir im nächsten Frühling wieder aufstarten, voraussichtlich in der Schützi. Aber wir würden sie einfach mitnehmen plus vielleicht noch ein Monat zurück. Es geht dort nicht auf die Kalenderjahre, weil wir in der Regel ja auch drei pro Jahr hatten. Man würde dort ein, zwei Monate zurückgehen. Aber man würde die verpassten Zuzügerinnen und Zuzüger, ein Teil ist auch nicht mehr da, dort nicht aufholen.

**Nico Zila:** Ich habe eine Verständnisfrage an Dich, Christine. Du beantragst die Vervierfachung dieses Betrags von Fr. 40'000.— auf Fr. 160'000.—. Ich kann noch nachvollziehen, dass Du möchtest, dass die Jahrgänge, die nicht auf den Ausflug gehen konnten, gehen. Wenn ich rechts schaue, sind diese Ausflüge ja der kleinere Budgetposten und der grössere, Fr. 26'000.—, ist der Seniorennachmittag. Ist Deine Idee, dass im nächsten Jahr vier Seniorennachmittage durchgeführt würden?

**Dr. Christine von Arx:** Die Ausflüge sind klar. Bei den Seniorennachmittagen ist es ja jeweils etwas schwierig abzuschätzen. Wenn ich richtig bin, sind sie ab 80. Es ist ein wenig ein Platzproblem. Ab diesem Alter kann man jedes Jahr gehen, wenn ich dies richtig verstanden habe. Ich habe es relativ einfach gemacht, die Fr. 40'000.— mal vier, und nicht noch durchgerechnet, wie viel weniger es gibt, weil man beim Seniorennachmittag vielleicht etwas sparen kann. Das ist quasi einfach ein Maximalbetrag. Wenn es sich dann herausstellt, dass man diesen Betrag beim Seniorennachmittag nicht braucht, weil man eine andere Modalität hat, dann gibt man es nicht aus. Die Idee ist nicht, dass Herr Müller im nächsten Jahr viermal an den Seniorennachmittag gehen kann, sondern einmal und für den Fall, dass es Leute hat, die quasi einen Aufholbedarf haben, dass man sie auch noch mitnehmen kann.

**Markus Dietler:** Nico Zila hat insofern recht, dass es natürlich ein Seniorennachmittag wäre, weil die Leute, die in den letzten drei Jahren 81 Jahren immer noch 81 respektive sie sind jetzt vielleicht 82, 83 oder 84. Das sind immer noch die gleichen Leute. Im Prinzip wäre es

dreimal der Ausflug, und Seniorennachmittage würde man natürlich nicht mehrere machen. Es sterben am anderen Ende der Leiter auch Leute.

## **Beschluss**

Mit 26 : 13 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Änderungsantrag der SP/Jungen SP abgelehnt.

Seite 78, 5721.3132.00, Honorare externe Berater, Experten

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 208'900.—. Die SVP fordert eine Kürzung um Fr. 28'900.— auf neu Fr. 180'000.—.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Vielleicht vorweg: Der Betrag, der jetzt zur Disposition steht, ist kleiner als derjenige im Budget 2021. Das sind vor allem Aufwendungen der Fachstelle Integration. Da geht es um eine erste Information, Gespräche mit Neuzugezogenen. Es geht um sprachliche Förderung von Erwachsenen. Es geht auch um sprachliche Förderung von Kindern. Es sind eigentlich die ganzen Programme, die wir in der Integrationsfachstelle haben, die zum Teil auch durch den Kanton finanziert oder gegenfinanziert werden. Ihr seht dies unten bei den letzten beiden Zeilen. Das sind Fr. 73'000.—, wo wir Beiträge für Minimize, für Deutsch zu zweit, für Dolmetscherkosten und auch einen Sockelbeitrag für diesen Bereich erhalten. Wenn man dies reduziert, reduziert man die Angebote. Man kann weniger anbieten. Man kann eigentlich weniger Programme machen, die der Integration dienen, wo Leute, die zu uns kommen, vielleicht auch Schwierigkeiten mit der Sprache haben, Eltern, Kinder oder Zugezogene. Man würde hier halt einfach eine Leistungsreduktion in Kauf nehmen. Wir sind der Meinung, dass dies schade wäre, dass das Geld in die Integrationsfachstelle auch gut investiert ist. In der Stadt ist es auch nur eine Person, die verantwortlich ist, aber dies sehr gut macht. Aber diese Dienstleistungen kosten auch etwas. Wir erhalten aber auch vom Kanton Beiträge. Es bedeutet hier einfach einen Leistungsabbau. Das kann man nicht auffangen. Es sind dann einfach weniger Kurse, weniger Angebote in der Sprachleseförderung, in den Kursen, die man für Eltern und bei den Erstinformationsgesprächen macht.

**Urs Knapp:** Ich habe eine Verständnisfrage, Thomas. In der Rechnung 2020 ist der Betrag Fr. 181'000.—. Im Budget sind Fr. 28'000.— mehr. Wie ist dies zu erklären? 2020 haben sie nicht stattgefunden. Was ist der Grund, dass genau der Betrag, für den eine Kürzung beantragt ist, so viel höher ist?

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Wir hatten dort natürlich auch weniger Erträge des Kantons. Du siehst es unten rechts. Da waren es Fr. 65'000.—. Diese Angebote sind natürlich auch immer ein wenig von der Nachfrage gesteuert. Es ist klar. Wenn wir weniger Zuziehende haben, wenn wir weniger Nachfrage haben, wenn wir weniger Kinder haben, wenn wir weniger Zuzug von Migranten haben, haben wir auch weniger Angebote. Es liegt natürlich auch immer ein wenig im Schwankungsbereich, was dann die Nachfrage im entsprechenden Kalenderjahr ist. Jetzt stellen wir fest, dass die Leute auch vermehrt wieder kommen. Wir mussten in den letzten 18 Monaten viel per Telefon erledigen. Jetzt kann man sich wieder treffen, und das braucht dann natürlich auch wieder diese Angebote.

**Deny Sonderegger:** Ich habe auch noch eine Anschlussfrage. Es ist natürlich so, dass etwas der Eindruck entsteht, dass man 2020 einen tieferen Betrag hatte. Dann hat man das Budget für 2021 gemacht. Dort hat man erhöht. Jetzt hat man gemerkt, dass man ein wenig überschossen hat und korrigiert es 2022 und reduziert wieder ein bisschen. Meine Frage ist, ob es eine Betragsgrösse aus der laufenden Rechnung gibt, wo man bereits weiss, wohin man in diesem Jahr kommt, was sehr wahrscheinlich entsprechend auch die Ausgangslage für den neuen Budgetprozess war.

**Markus Dietler:** Ich kann nichts sagen, ohne dass man kurz abklärt, wie es 2021 ist. Aber der Hauptunterschied zu 2020 ist, dass wir eine Studie für Fr. 20'000.— machen wollen, wo es um die frühere Förderung geht. Dort hat man einfach festgestellt, das ist natürlich das Wichtigste, insbesondere beim Spracherwerb, dass man die Kinder dort ganz früh erfassen kann. Insbesondere geht es um die Spielgruppen. Dort ginge es darum, dass man ein Konzept machen könnte. Es gibt Gemeinden, welche die Spielgruppe gratis anbieten. Unsere Idee wäre, dass man dies mit Betreuungsgutscheinen auch erfassen könnte. Es hat ganz viele Leute, die sich nicht einmal dies leisten und die Kinder nicht in die Spielgruppe schicken können. Aber dort will man ein Konzept machen, und das kommt zusätzlich, wenn man es zum Beispiel mit dem Jahr 2020 vergleicht. Es sind Fr. 20'000.—.

**Nico Zila:** Ich glaube, ich bin unverdächtig, was Mehrausgaben betrifft. Bis jetzt habe ich vermutlich jedem Kürzungsantrag zugestimmt. Heute Abend werde ich es hier nicht tun. Ich bin überzeugt, dass man mit den Investitionen in diesem Konto die Seiten 150 bis 153 langfristig entlasten. Das ist die Erfolgsrechnung der Sozialregion Olten. Es sind für mich gut investierte Gelder in die frühkindliche Förderung, vor allem von fremdsprachigen Kindern. Wir sehen in den Schulen, dass es bei Kindern, die beim Eintritt, früher in den Kindergarten, heute in die Basisstufe oder 1. Klasse, kein Deutsch können, sich nicht gewohnt sind, in einem deutschsprachigen Umfeld unterwegs zu sein, zu Riesenfolgeproblemen führt. Ich finde dieses Konto gut investiert.

**Stadtrat Nils Loeffel:** Vielleicht noch kurz als Ergänzung zur Studie, die Markus erwähnt hat: Es ist so, dass auf Kantonsebene ein Angebotsobligatorium für Angebote im Bereich der frühen Sprachförderung kommen wird. Es wird eine Sozialgesetzesänderung geben, die im Kantonsrat selbstverständlich noch beraten werden muss, aber auch vorsieht, dass ab Sommer 2024 alle Gemeinden im Kanton Solothurn Angebote im Bereich der frühen Sprachförderung zur Verfügung stellen. Die Stadt Olten hat bereits bei einem Pilotprojekt Deutsch vor dem Kindergarten von 2016 bis 2019 mitgemacht. Das findet Ihr im Budget eine oder zwei Seiten vorher, wo man die Förderung in der Spielgruppe macht. Das ist eigentlich eine Folge davon, schon eine Vorbereitung auf etwas, bei dem so oder so eine gesetzliche Grundlage kommen wird.

**Deny Sonderegger:** Meine Frage wegen der laufenden Kosten wurde vorhin noch nicht beantwortet. Aber ich danke für die Ausführungen. Aus meiner Situation heraus kann man auf die Frage der aufgelaufenen Kosten im 2021 davon ausgehen, dass man eigentlich auf dem Vorjahresbetrag ist, nachher zusätzlich noch den Studienauftrag hat und damit auf diesem Budgetbetrag landet.

**Manuela Höfler:** Ich möchte nur noch ganz kurz Nico beipflichten. Ich finde es wirklich super, hast Du dies gesagt. Das Projekt kenne ich nicht persönlich, weil ich mitmache, sondern weil ich in einem Quartier wohne, in dem viele Menschen von genau diesem Projekt profitieren und vor allem auch Mütter, die sonst keine Möglichkeit haben, zum Beispiel über ganz niederschwellige Berufsbildungswege, so quasi in den Kinderstätten mithelfen können. Es ist ein Superlink für Menschen, die sonst mit einem anderen Bildungshintergrund und vor allem mit anderen sprachlichen Fähigkeiten den Einstieg in unsere Gesellschaft finden können. Wenn es die Mütter schaffen, schaffen es eben auch die Kinder. Das ist Gold wert. Was wir hier investieren, werden wir nachher 100-fach herauschlagen. Davon bin ich sehr überzeugt.

## **Beschluss**

Mit 36 : 4 Stimmen wird der Änderungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 82, 6150.3141.07, Verbesserung Verkehrssicherheit O+ S

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Beim Antrag der FDP geht es um eine Kürzung um Fr. 65'000.— auf neu Fr. 10'000.—.

**Urs Knapp:** Wir beantragen die Kürzung beim Signalisationskataster. Was dies mit der Verkehrssicherheit zu tun hat, wissen wir nicht. Aber das ist nicht der Grund, weshalb wir die Rückweisung machen und dass es bei diesem Posten ist, ist vielleicht einfach aus irgendwelchen Gründen. Wir haben verstanden, dass die Stadt Olten erheben möchte, wo in dieser Stadt welche Signale stehen. Ich glaube, wir konnten mit dieser Stadt 200 Jahre ohne Probleme leben. Wir wussten nicht immer genau, wo alle Signale stehen. Unsere Frage ist: Ist dies jetzt wirklich der Zeitpunkt? Ist dies eine zwingende Aufgabe, die man im Jahr 2022 machen muss, damit man weiss, wo ein Stoppsignal ist, wo ein Vortrittssignal ist, wo ein Pfeil nach links ist, ein Pfeil nach rechts ist und vor allem Fr. 65'000.— dafür ausgeben? Wir meinen, das ist nicht notwendig. Wir begreifen auch nicht ganz, was dies mit der Verkehrssicherheit zu tun hat. Es hat einmal eine Person in dieser Stadt gegeben, Rolf S.. Er hat herausgefunden, dass an einem Ort ein Signal steht, das nicht dort stehen sollte. Vielleicht ist dies der Hintergrund, aber dann muss ich sagen, dass das Rückgrat des Stadtrates nicht so stark ist. Wenn man jetzt, weil dieser Fehler vielleicht passiert ist, Fr. 65'000.— ausgibt, damit man möglicherweise sicher ist, dass Rolf S. nichts mehr macht, muss ich sagen, dass sich dies auch nicht lohnt. Wir beantragen jetzt ernsthaft, dass wir diese Fr. 65'000.— entweder sparen, das tut dem Budget gut, oder wir können es irgendwo anders einsetzen. Vielleicht kann mich noch jemand überzeugen, was dies mit der Verkehrssicherheit zu tun hat.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Ich denke, es ist immer gut, wenn man weiss, was man hat. Von daher ist es sicher sinnvoll. Was die Dringlichkeit und Sicherheit betrifft, kann man unterschiedlicher Meinung sein. Wenn ein Verkehrssignal, sei es ein Stopp oder Einbahn, am falschen Ort steht, kann es natürlich im Nachgang eines Verkehrsunfalls zu Forderungen kommen, Haftpflichtansprüche. Das kann durchaus kostspielig sein. Ich glaube, in diesem Sinne ist es schon angezeigt, dass man es macht. Bei der Dringlichkeit kann man unterschiedlicher Meinung sein.

## **Beschluss**

Mit 20 : 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Kürzungsantrag der FDP zugestimmt.

Seite 92, 7691.3132.00, Honorare externe Berater, Experten

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr.13'000.—. Die SVP fordert eine Kürzung um Fr. 6'500.— auf neu Fr. 6'500.—.

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich würde gerne erklären, was in diesem Budgetposten enthalten ist. Hier wird nämlich bereits jetzt ein ganz kleiner Teil von dem, was gestern in diesem Saal vehement gewünscht und gefordert wurde, gemacht. Es geht um eine Zusammenarbeit mit einem externen Büro, dem sogenannten Büro Weitsicht, wo eigentlich alle Energiestädte miteinander im Austausch sind, Vernetzungsarbeit machen, Know-how austauschen und kantonale und regionale Projekte auch von ihnen gesteuert werden. Wir wären froh, wenn wir dies beibehalten könnten, auch im Sinne des Wunsches des Parlaments, dass man sich hier regional vernetzt. Merci.

**Marc Winistörfer:** Wir haben gestern diese Stelle beschlossen. Wir waren ja nicht sehr happy darüber. Aber es ist ein demokratischer Entscheid. Wieso brauchen wir jetzt in diesem Bereich trotzdem noch externe Beratung? Jetzt haben wir ja das Know-how extra hereingeholt.

**Stadträtin Marion Rauber:** Wir haben gestern über diese Stelle, die Lohnkosten gesprochen. Aber die Person muss ja dann auch die Möglichkeit haben, wenn es irgendwo so etwas wie ein Verein gibt, wo sie sich vernetzen kann, dort mitzuarbeiten. Es wird von uns als Stadt sicher auch verlangt, das habt Ihr ja gestern eigentlich vehement gefordert, dass wir uns in solche Projekte einbringen. Das wäre hier drin mit diesen Fr. 13'000.— enthalten.

**Urs Knapp:** Ich glaube, die Frage von Marc Winistörfer wurde nicht beantwortet. Dass die Vernetzung stattfinden soll, ist gut. Man hat diese Stelle beschlossen. Aber genau, was Du gesagt hast, Marion, wofür man diesen Betrag für die kleinen Projekte braucht, dafür haben wir ja jetzt diese Stelle. Von daher ist die Kürzung um 50 % eine logische Folge der Schaffung dieser Stelle. Es wäre ja sinnlos, wenn man die Vernetzungsarbeit ausserhalb des Stadthauses geben würde, sondern man muss sie genau der neuen Person geben, welche diese Stelle übernehmen wird.

## **Beschluss**

Mit 25 :13 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Kürzungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 94, 7900.3132.00, Honorare externe Berater, Experten

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 140'000.—. Die SVP fordert eine Kürzung um Fr. 40'000.— auf neu Fr. 100'000.—.

**Urs Knapp:** Die Erklärung des Stadtrates, weshalb er Fr. 40'000.— machen will, finde ich nirgends. Ich glaube, es wäre für die Entscheidungsfindung hilfreich, damit man weiss, weshalb und wofür er Fr. 40'000.— beantragt.

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich versuche, dies zu erklären. Bei diesem Budgetposten kaufen wir tatsächlich externe Leistungen ein. Da geht es um fachliche Gutachten, Verkehrszählung und Erhebung gewisser Zahlen. Im Rahmen der Ortsplanung mussten wir diesen Budgetposten erheben, weil es im Moment etwas aufwändiger ist. Das ist aber eine schwankende Zahl. Wenn Ihr mit der Rechnung 2020 vergleicht, haben wir jetzt den Mittelwert genommen. Das ist die Zahl, die wirklich von Jahr zu Jahr schwankt, je nachdem, was gerade an Expertisen anfällt.

## **Beschluss**

Mit 23 : 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Änderungsantrag der SVP abgelehnt.

Seiten 96 und 97

Keine Wortmeldungen.

Seiten 98 bis 101

Keine Wortmeldungen.

Seiten 102 bis 105

Keine Wortmeldungen.

Investitionsrechnung

Seite 114, 3113.5040.001, Neubau/Sanierung Kunstmuseum

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stadtrat beantragt Fr. 500'000.—. Die SVP fordert eine Streichung auf 0 Franken.

**Marc Winistörfer:** Grundsätzlich habt Ihr auch hier eine Begründung erhalten. Ich möchte aber trotzdem noch kurz dazu Stellung nehmen. Gestern und auch heute wurde uns noch einmal vorgeworfen, wir sagen auf die Museen nicht, was wir wollen bzw. wir sagen nicht, was wir nicht wollen. Mit diesem Antrag sagen wir eigentlich ganz genau, was wir nicht

wollen. Wir wollen kein überdimensioniertes Kunstmuseum, das keine Besucher hat. Uns wurde vorgängig, und ich glaube, es ist leider wieder nur an die FIKO-Mitglieder gegangen, eine Aufstellung mit den Eintritts, dem Umsatz und den Besucherzahlen ausgeteilt. Wenn man diese nimmt, sieht man, dass man bei diesem Museum eigentlich einen Franken pro Besucher einnimmt. Wir haben gewisse Projekte, die wichtig sind. Das Schulhaus ist wichtig. Das sagen wir auch. Es ist bei eigentlich auch nicht bestritten, dass man hier investieren muss. Das ist vom Volk beschlossen worden. Das ist die Priorität. Beim Museum besteht aus unserer Sicht keine Priorität, dass man hier vorwärts macht. Also kann man auf diesen Betrag, die Fr. 500'000.— in diesem Budget verzichten. Aus unserer Sicht kann der Stadtrat, er sieht es natürlich anders, gerne mit diesem Betrag auch in einem späteren Zeitpunkt wiederkommen, uns den Bedarf nachweisen, zeigen, wieso man ein Museum von etwa 15 Millionen erweitern muss, und dann auch entsprechend Geld für die Planung verlangen. Bis der Bedarf nicht gedeckt ist, ist aus der Sicht der SVP eigentlich auch keine weiteren Planungen notwendig. So viel zur Begründung. Den Rest habt Ihr auf dem Antrag eigentlich schon ausgeteilt erhalten. Ich gehe davon, dass es hier noch eine Diskussion. Wir sind jetzt langsam beim Filetstück dieser Budgetdebatte.

**Urs Knapp:** Wir haben etwas geteilte Herzen. In der FDP-Fraktion spüre ich die Tendenz, dass man zu diesem Kustmuseum sehr skeptisch ist. Gleichzeitig hat es bestimmte Vorentscheide gegeben, und es gibt jetzt einen Prozess, in dem man Entscheidendes machen muss. Allgemein können wir sagen, wenn jetzt diesem Kredit zugestimmt wird oder er nicht abgelehnt wird, dass wir die ganz klare Erwartung an den Stadtrat haben, dass es dann nicht heissen wird, jetzt habt Ihr wieder Fr. 500'000.— bewilligt. Es ist eigentlich klar, dass das Kunstmuseum kommen wird. Wir wollen, und das haben wir schon ein paar Mal gesagt, einen klaren Entscheid. Braucht Olten ein Kunstmuseum? Dieser Entscheid ist bis jetzt nicht gefallen. Wir haben Berichte zur Kenntnis genommen und alles. Wahrscheinlich werden wir geteilt sein, stimmen diesem Streichungsantrag zu oder nicht zu. Unisono die Meinung der FDP-Fraktion ist, dass wir vom Stadtrat erwarten, wenn die Fr. 500'000.— bewilligt werden, dass man nicht einfach fragt, ob wir ein Kunstmuseum mit zwei oder drei Fenstern wollen, sondern diese Grundsatzfrage muss gestellt werden, und sie muss so gestellt werden, dass man sie klar beantworten kann.

**Daniel Kissling:** Das Kunstmuseum kommt in einer Budgetdebatte so sicher wie die Diskussion über die Steuern. Das ist nichts Neues. Es kommen selten auch neue Erkenntnisse dazu. Es ist nicht so, dass die Stadt Olten noch nie über ein Kunstmuseum diskutiert hat oder ob man es will oder nicht. Von der SVP ist heute schon aus der Abstimmungszeitung Haus der Museen zitiert worden. Das kann ich gerne fortführen. Dort stand 2016. Auch wenn es darum geht, welches Kunstmuseum man will, stand dort: „In einer zweiten Etappe soll später das Kunstmuseum ins bisherige Naturmuseum verlegt werden. Das Gebäude an der Kirchgasse 8 kann dann für eine neue Nutzung, voraussichtlich im Bereich Detailhandel freigegeben werden“. Wir diskutieren schon seit Jahren über diese Lösung und über das Kunstmuseum. Was den Bedarf anbelangt, kann man dies natürlich noch besser abklären. Ich finde es auch schön, wenn dies gemacht wird. Ich möchte einfach auf eine Veranstaltung hinweisen, die morgen im Kunstmuseum durchgeführt wird. Es ist nämlich dann die Eröffnung der 37. Jahresausstellung der kantonalen Künstlerinnen und Künstler. Das ist einfach eine Art von Bedarf, nämlich von den Leuten, die dort arbeiten oder der Kultur, die dort eine Plattform findet. Die Besucherzahlen sind das Eine, das Andere ist auch die ganze Kulturszene, die genauso mit ein bedacht werden kann. Über 180 Künstlerinnen und Künstler, die mit dem Kanton Solothurn etwas zu tun haben, haben eine Eingabe für diese Ausstellung gemacht. Über 180 Personen, die empfinden, dass es für sie und ihre Arbeit wichtig wäre, im Kunstmuseum ausgestellt zu werden. Das ist die eine Seite, die andere neben den Besucherzahlen. Ich frage mich dann jeweils, was überhaupt Bedarf hat, wenn man dort das Gefühl hat, dass dies keinen Bedarf hat. Haben wir 180 aktive Eishockey-Spielerinnen und –spieler in der Stadt Olten? Haben wir 180 aktive Fussballerinnen und Fussballer auf dem Platz Olten? Haben wir 180 aktive, vielleicht in einem Verein, alle anderen sind Besucher, Schwimmerinnen und Schwimmer in Olten? Das sind die Fragen, die man sich stellen kann. Dann kann man auch ziemlich alles einfach

abschreiben. Ich empfinde diese Diskussion als müssig, vor allem auch, weil wir schon hundertmal darüber diskutiert haben, dass dieses Gebäude, in dem das Kunstmuseum aktuell beheimatet ist, fast am Zusammenbrechen ist und es langsam wirklich, wirklich dringend wird, dass dort eine Lösung kommt. Wenn wir es jetzt wieder um ein Jahr verschieben und dann vielleicht sogar noch einmal verschieben oder noch einmal anders haben wollen, weil wir mit den Ergebnissen, wie auch immer, zufrieden sind oder nicht, wird es möglicherweise irgendeinmal zusammenbrechen. Das wäre nicht nur schade, sondern fatal. Danke.

**Urs Knapp:** Ich wusste ja, wen ich mit diesem Votum provoziere. Aber, lieber Daniel, wir haben in der Bevölkerung noch nie abgestimmt: Wollt Ihr ein Kunstmuseum oder nicht?“ Diese Abstimmung hat es nie gegeben. Das ist einfach mein einziger Grund. Wir müssen heute Abend nicht diskutieren, ob wir ein Kunstmuseum brauchen oder nicht. Da gibt es ein besseres Forum. Die einzige Botschaft, die wir gesagt haben, ist, wenn man jetzt die Fr. 500'000.— gibt, ist es nicht einfach ein Bekenntnis zum Kunstmuseum. Ich melde jetzt schon an, dass wir unsere Bedenken haben und diesen Grundsatzentscheid, wenn es dann so weit sein wird, ob es im März oder irgendeinmal ist, machen möchten. Wir möchten nicht nur über die Fenster diskutieren.

**Stadtrat Raphael Schär:** Ich bringe gerne die Ziele des Stadtrates ein, auch wenn es nicht mein Teil ist. Wir hatten vorhin davon. Ich protokolliere sehr gerne, was in Sitzungen läuft. Wir hatten in diesem Rat im September vor einem Jahr einen Bericht und Antrag, als es nachher in den Wettbewerb ging. Da stand drin: „Das Kunstmuseum wird mit einem Raumbedarf von 1'600 Quadratmetern Nutzfläche geplant“. Das wurde in diesem Rat einstimmig angenommen. Soviel zu überdimensioniert oder nicht. Ihr habt uns einen Auftrag gegeben. Ihr habt uns auch einen Auftrag gegeben, wo wir es machen sollen und mit welchem Szenario. Jetzt hat es einen Wettbewerb gegeben. Vom Prozess her ist dies jetzt eine Überarbeitung dieses Schrittes. Nachher wird es selbstverständlich eine Volksabstimmung geben. Aber es gibt nicht vorher eine. Man muss ein fix ausgereiftes Projekt haben, um dies machen zu können. Dies jetzt zu streichen, gibt einfach eine weitere Verzögerung für ein Gebäude, das sanierungsbedürftig ist. Wir müssen es trotzdem machen.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Die entscheidende Debatte zum Kunstmuseum wird im nächsten Jahr geführt, wenn Ihr, das Parlament, über den Planungskredit dieser Gesamterneuerung im Ausmass von 10 bis maximal 14 Millionen Franken befindet. Dieser Betrag wird natürlich über der Kompetenz des Stadtrates liegen, und er wird in die Kompetenz des Parlaments fallen mit fakultativem Referendum bei der Bevölkerung. Dieser Entscheid wird im nächsten Jahr hier im Rat gefällt werden. Das ist dann eigentlich auch noch das Definitivum. Der allfällige Baukredit müsste ja dann ein Jahr oder zwei Jahre später auch noch einmal bewilligt werden, dann mit obligatorischem Referendum bei der Bevölkerung. Aber mit einem Nein zum Planungskredit im nächsten Jahr wird es für dieses Projekt beendet sein. Diese Entscheidung wird jetzt aufbereitet. Im Nachgang zur Prämierung des Wettbewerbs gibt es Überarbeitungen des Raumprogramms. Es gibt eine Überarbeitung der Materialisierung und es gibt auch eine Vorbereitung des Investorenwettbewerbs. Wir möchten ja nicht alles selber bebauen. Wir möchten auch einen attraktiven Teil zurückgeben für das Gewerbe, für Dienstleistungen, auch Wohnnutzungen. Das wird jetzt vorbereitet, und ein Teil dieser Fr. 500'000.— ist eigentlich im Nachgang dieses Wettbewerbs zu sehen und Teil sind dann die ersten Planungsarbeiten im nächsten Jahr, wenn Ihr zu diesem Planungskredit ja gesagt habt. Wenn Ihr nein sagt, braucht es dieses Geld nicht alles. Das ist eigentlich eine Jahrestanche für die Liquidität, vom Finanzverwalter zu bestimmen. Den eigentlichen Kredit habt Ihr ja vor einem Jahr gesprochen, dass man den Wettbewerb und das Projekt ausarbeitet. Jetzt gibt es Nacharbeiten, die bis zum Frühling noch fällig sind. Dann kommt der Planungskredit vor das Parlament, und Ihr bestimmt, ob es weitergeht oder nicht. Dies einfach zum Prozess.

**Deny Sonderegger:** Zuerst möchte ich Raphael Schär danken, dass er die Fake-News von Daniel Kissling korrigiert. Dass es in diesem Sinne einen Entscheid des Volkswillens gibt,

dass das Kunstmuseum kommt, ist bis heute nicht der Stand der Dinge. Es ist richtig, dass das Projekt im letzten Jahr im Parlament war und wir dann einmal einer Projektierung zugestimmt, damit dies entsprechend ausreifen kann, um es dem Volk vorzulegen. Auch wenn in einer früheren Ausschreibung der Haus-der-Museen-Abstimmung eine zweite Etappe erwähnt wurde, hat das Volk dem damals noch nicht zugestimmt. Für mich ist etwas schon auch noch wichtig, und das möchte ich an dieser Stelle eigentlich auch noch erwähnen. Wir haben mit den Unterlagen zum Budget eine wunderbare Broschüre dieser sensationellen Projekte, die hier eingegangen sind, erhalten. Ich habe diese Projekte selber studiert. Es fällt aber natürlich schon auf, und darüber schmunzle ich, wenn es jetzt Nacharbeiten braucht, auch in diesem Rat haben wir eine klare Vorgabe gegeben, dass wir einen maximalen Kostenrahmen vorgeben. 10 bis 14 Millionen darf dieses Museum kosten. Auf Seite 13 dieser Projektzusammenfassung kann man lesen: „Alle sechs Projekte überschreiten beim Museumsbau den vorgesehenen Kostenrahmen von 10 bis 14 Millionen und müssen überarbeitet werden“. Dann frage ich mich, wie stringent man die Vorgaben gegeben hat und wie man sich damit auch selber für solche Arbeiten für die Nachbearbeitung bemühen kann. Dies einfach noch als Votum von meiner Seite.

## **Beschluss**

Mit 32 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Streichungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 117, 6150.5010.013, Fuss- und Veloverb. Hammer/OSW

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Es liegen zwei Änderungsanträge vor, einerseits der Antrag der FIKO, dass man die Fr. 600'000.— um Fr. 30'000.— auf neu Fr. 570'000.— kürzt, und der Antrag der SVP, dass man die Fr. 600'000.— komplett streicht. Wir werden die beiden Anträge gegenüberstellen und dann den Gewinner dem stadträtlichen Antrag gegenüberstellen.

**Simon Muster:** Ich kann mich ehrlich gesagt nicht mehr so gut an die Diskussion erinnern. Es tut mir leid. Ich würde einfach sagen, wir wollen Fr. 30'000.— sparen.

**Urs Knapp:** Der Vorteil der Weisheit, die mit dem Alter kommt. Das Parlament hat, wenn ich mich richtig erinnere, in den letzten drei Jahren, den Kredit, den der Stadtrat konsequent oder stur mit Fr. 600'000.—, konsequent jeweils um Fr. 30'000.— reduziert. Das Parlament war der Meinung, wir haben abgemacht, dass die Unterführung 19 Millionen kostet, und wir haben abgemacht, dass sie vom Grundeigentümer bezahlt wird. Man sieht es jetzt wieder beim Investitionsplan. Der Grundeigentümer soll 19 Millionen zahlen und die Stadt 20. Das Parlament hat die letzten drei Male den symbolischen Beitrag von Kollega Reto Grolimund, der nicht mehr dabei war, aber immer wieder darauf geschaut hat, gesagt, deshalb setzen wir jetzt ein Zeichen und streichen Fr. 30'000.—. Das würde nachher heissen, die Erwartung des Parlaments ist, die Unterführung soll durch den Grundeigentümer bezahlt werden, wie dies vorgesehen ist. Wir sind dreimal in diese Richtung gegangen, dreimal ist es im Parlament durchgekommen, und dreimal hat der Stadtrat wieder Fr. 600'000.— eingesetzt. Jetzt können wir schauen, wer in dieser Beziehung sturer ist. Aber es geht letztlich auch um eine grundsätzliche Frage, wofür machen wir dies. Es ist nicht irgendwie in einer politischen Richtung. Es ging querbeet durch, als wir gesagt haben, nein, wir möchten dies. Deshalb machen wir den symbolischen Akt der Fr. 30'000.—. Das war die Begründung in der FIKO. Ich glaube, sie hat dies auch mehrheitlich entschieden. Ich weiss nicht, wie das Stimmenverhältnis war. Das darf man eigentlich gar nicht sagen. Aber sie hat mehrheitlich entschieden. Deshalb sind die Fr. 30'000.— drin. Das ist kein weltbewegender Antrag. Wir retten damit weder die Steuersituation noch die Finanzen der Stadt. Aber es ist auch etwas ein Antrag, der zeigt, dass das Parlament manchmal auch ein wenig Rückgrat zeigen muss, wenn der Stadtrat nicht machen möchte, was das Parlament möchte.

**Philippe Ruf, SVP-Fraktion:** Olten SüdWest ist schon lange ein Desaster. Jeder und jede, die vorbeigehen, sehen, was Herr Bachmann bis jetzt Scheussliches gemacht hat, und wir

sehen, was er dort noch weiter ausgesteckt hat. Es ist schlimm. Wir haben hier schon einmal die PU Hammer, die völlig überteuert war, ich glaube, es kam von der CVP, auf Eis gelegt. Der Stadtrat hat schon letztes Jahr einen Streichungsantrag gestellt, ist auf das Bubentricklein hereingefallen, wo er das Gefühl hatte, der Eigentümer würde sie finanzieren. Er muss trotzdem zahlen, weil es erschlossen wird. Er hat die Wertschöpfungsabgaben. Dort steht nicht, dass es für diese Unterführung eingesetzt werden muss. Hört auf mit der Illusion, dass er uns diese Unterführung zahlen würde, und nebenbei, wenn er dies zahlt und dort drüben so scheusslich weiterbaut. Ihr wisst ganz genau, was dort entsteht. Ich schlage vor, dass wir endlich einmal aufhören, noch Geld in Olten SüdWest hineinzustopfen und auf diesen Trick hereingefallen, dass wir dort noch Geld erhalten sollen und es bezahlt werde. Das stimmt nämlich überhaupt nicht, und dass wir hier zu diesem Zeitpunkt sicher nicht noch weiter Geld investieren und es aus dem Budget nehmen. Es ist das einzig Richtige, und es ist auch ein wichtiger Meilenstein gegen die Verschandelung dieses scheusslichen Gebiets, was er bisher schon gemacht hat.

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich möchte mich gerne noch dazu äussern, nicht zum FIKO-Antrag, sondern zum Antrag der SVP. Der Stadtrat hat mit seinem Engagement im letzten Jahr erreicht, dass bei der zentralen Erschliessungsfrage für einen zukünftigen Stadtteil weitere wichtige Schritte gemacht werden konnten. So ist in der Zwischenzeit der Gestaltungsplan vom Regierungsrat genehmigt, und sämtliche Anträge des Stadtrates in den Behandlungen der Einsprachen sind auch gestützt worden. Zudem konnte die SBB dank der Koordinationssitzungen mit der städtischen Projektleitung endlich das Multiprojekt Bahnhof Hammer, Ihr konntet es in der Presse lesen, dort geht es um einen hindernisfreien Zugang, Anpassung der Gleise und um das Stellwerk für rund 100 Millionen, welche die SBB investieren wollen, aufstarten. Der Stadtrat wird dem Parlament in den nächsten Monaten, nach Abschluss dieser Machbarkeitsphase, den Projektierungskredit für die PU Hammer vorlegen. Der Stadtrat hat auch transparent eine Lösung für die Finanzierung der PU Hammer aufgezeigt. Es besteht keine Rechtsgrundlage für die Einforderung von Grundeigentümerbeiträgen von 19 Millionen. Sonst hätte man sie ja bereits vor dieser Baubewilligung einer so grossen Überbauung einholen müssen, und die SVP könnte heute auch eine verbindliche und anwendbare Rechtsgrundlage dafür präsentieren. Korrekt ist, dass die Mehrwertabschöpfung in jedem Fall geschuldet ist, aber erst zu einem viel späteren Zeitpunkt. Der vorliegende, wirklich sehr gute Vertrag regelt jetzt nur, dass der Grundeigentümer diese Mittel frühzeitig in dieses Projekt einbringt und nicht erst in 20 Jahren. Zudem überlässt der Investor der Stadt 12'000 Quadratmeter Fläche für öffentliche Nutzung kostenlos. Ich würde sagen, wir haben hier ein gutes Konstrukt vorliegen. Mit der Streichung der Mittel für dieses Projekt ist der Baustart bis spätestens 2027 und damit auch die Finanzierung des Bauvorhabens akut gefährdet und damit auch das Entwicklungspotenzial von 4'000 Einwohnern und Einwohnerinnen, die dann natürlich auch Steuern zahlen würden und die Infrastrukturprojekte, die zum Teil schon umgesetzt sind. Zudem sind vor Ort 400 Wohnungen mit Potenzial von 800 Einwohnern und Einwohnerinnen bereits realisiert, und ich denke, wir sind es diesen Oltnern und Oltnerinnen schuldig, uns jetzt für die fehlende Infrastruktur einzusetzen. Ich wäre wirklich froh, wenn man diesen Beitrag im Budget belassen würde. Vielen Dank.

**Myriam Frey Schär:** Ich möchte einfach noch kurz etwas ganz Grundsätzliches zu dieser PU sagen. Sie hat ein ganz speziell grosses Problem, nämlich, dass sie noch nicht steht. Der Umstand, dass sie nicht gebaut wurde, bevor der allererste Spatenstich im Areal Olten SüdWest gemacht wurde, ist skandalös und ein kolossaler Planungsfehler dieser Stadt. Dass wir es erlaubt haben, dass ein ganzes Stadtquartier gebaut wird, ohne dass dieses Quartier faktisch an den Rest des Siedlungskörpers angeschlossen ist, ist eigentlich nur ein schlechter Witz. Jetzt müssen wir einfach vorwärts machen und schauen, dass dieser Fehler so schnell als möglich behoben wird. Wer wie viel zahlt, besser, wenn wir weniger zahlen. Alles klar. Wer es am Schluss zahlt, ist ein absoluter Nebenschauplatz. Jetzt muss es einfach vorwärtsgehen. Merci.

**Nico Zila:** Wenn 19 Millionen ein Nebenschauplatz sind, haben wir heute Abend schon relativ viel Zeit verbraten, Myriam. Ich möchte nicht dazu reden, sondern dazu, dass in der FDP-Fraktion die Meinungen auch zu diesem Geschäft auseinandergehen. Das Vorgehen der SVP, sowohl zur PU SüdWest/Hammer wie auch zum Kunstmuseum, ist konsequent. Wenn man im Vornherein weiss, dass man gegen diese Projekte ist, ist es sicher richtig, keine weiteren Kredite zu sprechen. In der FDP sind wir der Meinung, mindestens teilweise der Ansicht, und wir haben diese Frage auch im Rahmen der Ortsplanrevision sehr ausgiebig diskutiert, dass das Projekt zur Abstimmungsreife gebracht werden soll. Wir sind zu 100 % einhellig der Ansicht, dass es zwingend eine Volksabstimmung brauchen wird, dass irgendein finanzpolitischer Schlugg mit dem Beitrag des Investors sicher nicht zulässig ist, um dann diese Frage am Volk vorbeizuführen. Das heisst, wenn jetzt unser Stimmverhalten zu diesem SVP-Antrag ein wenig uneinhellig ist, hat es damit zu tun, dass einige Mitglieder unserer Fraktion gegen das Projekt per se sind und andere einmal wissen möchten, wie es dann im Detail aussieht, bevor sie sich bei einer Abstimmung ein Bild machen.

**Stadtrat Nils Loeffel:** Ich weiss nicht, wer das Märchen hervorgebracht hat, dass es zur PU Hammer keine Volksabstimmung geben soll, nur, weil wir als Stadt einen Vertrag mit einem Investor haben. Das ist eine Investition von 19 Millionen, die zwar über einen anderen Kanal zurückbezahlt wird. Aber eine Investition von 19 Millionen kommt in jedem Fall vor das Volk. Es wird zur PU Hammer eine Volksabstimmung geben. Der Weg, den wir jetzt beschreiten, ist, dass wir die Projektierungskredite haben und am Schluss ein Projekt vorlegen können, über das es zur Abstimmung kommt. Der Investor hat sich einfach vertraglich dazu verpflichtet, die Abgaben früher zu finanzieren, für Baufelder, die noch gar nicht Bauzonen sind, schon Abgaben zu zahlen. Dafür können wir die PU Hammer am Schluss kostenneutral zahlen.

**Marc Winistörfer:** Wenn ich dem Stadtrat als Gremium und der Stadträtin als Person zuhöre, erhalte ich den Eindruck, dass wir das Geld oder die Mehrwertabschöpfung, die von Gesetzes wegen geschuldet ist, zwingend in die PU Hammer investieren müssen und sie nur dafür verwendet werden darf. Ist dies wirklich so, und was wäre die gesetzliche Grundlage dafür?

**Stadträtin Marion Rauber:** Das ist vertraglich so festgelegt. Wen Du noch mehr Details kennen möchtest, müsste bitte Kurt Schneider dazu Auskunft geben. Ich weiss, dass es jetzt vertraglich so festgelegt ist. Dazu, wie der Prozess vorher war, müsste vielleicht Kurt noch etwas sagen bitte.

**Kurt Schneider:** Es ist so, dass man mit diesem Vertrag eigentlich keine Verpflichtung hat. Diese Verpflichtung gibt es von Gesetzes wegen oder von diesem Reglement, das Ihr auf der Basis des kantonalen Gesetzes festgelegt habt. Es ist kostenpflichtig, Mit dem Vertrag legt man eigentlich fest, dass es vorzeitig passiert, rund 20 Jahre, bevor die Fälligkeit da wäre, und dass man es für die PU Hammer verwendet. Die Verwendbarkeit ist durch die kantonale Gesetzgebung beschränkt, es ist die Bundesgesetzgebung, welche die Grundlage bietet., auf Massnahmen, welche die Infrastruktur verbessern, die Freiräume aufwerten können. Wir können sie auch verwenden, um einen Bach aufzumachen. Aber selbstverständlich hat ein Vertrag immer zwei Seiten. Das heisst, wenn sich jemand verpflichtet, frühzeitig so etwas zu investieren, muss er natürlich mit dem Vertrag auch einverstanden sein. Damit man mit dem Vertrag einverstanden ist, muss man gegenseitig die Einigkeit hinbringen. Gegenseitige Einigkeit ist mit dem Vertrag da. Wenn man dies anfigt, kommt ein solcher Vertrag nicht zustande.

**Marc Winistörfer:** Für Rechtsunkundige wie ich, dass ich es richtig verstanden habe. Die Stadt Olten hat sich in diesem Fall vertraglich verpflichtet, dass es nur für diesen Zweck verwendet wird und nicht für etwas Anderes wie Renaturierung, Pflanzung von Bäumen etc. im Rahmen von Olten SüdWest.

**Kurt Schneider:** Im Rahmen des Vertrags hat man gegenseitig festgelegt, dass man das Geld frühzeitig haben will, und das Geld verwendet man für die PU Hammer.

**Marc Winistörfer:** Ich glaube, ich habe es verstanden. Dann hat sich die Stadt hier, deutsch gesagt, über den Tisch ziehen lassen.

**Philippe Ruf:** Es ist genauso, wie es Marc sagt. Es ist irgendwie auch kein guter Deal. Urs hat es vorhin angesprochen. Das Rückgrat. Das ist das Rückgrat eines Gummibärchens. Es ist auch nicht festgelegt, wie viel man zahlen muss. Man könnte nämlich auch das Ganze vom Eigentümer verlangen. Ihr seid den Vertrag spezifisch für die PU eingegangen, wie es Kurt richtig gesagt hat. Das hättet Ihr nicht tun müssen. Hier muss man einfach schon ehrlich sein.

**Thomas Fürst:** Ich möchte noch einmal eine Frage an den Rechtskonsulenten stellen. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist es nur dann zweckgebunden zu verwenden, ich gehe davon, dass man dies vertraglich auch so vereinbart hat, wenn es effektiv zum vorzeitigen Bau dieser Anbindung kommt. Habe ich dies richtig verstanden? Sonst fließt das Geld natürlich trotzdem einfach später.

**Kurt Schneider:** Es gibt dort natürlich gewisse Bedingungen, damit dies fließt. Wie man weiss, muss bei der PU Hammer der Baustart 2027 beginnen. Das hat auch damit zu tun, dass dann die Agglo-Gelder fließen werden. Die PU Hammer wird nicht nur durch die Beiträge von 16,6 Millionen gespeist, sondern auch durch 3 Millionen Agglo-Gelder. Das ist auf 2027 befristet. Wenn bis dann kein Baustart erfolgt, erfolgt auch keine frühzeitige Finanzierung. Aber es ist richtig, dass es natürlich weiterhin geschuldet ist, bis zum Zeitpunkt, in dem die Baufelder, es geht nicht um A bis E, den vorderen Teil, sondern den hinteren Teil, den man umzont, beim vorderen Teil ist die Umzonung entsprechend erfolgt, wirklich erschlossen und bebaut werden. Wenn er den Mehrwert tatsächlich abschöpfen kann, ist er dies schuldig. Wenn man dies von der Etappierung her anschaut, wird dies in rund 20 bis 25 Jahren sein.

**Daniel Kissling:** Es ist, als ob wir das erste Mal über die PU Hammer reden würden und noch nie etwas von diesem Planungsmehrwert gehört hätten. Wir haben in diesem Parlament über diesen Planungsmehrwert abgestimmt. Wir haben auch darüber abgestimmt, wie hoch dieser Satz sein soll, wenn ich mich richtig erinnere. Ich weiss nicht mehr genau, wie es ausgegangen ist. Ich weiss, dass das linke Lager für einen relativ hohen Satz plädiert hat, dass die Stadt verhältnismässig viel Geld verdient, wenn quasi aufgezont wird. Ich glaube, dass gerade diese Seite hier eher dagegen war, dass es einen hohen Wert gibt, eigentlich nicht so viel Geld von den Eigentümern haben wollte. Jetzt sind wir an einem anderen Punkt. Der Deal war folgender: Das Geld kommt früher. Dafür werden mit diesem Geld die Möglichkeiten ein wenig eingeschränkt, nämlich für die PU Hammer. Man hätte schon renaturieren können. Ich weiss einfach nicht, was man bei einem schon renaturierten Stück Land renaturieren will. Das tönt zwar schön und grün. Aber man kann sicher auch noch ein paar Bäume pflanzen. Das finde ich auch gut, aber nicht unbedingt für 15 Millionen, weil ich dann nicht weiss, wo noch Blöcke hingestellt werden sollen. Der Deal war, dass man sagt, wenn man klarmacht, dass die PU Hammer gebaut wird, bekommt man dafür das Geld früher. Wenn man dies jetzt nicht macht, was man könnte, kann es auch sein, dass man dieses Geld gar nicht erhält, weil diese Dinge gar nie gebaut werden oder weil der Bauherr Konkurs geht oder was auch immer. Der Deal ist, dass man dieses Geld sicher bekommt. Dafür baut man halt die PU Hammer. Da kann man dafür oder dagegen sein. Das erste Mal hören wir dies nicht. Vielleicht diejenigen, die zum ersten Mal im Rat sind, aber der grosse Teil der Leute nicht. Es ist auch keine Erneuerung. Wir haben über die Planungsmehrwerte abgestimmt. Wir haben schon über mehrere Tranchen bei diesem Ding abgestimmt. Es stimmt, dass es Änderungsanträge gegeben hat. Aber es ist keine Neuheit. Es ist nichts, worüber man sich plötzlich so enervieren kann, weil man es das erste Mal gehört hat und das Gefühl hat, man wird über den Tisch gezogen, abgesehen davon, dass es seit ein paar

Jahren schon passiert ist. Spart Euch doch Eure grosse Empörung. Es ist nicht erst gestern bekannt geworden, was dort gebaut werden soll.

**Deny Sonderegger:** Da bin ich mit Daniel wieder einig. Ich habe dies auch schon damals, als wir dies im Rat thematisiert haben, erwähnt. Andrea könnte dies im Protokoll nachlesen oder Ihr alle könnt dies im Protokoll nachlesen. Ich glaube, bei dieser Situation, von über den Tisch ziehen zu reden, Philippe, ist in der Tat nicht opportun. Fakt ist, dass der Eigentümer die Gebühr erst zahlen muss, wenn er quasi wirklich auch den Nutzen des Eigentums haben kann, so wie es Kurt vorhin erwähnt und ausgeführt hat. Der Eigentümer ist bereit, das Geld im Vorfeld vorzufinanzieren. Dass man mit diesem Geld entsprechend auch nur einen gewissen Bereich an Finanzierungen tätigen kann, ist auch gesetzgegeben, und ich denke, wenn man es zur Anbindung des Quartiers verwendet, ist es nicht schlecht. Ich sage dies, und ich glaube, das konnte man auch lesen, als Einsprecher zum Verfahren, und ich denke, hier muss man sich wirklich auch ideologisch ein wenig von der Situation trennen und dem folgen, wie es in Tat und Wahrheit der Fall ist. Merci.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Einerseits steht der Antrag der FIKO auf Kürzung um Fr. 30'000.— im Raum und andererseits der Antrag der SVP auf Streichung der kompletten Fr. 600'000.—. Wir werden diese Anträge gegenüberstellen.

### **Beschluss**

Mit 30 : 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem FIKO-Antrag zugestimmt.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Antrag der FIKO wird jetzt dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt.

### **Beschluss**

Mit 21 : 18 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Kürzungsantrag der FIKO zugestimmt.

Seite 117, 6150.5010.008, Erschliessung Olten SüdWest, 1. Etappe

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Wir haben den Antrag der Grünen. Die SVP hat dort eine andere Kontonummer angegeben. Aber Ihr zieht Euren Antrag bekanntlich zurück.

**Manuela Höfler, Fraktion Grüne:** Wir können es kurz machen. Ihr habt unsere Begründung gelesen. Wir haben gerade über Olten SüdWest gesprochen. Die Streichung beantragen wir, weil wir denken, dass der Ausbau dieser Erschliessungsstrasse in Olten SüdWest im Moment oder 2022 gerade nicht dringlich ist. Einerseits sind in der Überbauung aktuell 150 Wohnungen frei. Es wird 2023 nicht gleich einen extremen Wohnungsbedarf geben, dass wir die Blöcke hinaufziehen müssen. Das zweite und gewichtigere Argument ist eigentlich, dass vor dem Verwaltungsgericht noch drei Einsprachen hängig sind, die davon abhängen, dass der Gestaltungsplan rechtmässig wird. Wir denken einfach, dass man dies noch abwarten sollte, und wir sind nicht per se gegen den Weiterausbau von Olten SüdWest auf eine hoffentlich kluge Art. Aber wir finden, dass dies nicht gleich im nächsten Jahr nötig sein wird. Merci.

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich erlaube mir, gleich zu Euren beiden Erschliessungsanträgen zu sprechen. Ihr weist ja auch die vermeintlich totale Sparsumme so aus. Zum ersten Antrag bezüglich der zwei Budgetposten Olten SüdWest: Dort ist es so, dass wir für die Erschliessung dieses Gebiets einen rechtskräftigen Beschluss vom 19. November 2008 haben, und das Projekt erfolgt ja in Teiletappen. Das wäre einfach die nächste Etappe. Dazu muss ich noch sagen, dass die Streichung dieser Position infolge der Rückerstattung, vom Grundeigentümer wieder an uns und dem Abschreibungsmodus, kaum Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung 2022 hat. Deshalb kann man eigentlich nicht sagen, wir sparen den Betrag, den Ihr so ausgewiesen habt. Zum zweiten Antrag, den Ihr schon eingegeben habt, äussere

ich mich auch gleich noch. Dort geht es um die Strasse Fustlighalde. Dort wäre es ein neuer Beschluss. Es ist noch nicht beschlossen. Es würde aber darum gehen, dass eine Ablehnung von diesem Parlament eigentlich eine Verweigerung der Aufgabe gemäss Baugesetz wäre, das wir nämlich haben, und das ist die Erschliessungspflicht. Es ist § 100 ff. Diese Erschliessungspflicht kann von der Grundeigentümerin auch gesetzlich erwirkt werden, von uns als Stadt. Es ist so, dass wir bei der Fustlighalde ein konkretes Bauprojekt haben. Wir erschliessen dort nicht etwas auf Vorrat, wo man nicht etwas plant. Auch dort ist es so, dass man infolge der Rückerstattung und des Abschreibungsmodus eigentlich keine Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung 2022 hat. Bei der Abwasser- und Kanalisationsgeschichte kommt dann sowieso noch die Spezialfinanzierung zum Zug. Man kann eigentlich nicht sagen, man würde den Budgetposten, den Ihr hier ausweist, so einsparen. Deshalb würde ich Euch gerne beliebt machen, die Anträge abzulehnen bzw. zurückzuziehen. Sonst können wir unserer Pflicht nicht nachkommen. Danke.

**Manuela Höfler:** Das sind jetzt zwei Sachen. Zur Fustlighalde habe ich ja noch nicht gesprochen. Dort hatten wir eigentlich die Begründung, dass wir jetzt das räumliche Leitbild gemacht haben, dass wir eine öffentliche Vernehmlassung gemacht haben und viele Leute um ihre Meinung gefragt haben. Ich kenne persönlich auch viele Leute, die sich sonst politisch nicht so interessieren und sich die Mühe gemacht haben, dies zu lesen. Jetzt haben wir dies noch nicht. Das wird im nächsten Jahr kommen. Wir finden einfach, es wäre okay, bei der Fustlighalde noch zu warten. Ich habe nicht gewusst, dass Ihr bei der Stadt schon ein Baugesuch zur Fustlighalde habt. Habe ich Dich da richtig verstanden? Liegt ein Baugesuch vor?

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich bin nicht sicher, ob das Baugesuch schon eingegangen ist. Aber es ist ein konkretes Projekt.

**Kurt Schneider:** Das Baugesuch ist noch nicht bei uns. Wir haben einfach Informationen von Seiten der Grundeigentümerschaft und eine Machbarkeit. Es sind Abklärungen gelaufen, natürlich auch mit unserem Tiefbau, wie man das Ganze erschliesst.

**Manuela Höfler:** Dann noch zu Olten SüdWest: Es ist klar. Wenn Du dies bebauen lässt, kriegst Du es zurück. Das ist keine Einsparung. Aber die Frage ist ja, muss man es jetzt oder im nächsten Jahr machen. Es ist mehr deshalb. Es geht nicht immer nur um Geld, sondern es geht manchmal auch um sinnvoll oder nicht, wenn man jetzt zum Beispiel noch Einsparungen abwarten möchte. Habe ich es beim Beschluss, den Du angesprochen hast, wegen Olten SüdWest richtig gesehen, dass es ein Budgetbeschluss von 2008 ist? Hat man damals über das Volumen, das man jetzt hier hat, den Bruttokredit, gesagt, man will in Olten SüdWest in diesem Volumen die Strassen ausbauen? Habe ich dies richtig verstanden? Dann müssten wir jetzt eigentlich auch gar nicht dazu Stellung nehmen. Das heisst ja nicht, dass man nicht etappiert sagen kann, jetzt machen wir es einmal ein Jahr nicht.

**Stadträtin Marion Rauber:** Das kann ich nicht beantworten. Da müsste ich kurz die Fachleute, den Finanzverwalter, fragen. Manuela, ich kann es Dir nicht genau sagen. Es tut mir leid.

**Nico Zila:** Ich möchte noch die Position der FDP in aller Kürze mitteilen. Wir sind natürlich der Ansicht, dass die Stadt ihrer Erschliessungspflicht unbedingt nachkommen muss, teilen aber auch ein Stück weit die Sorgen, die Manuela Höfler geäussert, dass wir nicht Fakten zementieren möchten, die im räumlichen Leitbild erst noch in der Diskussion sind. Es käme für uns schon auch darauf an, namentlich jetzt beim Panoramaweg und bei der Fustlighalde, wie weit dann die Erschliessungen im 2022 gehen sollten. Geht es nur um die Baufelder, die jetzt wirklich schon dort sind, entweder überbaut oder projektiert oder geht es um die ganze Länge dieses möglichen Perimeters?

**Stadträtin Marion Rauber:** Darf ich nur kurz ergänzen? Die Panoramastrasse wurde von den Grünen zurückgezogen, weil dort ja bereits Häuser stehen. Das steht gar nicht mehr zur Diskussion.

**Nico Zila:** Es ist mir bewusst. Es würde mich aber trotzdem interessieren. An der Panoramastrasse stehen zwei Häuser, und der mögliche Perimeter ist noch etwa 200 Meter weiter. Was ist 2022 geplant?

**Stadträtin Marion Rauber:** Wir reden jetzt von der Verlängerung Fustlighalde, nicht von der Panoramastrasse. Da müsste ich mich täuschen. Manuela, Du müsstest sagen, was Ihr genau meint.

**Manuela Höfler:** Das ist ja auf der nächsten Seite. Wir waren ja eigentlich noch da. Ich habe nur noch nicht verstanden, weshalb ein Budgetbeschluss von 2008, wo man klar gesagt hat, wir erschliessen dieses Gebiet, bedeutet, dass wir heute nicht sagen können, dass man nächstes Jahr wartet. Das habe ich einfach nicht verstanden. Wir haben ja jetzt nicht gerade Bedarf, dass wir dort Blöcke haben, und wir haben noch ein hängiges Verwaltungsgerichtsverfahren. Wieso kann man dies jetzt nicht abwarten? Es ist einfach eine Verständnisfrage.

**Stadträtin Marion Rauber:** Darf ich Kurt Schneider kurz bitten, ein Votum abzugeben?

**Kurt Schneider:** Es gibt ja zwei Ebenen. Was machen wir wirklich, und was ist die rechtliche Situation? Bei der rechtlichen Situation haben wir zwei Sachen. Wir haben eine Erschliessungsverpflichtung aufgrund des Baugesetzes, wie es Marion gesagt hat, und wir haben eigentlich den Kredit, der bereits beschlossen ist, der nach und nach ausgelöst wird. Das ist halt so. Man macht dies in Etappen, und man hat wahrscheinlich dazumal damit gerechnet, dass es in Olten SüdWest etwas schneller vorwärtsgeht, als es jetzt effektiv vorwärtsgegangen ist. Die zweite Ebene ist natürlich, was machen wir im nächsten Jahr wirklich. Das ist dann wahrscheinlich schon auch ein wenig von der Rechtmässigkeit dieser Pläne getrieben. Geht es dort überhaupt weiter. In der nächsten Etappe ist übrigens nicht wohnen vorhergesehen, sondern da geht es um Alterswohnungen, die etwas thematisiert sind. Gestützt darauf haben wir wieder eine Tranche ins Budget aufgenommen. Solange dies rechtlich in Frage gestellt ist, keine Rechtsgrundlage vorhanden ist, werden wir selbstverständlich auch diese Tranche nicht auslösen. Wahrscheinlich wird sich Eure Frage sowieso erledigen, es sei denn, es sei ein relatives schnelles Urteil. Aber das ist in der Regel nicht zu erwarten. Wir haben eine Erschliessungspflicht, und wir müssen dies aus Transparenzgründen natürlich auch im Voraus im Budget einstellen. Damals sind wir noch davon ausgegangen, dort könnte etwas kommen. Allerdings sind dies wirklich auch Posten, die auch wieder retour kommen.

## **Beschluss**

Mit 20 : 15 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Streichungsantrag abgelehnt.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Die beiden Anträge Panoramastrasse wurden zurückgezogen.

Seite 118, 6150.5010.106, Fustlighalde; Verlängerung Erschliessungsstrasse

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Im Antrag der Grünen geht es um die Streichung eines Betrags von Fr. 240'000.—.

**Manuela Höfler:** Es ist ein Bauvorhaben, Klar, es gehört jemandem an der Fustlighalde, und Ihr wisst, es kommen Abklärungen. Wir ziehen den Antrag zurück. Es ist gut. Wenn dort gebaut wird, wird gebaut. Ich nehme an, dann haben wir dort eigentlich auch bezüglich des räumlichen Leitbilds keinen Einfluss mehr.

Seite 119, 7201.5032.104, Olten SüdWest, Erschliessung

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Im Antrag der Grünen geht es um die Streichung des Betrags von Fr. 600'000.—.

**Manuela Höfler:** Wir ziehen diesen Antrag und alles auf dieser Seite zurück. Es ist eine analoge Schlussfolgerung.

Geldflussrechnung

Keine Wortmeldungen.

Anhang

Keine Wortmeldungen.

Sozialregion, Seiten 149 bis 153

Keine Wortmeldungen.

RZSO, Seite 155

Keine Wortmeldungen.

RFSB, Seite 159

Keine Wortmeldungen.

Beilage

Keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmungen, Seite 23

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Als erstes stimmen wir über den Steuerfuss ab, das heisst Punkte 5 und 6. Ich lasse über die Steuerfüsse in Punkt 5 im Paket abstimmen. Sie haben nachher auch direkte Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung. Das heisst, wir werden zuerst über Punkt 5 abstimmen und erst nachher bei Punkt 1 oben anfangen. Steuerfüsse sind bis jetzt einerseits vom Stadtrat mit 112/112 % beantragt und andererseits der Antrag der FIKO 108/108. Gibt es noch weitere Anträge dazu?

**Simon Muster:** Wir haben es gestern schon gesagt und auch begründet. Es wären 110 % für natürliche Personen und 118 % für juristische Personen. Ich erspare uns jetzt die Diskussion, die wir gestern schon hatten, weil ich glaube, dass die Meinungen plus/minus gemacht sind. Ich habe Muriel gehört.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Zuerst nehme ich zum Antrag des Stadtrates Stellung. Wir haben im Stadtrat seit Jahren immer den Standpunkt eingenommen, dass zur teilweisen Finanzierung von anstehenden Investitionen eine Steuererhöhung nötig ist. Im Finanz- und Investitionsplan betragen die Nettoinvestitionen ohne Spezialfinanzierungen rund 115,8 Millionen, dies unter Berücksichtigung der generellen Kürzung. Von diesem Betrag machen die werterhaltenden Investitionen rund 36 % aus und die Entwicklungsinvestitionen rund 55

%.

Wenn man die Aufstellung auf Seite 24 ff. des Finanz- und Investitionsplans anschaut, sind folgende Hauptprojekte auszumachen: Schulhaus Kleinholz 36 Millionen, Schulbauten Frohheim 19 Millionen, Schulraum Bannfeld 3 Millionen, neuer Bahnhofplatz 23 Millionen. Das gibt 81 Millionen brutto. Da ist der Abzug der 20 % nicht dabei. Diese Projekte sind für die Stadt absolut notwendig und kein Nice-to-have, wie immer behauptet wird. Nice-to-have sind eigentlich nur Projekte im Bereich von Kultur und Sport. Da sind namentlich vorgesehen: Das Kunstmuseum mit 14 Millionen, das Stadttheater mit 12 Millionen und die Badi mit 7 Millionen. Das würde 33 Millionen ausmachen. Zu diesen Projekten muss das Parlament und teilweise auch das Volk noch die Zustimmung erteilen. Wer aber zu diesen Projekten A sagt und sie durchwinkt, muss auch bereit sein, B zu sagen und für eine angemessene Finanzierung besorgt sein. Ohne Steuererhöhung wachsen die Pro-Kopf-Verschuldung und der Nettoverschuldungsquotient bedrohlich an. Ich verweise hier auf Seite 11 des Finanz- und Investitionsplans, wo wir diese Zahlen aufgezeigt haben. Wenn wir dann bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von Fr. 5'000.— und bei einem Nettoverschuldungsquotienten von 150 sind, droht die Schuldenkontrolle durch den Kanton. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass diese Steuererhöhung zwingend notwendig ist. Allein das Jahr 2022 weist bei einem Steuerfuss von 112 % einen Finanzierungsfehlbetrag von 10,3 Millionen aus. Bei einem Steuerfuss von 108 % würde sich dieser um rund 2,4 Millionen erhöhen. Der Stadtrat hat versucht, einen Mittelweg zwischen Neuverschuldung und Steuererhöhung zu finden. Die beantragte Steuererhöhung von 4 Punkten scheint unter diesem Blickwinkel angemessen. Man hätte hier noch viel mehr erhöhen können, um die Verschuldung nicht noch grösser zu machen. Trotz politisch unterschiedlicher Ansichten ist der Stadtrat der Meinung, einen vernünftigen Kompromiss gefunden zu haben, und hofft, dass dies auch im Parlament möglich sein wird. Jetzt zum Antrag 110/118: Wenn man die juristischen Personen in Olten anschaut, hatten im Steuerjahr 2019 451 Unternehmen oder 40 % aller juristischen Personen keinen Gewinn. Die grosse Mehrheit von 513 Unternehmen oder 45 % haben einen Gewinn von bis zu Fr. 100'000.— erzielt. Nur 188 Unternehmen oder 16 % haben Gewinne über Fr. 100'000.— erzielt. Die Unternehmen, die weniger als Fr. 100'000.— Gewinn hatten, haben bis jetzt schon nur 5 % Steuern des steuerbaren Gewinns bezahlt. Das war vor STAF schon so. Wenn man es jetzt anschaut, würden sie bei einem Steuersatz von 112 %, wie der Stadtrat beantragt, in der Stadt Olten bei einem Gewinn von Fr. 99'000.— Fr. 4'118.— zahlen, und bisher haben sie Fr. 4'461.— bezahlt, also rund Fr. 300.— mehr. Da muss man aber berücksichtigen, dass mit der STAF die AHV-Beiträge für die juristischen Personen und auch die sogenannten Familienausgleichskassenbeiträge um je 0,15 % der Lohnsumme erhöht wurden. Wenn man jetzt eine Bruttolohnsumme von 1 Million hat, zahlen sie Fr. 3'000.— Sozialversicherungsbeiträge pro Jahr mehr, und das sind reine Arbeitgeberbeiträge. Auch die Unternehmungen, die weniger als Fr. 100'000.— Gewinn hatten, zahlen jetzt durch die STAF nicht weniger Steuern und Abgaben, als sie bis jetzt bezahlt haben. Wir strafen eigentlich den grossen Teil der Kleinunternehmungen KMU, wenn wir jetzt die Steuern auf 118 % erhöhen. Sie würden sogar viel mehr zahlen, als sie vor der STAF bezahlt haben. Deswegen bitte ich Euch, dass man dies nicht macht. Es wäre auch ein ganz schlechtes Zeichen gegen aussen. 118 % wirken auch als so wahnsinnig viel. Es gibt Unternehmungen, die in der Nähe mehrere Zweigstellen haben. Eine ganz bekannte, die in Olten und auch in Trimbach ist, und sie könnte problemlos den Sitz verlegen. Trimbach hat immer noch 108 % für juristische Personen. Das wäre mit einem Handelsregistereintrag schnell gemacht. Dann würden wir wahrscheinlich mehr verlieren, als wir gewinnen, wenn wir so viel erhöhen würden. Deshalb bitte ich Euch, bei den juristischen Personen wirklich nicht auf 118 % zu erhöhen. Danke.

**Manfred Schoger:** Ich habe eigentlich nur eine kurze Frage. Wir haben dies gestern auch noch angesprochen, dass man, wenn man einen Steuerfuss von 112. % hat, mit der Verschuldung gleichwohl sehr weit nach oben kommt und auch mit dem Nettoverschuldungsquotienten. Wir haben viele Unbekannte. Eine ist das Stadtwachstum, die anderen die Steuereinnahmen und Planungsänderungen bei den bestehenden Investitionen und Projekten. Wir haben noch viele Ausgaben oder Projekte, die angedacht sind, die im Finanzplan nicht enthalten sind. Wie schätzt der Stadtrat das Risiko ein, dass man, wenn man jetzt eine Steuererhöhung auf 112 % macht, in drei oder vier Jahren wieder

vor der gleichen Situation steht, weil irgendetwas passiert und man die Koeffizienten, Kennzahlen, überschiesst.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Im Finanz- und Investitionsplan haben wir aufgezeigt, dass es gewisse Unsicherheiten hat. Das ist so. Aber es ist schwierig vorauszusagen, wie sie auch eintreten werden. Allein bei „jetz se mer dra“ wissen wir ja nicht, ob die Variante des Regierungsrates kommen wird oder sonst der Vorschlag, den ein Vertreter der SVP eingereicht hat oder gar keiner. Es kann auch sein, dass das Volk nein sagt. Auch bei den anderen Unsicherheitsfaktoren wissen wir nicht, was effektiv eintreffen wird. Von daher ist es relativ schwierig, eine Prognose zu stellen. Aber ich habe das Gefühl, wenn wir mit diesen 112 % fahren, wir haben es im Finanz- und Investitionsplan aufgezeigt, sollten wir den Nettoverschuldungsquotienten und die Pro-Kopf-Verschuldung von Fr. 5'000.— trotz dieser Unsicherheiten eigentlich nicht überschreiten. Wir hoffen, dass gewisse Sachen vielleicht nicht so realisiert werden, wie wir angedacht haben, weil wir uns dies sehr wahrscheinlich gar nicht leisten können, ausser, wir würden die Steuern wieder recht erhöhen.

**Simon Muster:** Ich nehme zur Kenntnis, dass Benvenuto gegen meinen Antrag etwas gesagt hat, nicht gegen den Antrag der FIKO 108/108, der ja Eurem Budget auch widersprechen würde und sogar dazu führen würde, dass wir mit einem Minus abschliessen. Ich muss sagen, die Sache mit der STAF überrascht mich als Argument einfach ein wenig. Wenn man jetzt vorrechnet, wie die Kleinen betroffen sind, wenn in diesem Stadtrat vier Mitglieder von Parteien sind, die sowohl auf nationaler als auf kantonaler Ebene die STAF-Umsetzung unterstützt haben. Nachher schaut man dies an. Dann sieht man den Einbruch, den man hat, weil man eben genau die grossen Unternehmen mit grossen Gewinnsteuern bevorzugt. Jetzt schiebt man das Argument vor, man kann die Steuern nachher nicht erhöhen, weil es die armen Kleinen trifft, wo man aber selber mitschuldig ist, dass dies passiert ist. Von daher finde ich, dass diese Argumentation nicht sehr kohärent und auch nicht wirklich glaubhaft ist. Zu meinem Antrag bzw. unserem Antrag haben wir ja gestern schon argumentiert. Ich nehme an, diese Streichungen haben nicht gereicht, damit wir mit 108/108 ein ausgeglichenes Budget hätten. Urs Tanner würde mich korrigieren. Ich würde dann schon noch einmal die Frage an die bürgerliche Parlamentshälfte stellen, ob dies jetzt die neue bürgerliche Politik ist, dass man jetzt über Jahre hinweg immer gesagt hat, das Budget muss ausgeglichen sein, obwohl man wusste, dass die Rechnung mit 2 Millionen im Plus abschliessen wird. Jetzt plötzlich sagt man, wir verzichten auf die Steuererhöhung. 2 Millionen Defizit sind uns egal. Was interessiert mich, was ich vor zwei Jahren, vor einem Jahr gesagt hat. Ich nehme dies zur Kenntnis und hoffe wirklich, dass wir jetzt hier einen richtigen Schritt machen und die Steuerlast ein wenig gerechter verteilen. Merci vielmals.

**Heinz Eng:** Es ist eigentlich immer die gleiche alte Leier in diesem Parlament, auch vom Stadtrat. Der Stadtrat singt das hohe Lied von Kaninchen Olten vor der Schlange Solothurns. Ich begreife nicht, weshalb immer die drohende Angst vor dem Kanton Solothurn besteht, der ja selber einen Schuldenberg bis an den Bach hinunter angehäuft hat, man dies nachher ins Feld führt und der Bevölkerung und auch dem Parlament versucht zu sagen, passt auf, da könnte etwas passieren. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist: Weshalb seid Ihr so pessimistisch? Ihr müsst doch glauben, was Ihr hier schreibt. Ich nehme jetzt noch einmal Bezug auf das, was ich gestern schon gesagt habe. Auf Seite 11 im Finanzplan seht Ihr die Variante 112 und 108. Im Jahr 2022 passiert praktisch nichts. Der GAP ist, die Pro-Kopf-Verschuldung mit diesen Projekten, die wir haben, praktisch unbedeutend, wirklich Peanuts. 2023 geht es wieder so langsam auseinander. 2024 wird es dann etwas anders sein. 2025 und 2026 werden wir vielleicht Gegensteuer geben müssen, aber eigentlich erst dann. Noch einmal: Der ganze Finanzplan, und dann Seite 12, ist ja nicht pessimistisch. Er ist ja optimistisch. Die Konjunkturlage wird besser, die Ausgangslage, die Schweizer Wirtschaft wird boomen, die Inflation, der Zins usw. Jetzt singt der Stadtrat wieder das hohe Lied der ganzen Steuererhöhung und macht praktisch hier auch etwas auf Angst, und Angst ist immer ein schlechter Ratgeber, leider immer schlecht. Das ist überhaupt kein Problem für uns Bürgerliche. Wenn Du den GAP, den wir haben, siehst oder auch das Budget von maximal 2 Millionen im Jahr 2022, das wir jetzt vielleicht eingehen, wo Manfred auch gesagt hat, es hat

so viele Unwägbarkeiten usw., 2 Millionen auf 116 Millionen bei einem Aufwand. Ihr könnt Ihr selber nachrechnen. Es ist zwischen 1 und 1,2 oder 1,5 %. Bei 116 Millionen kein Risiko eingehen respektive sagen, wir schauen optimistisch in die Zukunft, das kommt besser, wir arbeiten alle daran, und jetzt hier auf Panik machen und die Steuern so erhöhen, finde ich, trotz aller Projekte, die wir haben, dass man dem Volk Angst macht. Da verlange ich einen gewissen Optimismus. Ich verlange auch einen gewissen Rebellismus, der uns Oltnerninnen und Oltnern eigentlich seit Jahrhunderten immer angestammt ist und nicht irgendwie der Kanton kommt und ich weiss nicht, was alles. Deshalb ist das einzig Richtige zweimal 108, fertig Schluss, und in einem Jahr werden wir weiterschauen.

**Urs Knapp:** Ich melde mich heute, weil heute der Zeitpunkt ist, um darüber zu reden. Ich werde nicht so rebellisch wie Heinz argumentieren können. Ich kann nicht so austeilen wie Simon, was erfrischend ist. Von links bis rechts haut einer auf die Ohren. Ich habe mir ganz faktisch etwas überlegt. Die SP und die Grünen haben STAF unterstützt. Nur, damit dies auch gesagt ist. Sie haben zugestimmt, entsprechend mit den Regierungsräten. Ich habe mir überlegt, was für die Stadtentwicklung am stärksten wirkt. Die finanzielle Belastung ist ein Faktor des Ganzen. Ich habe auf Hinweise, die ich erhalten habe, hin einmal ausgerechnet, wie Olten heute dasteht, mit dem heutigen Steuersatz im Vergleich. Nehmen wir eine Familie. Papa, Mama, zwei Kinder. Papa und Mama sind berufstätig und verdienen zusammen Fr. 100'000.—. Das ist eine Mittelstandsfamilie. Fr. 100'000.— sind ein schönes Haushaltseinkommen. Aber es ist kein Grossverdiener. Tippe einmal bei Comparis ein und vergleiche dies mit den Gemeinden. Nehmen wir an, jemand arbeitet in Zürich und jemand in Bern, und sie suchen einen neuen Wohnort und vergleichen mit Nachbarstädten. Wenn man dann in Olten laut Comparis schaut, und ich nehme an, dies stimmt oder es ist überall gleich falsch, zahlt diese Familie mit Fr. 100'000.— Einkommen Fr. 9'485.— Steuern. Das ist alles zusammen. Wenn man nachher Gemeinden wie Aarau, Lenzburg, Zofingen, Baden, Sursee, Sissach und Liestal anschaut, sind es eigentlich alle Gemeinden, die in der Konkurrenz stehen. Die Familie zahlt, wenn es hoch kommt, Fr. 3'000.— weniger. Das ist in Baden. Wenn es ganz schlecht kommt, Fr. 1'700.—. Das ist Jahr für Jahr so. Wenn man diesen GAP weiter erhöht, wird man nicht attraktiver. Ein alter Stadtpräsident, alt meine ich vom Alter, ist immer, wenn ich dies gesagt habe, ich habe dies auch früher schon gesagt, und auch wenn er in der gleichen Partei wie ich war, etwas hässig auf mich geworden und hat gesagt, aber weisst Du, Urs, dafür ist das Leben in Olten viel besser. Die Wohnungen sind günstig. Man zahlt wenig für die Krankenkasse. Credit Suisse hat im Oktober eine Studie herausgegeben, wo am meisten Geld übrigbleibt. Komischerweise ist Olten auch dort nicht an der Spitze, im Gegenteil. Es ist genau gleich weit unten. Dort sind andere Gemeinden tiefer. Ein Grund dafür ist, dass die Wohnungspreise in Olten heute sehr ähnlich wie viele andere Sachen. Die Krankenkassenprämien sind nicht billiger. Wir greifen den Mittelstand direkt an. Was Benvenuto gesagt hat, ich war nicht mit ganz allem einverstanden, aber was er zu den juristischen Personen gesagt hat, auch dort packen wir die Kleinen. Das ist ein schlechtes Zeichen. Aus der Sicht der Stadtattraktivität von aussen betrachtet, ich habe es gestern schon einmal gesagt, finde ich einfach, dass der Zeitpunkt jetzt denkbar schlecht ist. Wir haben in diesem Jahr einen um 7 Millionen besseren Abschluss. Die Steuern sprudeln. Wir wollen noch mehr. Das kann es nicht sein. Das ist schlecht für die Ansiedlung. Wir wollen ja gleichzeitig überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum. Das geht nicht auf.

**Simon Muster:** Zu Heinz: Wenn Du sagst, 2 Millionen Defizit sind jetzt auch verkraftbar, würde ich Dir einmal die Protokolle der letzten Jahre vorschlagen, welche Voten so gekommen sind. Aber ich finde es umso interessanter, als dass Ihr heute Anträge gestellt habt, um Fr. 3.50 zu streichen. Ist jetzt ein Defizit schlimm oder nicht schlimm oder muss man Fr. 3.50 sparen, von Fr. 100.— auf Fr. 96.50 und Urs Tanner noch das Leben schwermachen? Das scheint mir nicht ganz kohärent zu sein. Urs, ich bin absolut einverstanden mit Dir, und ich habe schon in der FIKO gesagt, wir sollten mehrere Millionen in den Finanzplan aufnehmen, damit wir eine aktive Bodenpolitik machen, um in Olten die Mieten zu senken. Ich meine, dort würden wir uns sicher finden. In Olten sind die Steuern wirklich nicht das Problem.

**Salome Kisker:** Auch noch einmal zu Urs Knapp: Ich finde das Argument, dass Leute wegen der tiefen oder hohen Steuern nach Olten ziehen, langweilig. Wir sind selber von Zürich hierhergezogen, und wir haben etwas mehr Steuern gezahlt. Ich zahle jetzt gerne die Fr. 500.— pro Jahr mehr, wenn ich weiss, dass wir nachher einen schönen Ländiweg haben werden, wenn ich weiss, dass wir nachher ein schönes Schulhaus haben werden und die wichtigen Investitionen für die Stadt machen können. Ich möchte auch nicht nach Liestal oder Zofingen ziehen. Olten hat eine Superverkehrsanbindung. Ich brauche kein Auto. Ich bin superzentral gelegen. Es gibt für mich überhaupt keinen Grund, um von hier wegzuziehen.

**Martin Räber:** Ich möchte kurz auf das Thema der Angst eingehen. Zum einen sollten wir keine Angst vor Überschuldung haben. Die 2 Millionen sind vielleicht nur 1 oder 2 % des Budgets. Wir laufen auf mehr Schulden zu. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird stark steigen. Davor sollten wir keine Angst haben. Da können wir zuversichtlich sein. Aber Angst vor einer Steuererhöhung und dass uns die Steuerzahler irgendwie davonlaufen, vor allem natürliche Personen, oder nicht kommen, da sollen wir dann haben, obwohl es auch meine Ansicht ist, dass die Attraktivität nicht primär Steuern ist, sondern es sind andere Faktoren, die viel wichtiger sind, die uns auch für interessante Steuerzahler interessant machen. Das ist ein wenig widersprüchlich. Das Thema Angst haben wird einmal so und einmal so genutzt. Wenn man jetzt schon sagt, okay, bei den natürlichen Personen haben die Steuern einen gewissen Einfluss. Das mag sein. Das stimmt sicher bis zu einem gewissen Grad. Aber deshalb ist ja dieser Vorschlag so interessant, dass wir bei den natürlichen Personen nur 2 % erhöhen und bei den juristischen eben 10 %. Ich habe gestern schon vorgerechnet, was die 10 % für die juristischen Personen bedeutet, nämlich praktisch nichts. Wenn wir einen der kleineren, mittleren nehmen, mit Fr.100'000.— Gewinn, sind es ein paar hundert Franken pro Jahr. Das ist nicht relevant. Von daher gesehen können wir mit dieser Variante, mit dem Vorschlag der SP, super leben, und damit kann man auch der Angst, dass uns die natürlichen Personen abwandern, ziemlich gut begegnen.

**Manfred Schoger:** Es gibt noch einen ganz anderen Punkt, den man hier anschauen muss. Schlussendlich ist die Steuererhöhung etwas, das eine finanzielle Auswirkung hat. Sie mag, so, wie Du, Martin, sagst, nicht so gross ist. Aber es gibt ja noch etwas Anderes, das man bei dieser ganzen Diskussion betrachten muss. Das ist die ganze Signalwirkung, die gegen aussen geht. Man kann nicht Stellen erhöhen. Man kann nicht einen Ländiweg machen, wo man auf Agglomerationsgelder verzichtet und, und, und, und, und dann dafür noch die Steuern erhöhen. Es gibt viele Leute in der Stadt, die nicht verstehen, dass man viele Ausgaben machen will und den Franken nicht zuerst dreimal umdreht und sich fünfmal überlegt, ob man dies jetzt will und braucht und dann gleichzeitig noch die Steuern erhöht will. Ich bin der Meinung, bei der Steuererhöhung muss eine ultima ratio sein, wenn das Messer wirklich am Hals ist und man keine andere Ausgangsmöglichkeit mehr hat, so, wie es Heinz gesagt hat, dass man dies vielleicht in zwei Jahren noch einmal anschauen wird. Was man von mir aus gesehen auch nicht machen sollte, und davor habe ich wirklich Angst, ist, dass man die Steuern jetzt auf 112 oder 110/118 erhöht und in drei Jahren wieder da sein wird, weil man sehen wird, dass die Reserven, die Benvenuto vorhin erwähnt hat, nicht gereicht haben. Wir haben das Messer wieder am Hals. Wir müssen wieder etwas tun. Es geht nicht. Das ist etwas, das man sicher nicht haben will. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

**Muriel Jeisy:** Ich kann hier gerne noch ergänzen und bei Manfred ansetzen. Ich finde schon, dass einem Schulden zunehmend schon Sorgen bereiten, und man muss es im Auge behalten. Aber wir haben unter anderem vom Schulhaus, vom Generationenprojekt, gesprochen, wo man auch bereit sein, Gewisses in Kauf zu nehmen und dass man nicht immer gleich nur als ersten Punkt über die Steuererhöhung gehen kann, zumal ich wirklich die Vergangenheit nicht ausblenden möchte und dass sich gewisse Punkte wiederholen. Meine Sorge ist nämlich auch wieder, dass man sonst einen budgetlosen Zustand haben könnte. Ich erinnere noch einmal an 2019. Dort habe ich einen Kompromiss versucht. Es ist dann unterlegen. Ich habe mich dann eigentlich auf die Seite derjenigen gestellt, die fanden,

doch, es würde guttun, man hätte etwas mehr Finanzen, bezogen auf das, was ansteht. Es ist unterlegen, und ich musste auch für mich die Konsequenzen so ziehen, dass die Bevölkerung nicht einfach ja sagt. Ich sehe mich auch als Vertreterin der Bevölkerung, die dort doch ein deutliches Zeichen gesetzt hat. Ich kann mich aber auch erinnern, als ich neu im Parlament war, als wir gerade das angesprochene riesige Finanzloch und einen dringenden Bedarf hatten und eine viel grössere Steuererhöhung eingehen mussten. Schlussendlich wurde auch das Referendum ergriffen. Aber die Bevölkerung hat dann das Parlament gestützt. Ich denke einfach, solche Punkte sollte man bei der Gewichtung auch nicht ganz ausser Acht lassen. Es wäre für das Ganze sicher einfacher. Man könnte weiterplanen und den dringenden Bedarf aufzeigen. Man hat schon gesagt „Jetzt send mer dra“. Wir wissen noch nicht, wann es sein wird. Wenn es angenommen wird oder der Gegenvorschlag kommt, kann man wieder anders diskutieren und es begründen. Ich glaube, dann kann man die Oltner Bevölkerung auch einfacher mit ins Boot holen und überzeugen.

**Philippe Ruf:** Simon, Du hast recht. Wir haben gestern schon über Vieles gesprochen. Deshalb versuche ich auch, mich kurz zu halten und nicht alles zu wiederholen. Die Situation, die Muriel und Manfred beschrieben haben, ist sehr gut, und das müssen wir uns effektiv bewusst sein. Die Regierung kommt wieder mit den gleichen Argumenten, wie sie vor drei Jahren gekommen ist. Das ist relativ kritisch. Ich denke, dass man so auch keinen Erfolg haben wird. Da muss ich fairerweise einfach auch sagen, dass man besser zu einem späteren Zeitpunkt kommt, in dem man auch andere Argumente findet. Du kannst einfach nicht parallel verkaufen, wir bauen Stellen auf, verschulden, und nachher kommen wir mit einer Steuererhöhung, die aber, wenn man dem Plan Glauben schenken soll, auch keine Lösung bringt. Es ist dann nicht eine Steuererhöhung, die nachher ein ausgeglichenes Budget und einen ausgeglichenen Finanzplan bringt. Die Lösung ist die Steuererhöhung auch nicht. Dann muss man sich schon etwas fragen. Der Plan löst die Steuererhöhung auch nicht, und es ist nachher eine kleine Erhöhung, die einfach irgendetwas zwischendurch ist. Aber das Defizit deckt man gleichwohl nicht ab. Das macht auch der Vorschlag von Simon Muster nicht. Da müssen wir einfach auch vorsichtig sein. Ich denke, wir müssen faire Argumente finden, wenn wir eine Steuererhöhung der Bevölkerung auch verkaufen wollen können. Das können wir zum aktuellen Zeitpunkt einfach nicht, wenn wir Stellen erhöhen, uns verschulden wollen und gleichzeitig mit den Steuern hinauffahren. Entsprechend möchte ich das Votum wirklich auch noch einmal vertiefen. Stimmt für die 108/108 %. Dann kann man dies effektiv ein paar Jahre später diskutieren, wenn man auch Klarheit über diese Punkte und bessere Argumente hat. Merci.

**Stadtrat Nils Loeffel:** Es wird immer wieder erwähnt, dass wir bessere Argumente brauchen, damit wir eine Steuererhöhung machen können. Der Stadtrat hat den Finanzplan bis zum Jahr 2028 vorgelegt, wo Ihr nachvollziehen könnt, wie sich die Verschuldung entwickelt, wenn die Investitionen getätigt werden, die geplant sind. Ihr seht ein Szenario, wie es mit 108/108 ist. Ihr seht ein Szenario, wie es mit 112/112 ist. Meiner Meinung nach ist dies ein genug gutes Argument, um zu sagen, dass wir die Steuern erhöhen müssen. Wir müssen jetzt Steuern erhöhen, damit wir die Kurve abflachen können. Wenn wir in zwei Jahren vor der Situation stehen, dass wir das Messer am Hals haben, müssen wir die Steuern vielleicht noch mehr erhöhen, als wir dies jetzt tun müssen. Unser Ziel ist, mit dieser Steuererhöhung eine Garantie zu haben, dass wir wenigstens die Investitionen, die bis 2028 geplant sind, finanzieren können. Deshalb würde ich sehr dafür plädieren, dass wir diese Steuererhöhung annehmen. Das andere Argument mit der Kopplung der Stellen: Ich denke, wir haben es gestern auch schon lange genug diskutiert und uns immer wieder dazu äussern müssen und dürfen. Die Stellenerhöhungen sind nicht ein Produkt, weil wir Lust haben, in der Stadtverwaltung mehr Stellen zu schaffen, oder weil wir das Gefühl haben, wir müssen irgendwelche unnötige Stellen schaffen, sondern es sind alles Stellen, die notwendig werden, weil die Stadt wächst, weil neue Projekte an die Hand genommen werden müssen, und die Projekte, die an die Hand genommen werden müssen, zum Teil auch vom Parlament gefordert wurden oder ein Parlamentsbeschluss vorliegt. Das ist eine Reaktion von unserer Seite darauf, diesen Projekten gerecht zu werden, diese Projekte gut umsetzen zu können,

wobei mehr Kosten verursacht werden und wir deshalb auch mehr Einnahmen brauchen. Merci vielmals.

**Daniel Kissling:** Es tönt immer so schön. Weisst Du, im nächsten Jahr ist dann vielleicht der bessere Moment. Im übernächsten Jahr ist vielleicht ein besseres Argument da. Es ist das Gleiche, das Ihr gestern schon bei der Energiefachstelle gesagt habt. Dann vielleicht irgendeinmal. Irgendeinmal ist erstens zu spät, und zweitens, ganz ehrlich, glaube ich es Euch einfach nicht. Gestern haben wir noch versucht, einen Kompromiss zu finden. Eure Antwort war klipp und klar. Nein. Es gibt keinen Kompromiss. Ihr wollt die Steuern nicht erhöhen. Ihr würdet sie nie erhöhen. Das ist einfach Fakt. Dann müsst Ihr jetzt nicht so tun, als ob Ihr wisst, dass es anders, irgendeinmal und vielleicht irgendwann bei anderer Ausgangslage anders sein würde. Wenn wir kein Geld haben, sagt Ihr, Ihr müsst sparen, anstatt die Steuern zu erhöhen. Wenn wir Geld haben, heisst es, wir erhöhen die Steuern nicht, weil wir Geld haben. Es spielt keine Rolle. Es ist eigentlich egal. Seien wir alle hier ehrlich. Es ist ein Stück weit eine ideologische Frage, und ich verstehe dies auch. Aber so tun, als ob es verständnisvoll wäre, wie wenn Ihr im nächsten Jahr plötzlich eine andere Meinung hättet, das ist halt auch ein wenig das Volk für dumm verkauft.

**Deny Sonderegger:** Daniel, es ist lustig. Jedes Jahr wieder die gleiche Keule, die wir um die Ohren geschlagen erhalten von wegen, dass wir einfach grundsätzlich verhindern müssen. Fakt ist aber auch, dass Ihr Linken einmal akzeptieren müsst, dass die Bürgerinnen und Bürger eine STAF angenommen haben und damit eine Steuersenkung akzeptiert haben. Wenn jetzt die Mehrinitiative oder auch der regierungsrätliche Gegenvorschlag angenommen wird, will die Bevölkerung eine Steuerreduktion. Wir haben es vorhin von Muriel und auch von Philippe gehört. Wir hatten in der Stadt Olten eine Abstimmung nach einem Referendum, und wir sind gestützt worden, dass man in dieser Stadt keine Steuererhöhung will. Das müsst Ihr letztendlich einfach auch einmal akzeptieren.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Ich möchte einfach noch ein Wort aufgreifen, das ich jetzt schon ein paar Mal gehört habe. Das ist Kompromiss. Es ist heute ein paar Mal gefallen, es ist gestern gefallen. Kompromisse machen heisst natürlich, auch etwas von der eigenen Position, je nach Sichtweise vielleicht extrem, abzurücken. Ein Kompromiss kann ja nicht bedeuten, dass man auf seinem Standpunkt besteht. Der Kompromiss ist eigentlich der Antrag, den wir Euch unterbreiten. Vielleicht können wir uns auch noch einmal auf diesen fokussieren. Es ist immerhin der Antrag, der zur Disposition steht, und da gibt es Alternativen. Man kann natürlich auch noch über den Antrag des Stadtrates diskutieren oder modifizieren. Aber ich finde ein anderes Wort, das vielleicht jetzt noch nicht gefallen ist, ist Verantwortung. Wir haben hier auch eine Verantwortung für diese Stadt und für unsere Wählerinnen und Wähler. Ich glaube, sie erwarten Lösungen und nicht Problemsucher. In diesem Sinne möchte ich Euch gleichwohl noch einmal auffordern. Vielleicht braucht es auch noch einen Unterbruch. Ich glaube, wir tun heute nichts mehr Anderes, als über das Budget zu reden, aber die Zeit ist jetzt wirklich wichtig, und es ist wichtig für diese Stadt und auch, welches Signal wir jetzt bei der ersten Debatte als Neugewählte, wir im Stadtrat, Ihr im Parlament, aussenden und ob wir die Verantwortung auch wahrnehmen, nachher vielleicht in ein Referendum zu gehen. Es ist für niemanden lustig. Für diejenigen, die es ergreifen müssen und draussen stehen, und für diejenigen, die es unterschreiben müssen und sich auch damit beschäftigen. Auch für die Verwaltung und die Betroffenen ist es nicht lustig, welche diese Leistung in Anspruch nehmen. Ich meine jetzt nicht nur die Schulen oder Skilager oder den Ferienpass. Eine solche Situation ist auch sehr belastend, wenn man in eine solche Unsicherheit hineingeht. Unsicherheit ist eigentlich nie gut. Wir haben im Moment schon genug Unsicherheit. Ein wenig Klarheit und Sicherheit würde uns natürlich allen dienen. In diesem Sinne möchte ich schon noch etwas bitten. Vielleicht braucht es noch einmal einen Unterbruch. Es ist nicht meine Sitzung, es ist diejenige des Parlaments. Aber ich finde, die Zeit würde sich lohnen, noch einmal zu reflektieren, kann man von der eigenen Position weggehen, wo ist die Schmerzgrenze, wo ist die rote Linie? Mir scheint, diese Diskussion habe ich noch nicht so gespürt, und ich finde es fast etwas, ich sage jetzt nicht verantwortungslos, aber schade, wenn man dies nicht noch einmal reflektiert und auch noch

einmal miteinander redet. Gibt es Möglichkeiten, von diesen maximalen Forderungen ein wenig abzuweichen, vielleicht Richtung Mitte zu gehen, den Stadtratsvorschlag zu modifizieren? Ich glaube, dort gibt es auch noch Manövriermasse, wenn man einen Kompromiss suchen will und eine Lösung finden möchte. Das wäre noch mein Wunsch für heute.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Wir werden zuerst den Antrag der SP/Jungen SP für 110/118 dem Antrag der FIKO 108/108 gegenüberstellen und denjenigen, der sich durchsetzt nachher dem stadträtlichen Antrag von 112/112 gegenüberstellen.

**Urs Knapp:** Wir haben immer, und ich glaube, das ist wichtig, zuerst die natürlichen Personen festgelegt und nachher die juristischen. Du kannst die Päckchen nicht zusammen machen. Da gäbe es meiner Meinung nach x Kombinationen.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Der Stand, den ich von der Stadtverwaltung mitbekommen habe, ist so, dass es möglich, im Päckchen abzustimmen. Wenn aber aus juristischer Sicht etwas dagegenspricht, entspreche ich dem gerne.

**Dr. Patrik Stadler:** Ich würde sagen, es bräuchte einen Antrag.

**Urs Knapp:** Ich beantrage, so wie wir es in der FIKO gemacht haben, zuerst die natürlichen Personen und nachher die juristischen Personen.

## **Pause**

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Urs Knapp hat mich darüber informiert, dass er seinen Antrag, dass wir die Steuerfüsse separat behandeln müssen, zurückzieht. Das heisst, wir können, wie vorgeschlagen, direkt über die Päckchen abstimmen.

## **Beschluss**

Mit 20 : 20 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag der SP/Jungen SP 110/118 % dem Antrag des Stadtrates 112/112 % gegenübergestellt.

## **Beschluss**

Mit 20 : 8 Stimmen bei 12 Enthaltungen wird der Steuerfuss auf 110 % für natürliche Personen und auf 118 % für juristische Personen festgelegt.

## **Beschluss**

5. Einstimmig

## **Beschluss**

6. Einstimmig

**Urs Tanner:** Wir haben einen Aufwand von Fr. 116'582'800.— und einen Ertrag von Fr. 117'160'100.—. Das gibt einen Überschuss von Fr. 577'300.—. Investitionsaufwand Fr. 19'437'000.—, Investitionsertrag Fr. 911'000.—. Das gibt Nettoinvestitionen von Fr. 18'526'000.—.

1) Erfolgsrechnung

Mit 20 : 15 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

2) Investitionsrechnung

Mit 35 : 5 Stimmen zugestimmt.

3) Spezialfinanzierungen

Einstimmig

4) Teuerungszulage

Einstimmig

7) Sozialregion

Einstimmig

8) Regionale Zivilschutzorganisation

Einstimmig

9) Regionaler Führungsstab

Einstimmig

10) Finanzfehlbeiträge

Einstimmig

**Urs Knapp:** Ich stelle einen Antrag und zwar mit den Worten von Thomas Marbet in dieser Sache. Wir haben entschieden, wie entschieden wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Referendum kommen wird, ist sehr hoch. Damit diese Unsicherheit klein ist, würde ich beantragen, dass man das Budget dem obligatorischen Referendum unterstellt. Wenn man dies jetzt macht, ist der Vorteil, dass wir am 13. Februar am ordentlichen Termin eine Volksabstimmung machen können. Wenn man es nicht macht, wird die Sammelfrist am nächsten Donnerstag anfangen und wird bis zum 31. Dezember dauern. Eine Abstimmung im Februar wird nicht möglich ist. Es würde frühestens Ende März eine Abstimmung geben, eventuell auch erst im Mai, wenn der nächste eidgenössische Termin ist. Man hätte von daher die Unsicherheit der budgetlosen Zeit, die beklagt wurde, entweder am 14. Februar zu Ende. Das wäre aus meiner Sicht der Nachteil. Aber es wäre allerspätestens in der März-Sitzung des Parlaments, wenn es ein neues Budget gäbe, definitiv. Von daher wäre mein Vorschlag, mein Antrag, dass wir ein obligatorisches Referendum machen und so auch die Zeit, die budgetlos ist, verkürzen.

**Laura Schöni:** Auch dies ein spannender Punkt, von dem wir jetzt wahrscheinlich alle ein wenig überrascht sind. Mir geht es so, unserer Fraktion vermutlich auch. Ich stelle einen Ordnungsantrag, noch einmal einen kurzen Break von fünf Minuten zu machen.

## **Beschluss**

Mit 37 : 3 Stimmen wird dem Ordnungsantrag zugestimmt.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Wir haben einen Änderungsantrag von Urs Knapp bezüglich Beschlussesantrag 11. Jede Fraktion hat jetzt, falls sie dies möchte, noch die Möglichkeit, sich dazu zu äussern.

**Matthias Borner:** Wir danken für diesen Antrag. Für die SVP ist es klar. Es war eine sehr intensive Diskussion. Es hat sehr unterschiedliche Modelle gegeben. Sie haben einander auch nicht wirklich entsprochen. Deshalb ist es für uns zentral, dass dieses Budget dem Volk unterstellt wird. Darum stimmen wir diesem Antrag sicher zu. Merci.

**Daniel Kissling:** Vielleicht das erste Mal heute Abend kann ich Matthias nur komplett zustimmen. Auch Olten freut sich über den Antrag von Urs Knapp und unterstützt ihn. Es ist eine wichtige Diskussion. Olten jetzt! bzw. Tobias, ich glaube, zusammen mit Urs, hat auch schon in der Vergangenheit einmal einen Vorstoss gemacht, dass es quasi immer obligatorisch ist, wenn es Steueränderungen gibt. Es ist wichtig, dass das Volk zu seiner Meinung befragt werden kann, und es ist wichtig, dass der Budget-Lockdown so kurz als möglich sein wird, nachdem wir schon zwei andere Lockdowns hinter uns haben.

**Christian Ginsig, CVP/EVP/glp-Fraktion:** Ich mache es kurz und schliesse mich den Voten, die wir bisher gehört haben, an. Uns von der Mitte-Fraktion geht es auch darum, Transparenz zu schaffen und die Bevölkerung einzubeziehen. Wir unterstützen diesen Antrag.

**Heinz Eng:** Ich habe nur eine kurze Verständnisfrage. Wie sind denn die zwei Szenarien? Nehmen wir jetzt in der Hypothese an, es kommt durch. Die Abstimmung wäre am 13. Februar. Dann gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder das Volk schützt diesen Entscheid, und dann ist der Mist geführt und das Budget respektive der Steuerfuss ist so. Wenn das Volk nein sagt, wie geht es dann weiter? Dann muss ja ein neues Budget erstellt werden. Danach gibt es automatisch diese Verzögerungen. Da muss der Stadtrat schon sagen, wann das neue Budget bereit sein wird.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Es hängt etwas vom nächsten Termin ab. Wenn wir Mitte Februar Bescheid haben, hätte ich gesagt, dass März wahrscheinlich sehr sportlich ist, um ein neues Budget bereit zu haben. Ich denke, es wird Mai.

**Urs Tanner:** Im Februar und März sind wir am Jahresabschluss. Vor April werden wir nicht anfangen.

**Simon Muster:** Ich habe eine kurze Frage an Urs Tanner. Ist in diesem Fall der Zeitgewinn, den Urs Knapp vorhin beschrieben hat, nicht realistisch? Es interessiert mich einfach.

**Urs Tanner:** Es wird einfach schwierig. Wenn ich meine Leute anschau, so haben wir solche mit 300 oder 400 Überstunden und 200 Ferientagen. Das gibt eine Doppelbelastung. Wir wollen sehen. Vielleicht müssen wir in der Zwischenzeit noch jemanden einstellen.

**Tobias Oetiker:** Es gibt ja zwei Szenarien. Es gibt das Szenarium, dass es angenommen wird und dass es abgelehnt wird. Wenn es angenommen wird, ist Ende Februar go. Diesen Teil haben wir. Der andere Teil wird wahrscheinlich nicht besser. Wenn es abgelehnt wird, ist es einfach doppelt. Aber wir haben eine Option auf etwas besser.

## **Beschluss**

Mit 36 : 1 Stimme bei 3 Enthaltungen wird dem Änderungsantrag zugestimmt.

## **Schlussabstimmung**

Mit 21 : 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird das Budget zur Annahme empfohlen.

Mitteilung an:  
Direktion Finanzen und Dienste, Urs Tanner  
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Es ist leider schon die letzte Sitzung für Melissa Aerni, was ich sehr bedauere. Ich bedanke mich für Deinen Einsatz, der relativ kurz war. Trotzdem danke vielmals und alles Gute.

**Simon Muster:** Ich habe überlegt, einen Antrag zu machen. Ich weiss nicht genau in welcher Form. Aber ich fände es toll, wenn die Sitzung das nächste Mal wieder in Präsenz wäre, sehr wahrscheinlich ist es jetzt etwas kurzfristig, einen neuen Saal zu buchen, dass der Stadtrat für alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier einen Antigen-Test übernehmen würde, wenn sie bis dann vom Bund nicht wieder kostenfrei sein werden. Das wären Fr. 1'620.—. Das wäre in der Kompetenz des Stadtrates. Ich fände dies einfach gut. Es soll niemand gezwungen werden. Das darf man auch nicht. Aber es wäre toll, wenn dies übernommen würde, damit wir uns alle ein wenig sicherer fühlen können. Ich weiss nicht genau in welcher Form und habe es nicht näher abgeklärt. Aber das wäre jetzt einfach meine Bitte.

**Parlamentspräsident Florian Eberhard:** Ich glaube, der Stadtrat nimmt dies gerne so auf, wenn ich das Nicken richtig interpretiere, und wird dies am Montag besprechen. Ich danke Euch herzlich für das Mitmachen. Merci vielmals. Wir haben sehr viel erreicht. Ich wünsche Euch einen schönen Abend und bis bald.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.